

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

### Sozialpolitik und Sozialismus.

„Sozialpolitik und Sozialismus sind ihrem inneren Wesen nach unvereinbare Gegensätze.“ Mit diesen Worten und unter der von uns gewählten Überschrift beginnt ein Kapitel in einem dicken Buche, das sich als ein Lehrbuch der Sozialpolitik gibt und keinen geringeren als den Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes\*) zum Verfasser hat. Von einem preussischen Professor, der sich mit Volkswirtschaft und Politik beschäftigt, zudem Inhaber eines so hohen und wichtigen Reichsamtes ist, könnte man zwar annehmen, daß ihm von der sozialpolitischen Wirksamkeit der sozialdemokratischen Partei und den sozialpolitischen Forderungen der sozialdemokratischen Parteiprogramme einiges bekannt sei und daß er in solchem Falle den Satz nicht schreiben könnte; indessen nach einigen weiteren Auseinandersetzungen wird man das schon begreifen. Erstens ist zu bemerken, daß der Herr Professor, dessen Händen die Statistik des deutschen Reiches anvertraut ist, unter Sozialismus nicht nur eine Weltanschauung, eine Theorie versteht, sondern auch die politischen Parteien, die den demokratischen Sozialismus vertreten. Ein Lehrbuch der Staatswissenschaften sollte da die notwendigen Unterscheidungen machen, aber diese eine Unterlassung ist noch nicht das Schlimmste in dem Buche. Unter Sozialpolitik versteht Herr von der Vorghht nur eine ganz besondere Sorte von Sozialpolitik. Nämlich in der Hauptsache die sogenannte Wohlfahrtspolitik; diese aber nicht bloß als eine Summe von Maßregeln, sondern auch als politisches Prinzip, von dem er behauptet, daß ihm in Deutschland der bedeutendste Teil der Unternehmer anhängen. Der zitierte Satz will also im Grunde sagen, Sozialreformerei, die — wie aus dem sogenannten grundsätzlichen Teile des Buches noch weiter klar wird — noch weit hinter Verleß, Brande und Genossen zurückbleibt, und sozialdemokratische Arbeiterpolitik hätten nichts mit einander gemein. Darin hat der gelehrte Herr recht, nur hat er seinen Gedanken nicht gerade sehr gelehrt ausgedrückt.

Darüber braucht man sich jedoch nicht zu wundern. Es finden sich noch mancherlei Beispiele in dem Buche, die mehr Gelehrtheit als Gelehrsamkeit verraten. Da ist ein Abschnitt: Schranken der Sozialpolitik. Darin wird auseinandergesetzt, daß die Sozialpolitik, soll heißen Wohlfahrtspolitik, unter Umständen, mit „föhlbaren Opfern“ verbunden sei und insoweit zu einer Verteuerung der Produktion führe. Das wird als eine Schranke der Sozialpolitik behandelt. Es sei Rücksicht zu nehmen auf die Tragfähigkeit der Verbraucherkreise. Seien vollends die Arbeiter, denen die Sozialpolitik zu gute kommen soll, in Gefahr, auf diesem Wege der Ueberwälzung durch hohe Preise der Verbrauchsgegenstände mehr tragen zu müssen, als ihnen durch die sozialpolitischen Maßregeln gewährt werde, dann müsse gestoppt werden. Es lohnte sich, auch dieses Argument in sich zu prüfen, doch es kommt was viel Schöneres als zweite Schranke. Unmittelbar daran schließt sich folgender Satz:

„Ist eine solche Ueberwälzung nicht zu erwarten, so ist darauf zu achten, daß der Druck, der dadurch zunächst auf die Unternehmer in finanzieller Beziehung gelbt wird, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fremder Produktion nicht in schädlicher Weise verschiebt. Anderenfalls wäre zu besorgen, daß nicht nur die Ausfuhr, sondern — was in der Regel noch viel gefährlicher ist — der Absatz auf dem natürlichen Absatzgebiete beeinträchtigt und dadurch die Arbeitsgelegenheit überhaupt eingeschränkt wird.“

Das erste Argument setzt der Sozialpolitik eine Schranke in der möglichen Verteuerung der Produktion, aus Rücksicht auf die Verbraucher; das zweite setzt ihr eine Schranke in der Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit, falls keine Verteuerung der Produktion eintritt. Die Wettbewerbsfähigkeit würde aber in diesem Zusammenhang einzig und allein beeinträchtigt werden durch eine Verteuerung der Produktion; die Rücksicht auf die Verbraucher und die Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Erhaltung des Marktes sind nicht von verschiedenen, sondern von der gleichen Wirkung der Sozialpolitik abhängig. Es verrät daher mehr Schreibseligkeit als Logik, daß aus der einen Wirkung zwei einander aufhebende Argumente geschmiedet werden.

Die Sorge vor zuviel Sozialpolitik treibt noch folgende schöne Blüte volkswirtschaftlicher Gelehrsamkeit:

„Man kann in der Theorie darüber streiten, ob die Volkswirtschaft die organisierte und führende Arbeit der Unternehmer nötig hat. Die heutige Volkswirtschaft hat sie jedenfalls nötig und solange das der Fall ist, darf den Unternehmern auch die Möglichkeit angemessenen Erwerbes nicht beschränkt werden. Unternehmer wird heute normalerweise jemand nur, wenn er sich der Erwartung hingibt, durch Verwertung seiner Intelligenz und seines Kapitals einen Ertrag erzielen zu können, der über den allgemeinen Zinsfuß hinausgeht. Ohne diese Erwartung würde nur für wenige der Anlag vorliegen, sich statt der viel bequemeren Kapitalanlage in Hypotheken und Wertpapieren die Sorgen und Lasten und das Risiko der Unternehmerarbeit aufzuladen. Sozialpolitische Eingriffe dürfen nicht soweit gehen, daß von dieser Seite her die Erwartung auf angemessenen Ertrag zunichte gemacht wird. Denn die Folge würde vielfach ein Nachlassen des Unternehmungsgewisses in bezug auf Errichtung neuer und Vergrößerung vorhandener und infolgedessen das Eingehen bestehender Unternehmungen oder auch der Verzicht auf die Arbeitskräfte sein, in deren Interesse die zuweilgehenden Eingriffe erfolgt sind. Damit wird wiederum die Arbeitsgelegenheit eingengt und so den arbeitenden Schichten schwerer Schaden zugefügt.“

Der allgemeine Zinsfuß scheint dem Herrn Präsidenten der Reichsstatistik ein mythisches Ungeheum zu sein. Er scheint sich vorzustellen, daß die Unternehmer, durch zu viel Sozialpolitik laßig gemacht und in ihrem Profit beschränkt, das

uneinträgliche Geschäft des Produzierens in Masse einstellen, ihr Geld nehmen und sich dafür Hypotheken und Staatspapiere kaufen, und nun in Ruhe den von der Sozialpolitik verschont gebliebenen allgemeinen Zins verzehren, den nur mit so viel Belästigungen zu erlangenden Unternehmerprofit höhnlächelnd der Sozialpolitik zum gierigen Fraße überlassend. Von irgend einem Zusammenhange zwischen Produktion, Kapitalprofit und allgemeinem Zinsfuß der Hypotheken und Wertpapiere scheint dem Herrn nichts bekannt zu sein. Wobei noch zu bemerken ist, daß der im Zitat gebrauchte Ausdruck Wertpapiere in sehr liberaler Weise von uns als Staatspapiere gedeutet wird. Sonst gehören dazu auch Aktien, also unmittelbares Unternehmerkapital, dessen Rückziehung zwar von keinerlei Intelligenz abhängig ist, dessen aber trotzdem unmittelbare Abhängigkeit von den fürchterlichen Folgen der Sozialpolitik auch dem fürchtlichsten Sozialpolitiker ohne weiteres nachdenken zum Bewußtsein kommen sollte.

Noch einige weitere Zitate dienen zur Kennzeichnung: „Der schlimmste Feind wirklichen sozialpolitischen Eingreifens würde eine niedrige sittliche und geistige Stufe der arbeitenden Kreise sein.“

Wir haben bisher immer gehört, daß die Sozialpolitik den Zweck haben soll, die Arbeiter auf eine höhere sittliche und geistige Stufe zu heben; hier wird aber behauptet, daß die Arbeiter erst sittlich und geistig hochstehen müssen, bevor die Sozialpolitik wirksam eingreifen könne.

„Denn im ganzen muß doch schließlich die Arbeiterschaft an wirtschaftlicher und politischer Einsicht und Reife zunehmen und insbesondere erkennen, daß von der so oft geflüstert gepredigten Interessensolidarität der Arbeiterschaft als solcher eigentlich nicht die Rede sein kann.“

In dem Kapitel: „Verinsufung der Arbeitsbedingungen durch Koalitionen“ wird auch die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine behandelt. Der Verfasser ist für die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Er unterscheidet jedoch zwischen friedlichen Berufsvereinen — das sind solche, wie sie auf dem Frankfurter Arbeitertage vertreten waren und mit denen die Unternehmer gern verhandeln — und Kampfsvereinen — das sind die Gewerkschaften, die bei den Unternehmern auf energischen Widerstand stoßen. Den friedlichen Berufsvereinen will v. d. Vorghht die Befreiung von den Schranken der landesrechtlichen Vereins- und Versammlungsgesetze gewähren, den Kampfsvereinen jedoch nicht, und zwar deshalb nicht, weil ihnen, die im Grunde politische Vereine seien, dadurch eine Vorzugsstellung vor den politischen Vereinen eingeräumt würde. Dazu liege kein innerer Grund vor. Außerdem schieben die Kampfsvereine Gefahren für die öffentliche Ordnung in sich.

„Ausstand und Aussperrung sind ihrem Wesen nach Kampfmittel, die mit den bestehenden Rechtsgrundlagen nur dann vereinbar sind, wenn es sich um Personen handelt, die in einem auf freien Vertrag gegründeten Arbeitsverhältnis stehen. Mit dem Beamtenverhältnis sind sie unvereinbar, und ein entsprechendes Vorgehen der Beamten würde einer straffälligen Gehorsamsverweigerung gleichstehen. Wenn das neuerdings nicht selten als nachteilig für die Beamten bekämpft wird, so vergißt man dabei daß jeder, der in ein Beamtenverhältnis eintritt, auch von vornherein über die bezeichnete Wirkung nicht im Zweifel sein kann, und, falls er daran Anstoß nimmt, in der Lage ist, auf den Eintritt zu verzichten.“

Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß es ein wissenschaftliches Lehrbuch ist, aus dem wir zitieren. Mit diesem blödsinnigen Argument treten auch die Unternehmer den Arbeitern gegenüber. „Ihr habt volle Freiheit, bei mir in Arbeit zu treten oder nicht; tretet Ihr aber in meine Fabrik ein, dann wißt, daß ich Euer Herr bin und bestimme, wie Ihr Euer Leben einzurichten habt! Nehmt Ihr daran Anstoß, dann bleibt ruhig draußen, ich läse nicht den geringsten Zwang auf Euch aus!“

Ueber den Koalitionszwang sagt das Buch: „Ein Mißbrauch ist der Koalitionszwang stets deshalb, weil er das Recht des einzelnen, sein Verhalten seinen Interessen und Bedürfnissen anzupassen, beeinträchtigt.“

Was möchte man nicht alles als Mißbrauch bezeichnen, wenn sein Kennzeichen wäre, daß es das Recht des einzelnen, sein Verhalten seinen Interessen und Bedürfnissen anzupassen, beeinträchtigt. Außer vielem anderen z. B. die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung wäre nach diesem Kennzeichen ein Mißbrauch.

Unter den Maßregeln zur Bekämpfung des Koalitionsmißbrauchs wird auch der Gesetzeswurf vom 26. Mai 1899 behandelt. Da wird gesagt, daß durch ihn „das Höchstmaß der Strafe für unzulässige Formen des Koalitionszwanges“ auf ein Jahr Gefängnis erhöht werden sollte. Schamhaft verschweigt der Verfasser, daß in diesem Gesetzeswurf nicht nur Gefängnis, nicht unter einem Jahre, ohne Begrenzung nach oben, sondern auch Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren festgesetzt war.

Daß in diesem Lehrbuche der Sozialpolitik von der Verkürzung der Arbeitszeit mit keinem Worte die Rede ist, darf nach dem Mitgeteilten niemanden wundern; es ist ja in Wirklichkeit eben nur ein Lehrbuch nationalliberaler „Wohlfahrtspolitik“, die sich in permanenter Klüftung über ihre eigene Tugend befindet.

Nebensarten von den „Opfern“ und „Kosten“ der Sozialpolitik, von den „Geboten sittlicher Pflicht“, der „Opferwilligkeit“ der vom Geschäft begünstigten Massen“ durchziehen das ganze Buch als Kennzeichen seiner Unwissenschaftlichkeit. Ein seltsames Durcheinander. Die Interessensolidarität der Arbeiterschaft wird bestritten, dagegen die Solidarität der Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer hervorgehoben, vom Zusammenhang der Klassen ist die Rede, vom Zusammenhange der Volkswirtschaft aber fehlt man keinen Hauch. Eine wissenschaftliche Betrachtung der Sozialpolitik müßte ausgehen von einer Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse, hätte die Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zu betrachten unter dem Gesichtspunkte der Wirksamkeit dieser Mittel und der Wirkungen der sozialpolitischen Maß-

regeln auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse sowie der weiteren Wirkungen einer wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse auf ihren geistigen und sittlichen Zustand und weiter des Einflusses der Hebung der Arbeiterklasse sowohl auf die Produktion als auf den Zustand des ganzen Volkes. In solchem Zusammenhange haben Nebensarten von den Kosten und Opfern der Sozialpolitik keinen Raum.

Als ob die Gütererzeugung ganz außer jedem Zusammenhange mit der gesamten Volkswirtschaft und Unternehmer und Arbeiter ganz außer Zusammenhang mit der übrigen Gesellschaft stünde, stellt Herr v. d. Vorghht die tiefsinnige Betrachtung an, daß die Kosten der Sozialpolitik zu den Kosten der Gütererzeugung gehören und daher von Arbeitern und Unternehmern aufgebracht werden müßten.

So ist wissenschaftlich bewiesen, daß es gerade so sein muß, wie es im Deutschen Reiche augenblicklich ist.

Herr v. d. Vorghht sagt zwar im Vorworte, daß von seinen sozialpolitischen Anschauungen nicht auf die sozialpolitischen Anschauungen in den Kreisen der Regierung geschlossen werden dürfe. Das mag wohl sein, aber es ist doch im höchsten Grade bezeichnend, daß ein Mann, der unter dem Namen der Wissenschaft solche oberflächlichen Nebensarten zu einem dicken Buche vereinigen kann, eine so hohe Stellung in der Verwaltung des Reiches einnehmen darf, wie Herr v. d. Vorghht.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

#### Das persönliche Regiment.

Der „Männerstolz vor Königsthronen“ vererbt allgemach. Die einen Tapferen stellen noch heldenhaft fest, daß die Anlegung, die Graf Bülow dem Telegramm des Kaisers gab, den Wortlaut des Telegramms aufhebt, aber auch sie sind für „Beruhigung“; „Kreuz-Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ in trautem Verein erklären das Bülow-Schreiben für geeignet, „die Aufregung zu beschwichtigen“. Es ist wie in der Versammlung der Biedereren Leute in Lippe, die, im schweren Seelenkonflikt zwischen der Treue zum Landesfürsten und der Treue zum Reichsfürsten, erst das Telegramm anklagten und mit dem Hoch auf Wilhelm II. auseinandergingen. Man hat sich wachsig erhoben, man hat gezeigt, was Opposition ist, man hat vor aller Welt bekundet, daß man es selbst dem Kaiser zu sagen wagt. — nun ist's genug und Hoch der Kaiser!

So gehen diese Dinge seit je im neu-deutschen Reiche. Die bürgerlichen Klassen brauchen die Monarchie, deren Macht sie schützt und deren Glanz die Augen der Menge blenden mag. Wenn ihnen die Monarchie dabei einige Schwierigkeiten bereitet. — das muß man in den Kauf nehmen! Und dann: ist solche Monarchie nicht immerhin interessant? Bringt sie nicht Leben und Bewegung? Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sagt, sie habe Zuschriften aus großen deutschen Städten erhalten über das Romintener Telegramm, die sie unmöglich wiedergeben könne, so komme darin die Volkstimmung zum Ausdruck. Die „Volkstimmung“ dieses politischen Philistertums ist morgen verweht; heut wehrt sie am Viertisch und morgen jauchzt sie in patriotischen Hohen.

Es ist interessant: „Recht muß Recht bleiben“ — so schallt es bis in die konservativen Wälder und schon hat die Verfügungsaktion des Grafen Bülow das Wunder gewirkt, daß kaum jemand der wichtigsten der aufgeworfenen Rechtsfrage sich erinnert! Graf Bülow erklärt, der Kaiser habe durch sein Telegramm nicht die Regenschattensübernahme hindern wollen, sondern er habe lediglich bezweckt, die vorläufige Richtvereidigung der Truppen für den Regenten und den Grund dazu mitzuteilen. Nun ist aber gerade die Anordnung der Richtvereidigung die, wie Graf Bülow sagt, vom Kaiser nicht beabsichtigte, aber objektiv denkbar schwerste Rechtsverletzung des Lippeschen Staatsoberhauptes. Der laute Chor der Rechtschützer aber weiß schon nichts mehr von der ersten Forderung, die zu erheben wäre, wenn „Recht Recht bleiben muß“. Die „Germania“, das Organ der Partei, welche stets mit besonderem Eifer die Rechte der Bundesstaaten zu verfechten erklärt, hat sich vor Bülows munter lösendem Worte schon völlig beruhigt. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Die Vereidigung der Truppen wird voransichtlich unterbleiben; das ist bedauerlich; aber eine weitere Kritik muß nach Lage der Dinge zwecklos erscheinen.“ Man tobt für das gute Recht, man erkennt die Vereidigung der Lippeschen Soldaten als unzweifelhaftes Recht des Regenten an, aber es wäre zwecklos, weiter zu kritisieren und zu opponieren — „nach Lage der Dinge“.

Es ist die „Lage der Dinge“, daß das deutsche Bürgerium und seine politischen Parteien des persönlichen Regiments wert sind, das sie besorgen und vor dessen sich stets steigende Verheerungen sie immer wieder demütig knien. In einem Staate, dessen Bürgerium wirkliches Selbständigkeitsgefühl hat, wären die Vorgänge, die wir erlebten, nicht möglich. Nicht den Monarchen klage man an, der in seiner übermenschlichen Machtvolle und inmitten der byzantinischen Unterthänigkeiten, die ihn umkreisen, wahrlich leicht die Grenze der Befugnisse überschreitet. Die Schuld dieser Zustände liegt in denen, die sie dulden, die heute wild emporfahren, als sei ihr Heiligstes verletzt, um morgen vor eines Bülows lächelnden Klinken samt winselnd zu vergebem.

Die Tragikomik dieser deutschen Möglichkeit offenbart sich gerade in der Beruhigung, die aus dem Bülow-Schreiben fließen soll, da doch gerade dies Schreiben wiederum die schwerste Mißachtung verfassungsmäßiger Ordnung bedeutet. Welch ein Zustand: der Kaiser befragt ohne Befragung des verantwortlichen Beamten eine nach dem heutigen Verfassungsrecht tief eingreifende Angelegenheit, er handelt persönlich und nicht als Staats- oder Reichsoberhaupt in einer wichtigen Staats-

### Die Inflation-Gebühr

bedrängt für die sechsgehaltene Kolonsgelbe oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletale für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

\*) Von der Vorghht: Grundzüge der Sozialpolitik. Leipzig. E. S. Fischfeld. 16,50 M. brosch.



und Reichsangelegenheit. Der Reichskanzler aber, um die plötzliche Aktion zu ordnen, richtete ein ebenfalls persönliches Handschreiben an den Vizepräsidenten des Landtages von Lippe, das dieser dann in einem seinen Interessen dienenden Augenblick aus der Tasche zieht und der Öffentlichkeit überreicht. Staats- und Regierungsakte wandeln sich in persönliche Telegramme und Handschreiben.

### Der Antelegraphierte.

Es ist menschlich interessant zu vernehmen, was denn um der Graf-Regent Leopold, der nach dem Telegramm lediglich Graf, nicht Regent sein sollte, über den Fall denkt. Ein Mitarbeiter der „Morgenpost“ hatte eine Unterredung mit dem Graf-Regenten, aus der einiges erlöblichenswert ist.

Zunächst wird durch seine Äußerungen der Versuch der Telegramm-Verteidigung widerlegt, als sei das Telegramm, auch im Ton, eine unbedeutende Antwort auf das Telegramm gewesen, das der Graf-Regent bei Übernahme der Regentschaft an den Kaiser schickte. Man erzählt jetzt, daß dies Telegramm nur die in solchen Fällen stets übliche Meldung vom Ableben des Graf-Regenten Ernst und der Übernahme der Regentschaft enthielt. Das war eine rein persönliche Mitteilung von Fürst zu Fürst und bedurfte als solche ohne Zweifel nicht einer Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers. Einen ganz anderen Sinn hat natürlich die telegraphische Antwort des Kaisers.

Auf die Frage, wie der Graf-Regent die Worte des Kaisers empfunden habe, erwidert er:

Als das bekannte erste Kaiser-Telegramm den Graf-Regenten Ernst erreichte, habe ein dem Grafen Ernst nahestehender Berater, das Telegramm sofort der Öffentlichkeit zu übergeben, die sicher sofort Front gegen die kaiserliche Äußerung machen werde. Graf Ernst habe auf den Vorschlag erwidert, er wolle ihn sich eine Nacht lang überlegen. Als der Mähner am nächsten Tage nach dem Resultat des Nachdenkens forschte, habe der alte Graf-Regent die folgenden Worte gesprochen: „Ich bin der Fürst eines kleinen Landes — der kann einen Schlag von oben ertragen; die Kaiserkrone aber darf nie einen Belastungsmoment.“ Wie damals das Telegramm doch noch nach außen drang, ist heute noch ein Rätsel. Auf diesen Standpunkt seines Vaters, fährt der Interviewer fort, hat sich Graf Leopold auch dem letzten Kaisertelegramm gegenüber stellen wollen. Der Gedanke, das Telegramm für eine persönliche Verlesung zu halten, wäre ihm nie gekommen. Hätte er es als eine Kränkung aufgefaßt, so wäre das Telegramm sofort, und ohne daß es zu jemandem Kenntnis gekommen wäre, von ihm vernichtet worden. Er habe die Äußerung aber als eine Stellungnahme des Kaisers dem Lipperlande gegenüber erachtet. Das sei Staatsangelegenheit. Und er habe es für seine Pflicht, die er seinem Gewissen und seinem Lande schulde, erachtet, das Telegramm seiner Regierung zur weiteren Behandlung zu übergeben.

Auf die Frage, wie sich der Graf-Regent zu dem erneut anzufordern Richter sprache stelle, erklärte Graf Leopold, daß er niemals vorher geglaubt habe, sich einmal einem Richter unterwerfen zu müssen, so sehr überzeugt sei er von seinem Recht auf den Thron gewesen, so durchdrungen davon sei er auch noch. Trotzdem habe er gern in die erneute Prüfung gewilligt. Aber das eine wolle er für sich beanspruchen, was jedem Bürger seines Landes, und sei es der geringste, als sein gutes Recht fordern dürfe, daß ein ordentlicher Gerichtshof über sein Anrecht auf den lippeischen Thron entscheide. Wohl wäre ihm das Reichsgericht als der höchste deutsche Gerichtshof das beste Forum. Allein auch hierin lasse er dem Bundesrat gern freie Hand. Bis zur Fällung des Urteilspruches aber, das erfordere die Gerechtigkeit, müßte die gegenwärtige Rechtslage unangefastet bleiben. Zu dieser Wahrung seiner Rechte hofft der Graf-Regent ebenfalls auf die einmütige Zustimmung des deutschen Volkes, wie sie ihm bisher zuteil geworden sei.

### Zentrums-Nationalliberale.

Die Haltung der Nationalliberalen in der Schulfrage wird unübertrefflich gekennzeichnet durch den Beifall, den sie im Zentrum findet. Um, wie man sagt, das Zentrum nicht mit den Konservativen die Schulgesetzgebung reaktionär fortführen zu lassen, verband sich der Nationalliberalismus des preussischen Abgeordnetenhauses mit den Konservativen. Hadenberg schloß das Kompromiß mit Redlich und die Nationalliberalen wurden, um Preußen von dem Zentrum zu retten, selbst Zentrum.

Eine bemerkenswerte Entwicklung in den Streitigkeiten, die sich im nationalliberalen Lager infolge jener Runderbreitschaft der Landtagsfraktion zuteilen, brachte der nationalliberale Parteitag für die Provinz Westfalen, der am Sonntag in Bochum stattfand. Während die Lehrerschaft der Provinz zuvor eine Resolution gegen die Konfessionsfrage beschlossen hatte, gelang es den Leitern des Parteitages, eine Vertrauensumgebung für die Fraktion in Szene zu setzen. Man ließ den Abgeordneten Pastor Hadenberg seinen Kompromiß-Standard entwickeln und, da in sehr vorgerückter Zeit zur Debatte keine Möglichkeit war, eine Resolution anzunehmen, die scheinbar auf die gegen die Fraktion gerichtete Erklärung des Zentralvorstandes der Partei zurückzuführen, in Wahrheit aber der Fraktion in ihrer bisherigen Schul-Vertragspolitik freien Fortgang läßt. Die Resolution lautet:

Die nationalliberale Partei Westfalens spricht unter Zustimmung zu der Erklärung des Zentralvorstandes der Partei vom 12. Juni d. J. ihr volles Vertrauen zu nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses und die Hoffnung aus, daß es ihr gelingen wird, auf der Grundlage des Schultrages (Hadenberg-Hedenberg-Redlich) die gesetzliche Regelung der Schul-Unterrichtspflicht herbeizuführen. Zur glücklichen Verabschiedung eines so wichtigen Gesetzes ist die Einigkeit in der Partei eine der ersten Vorbedingungen.

Die Fraktions-Nationalliberalen wünschen, daß sie ihre Partei an die konservativ-ultramontane Schulreaktion verkaufen können, ohne daß dabei die Einigkeit ihrer Gesetzmäßigkeit gestört wird. Jedenfalls werden sie auf diesem Wege unbehindert fortgehen, und die Kundgebungen aus den Reihen des noch widersprechenden Parteigänger werden erfolglos verhallen.

Insmerhin schweigt die Opposition gegen die Fraktionspolitik zunächst nicht. Die „Kölnische Zeitung“, die in dieser Frage nicht mit der Fraktion geht, wendet sich gegen den Beschluß des Bochumer Parteitages und kündigt an, daß durch dies Verhalten der Fraktion bei ihrer Kompromißpolitik der Zwiespalt in ihrer Partei sich verschärfen müsse. Da der Artikel zur Erkenntnis der wirklichen Lage bei den Nationalliberalen von Bedeutung ist, seien seine wichtigsten Ausführungen wiedergegeben. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:

Der Bochumer Parteitag der westfälischen Nationalliberalen hat am Sonntag nach einer rhetorisch glänzenden Rede des Abgeordneten D. Hadenberg einer Resolution zugestimmt, welche die Schwierigkeiten, die der Verständigung innerhalb der Partei über die Schulfrage entgegenstehen, nicht gemindert, sondern gesteigert. Die Resolution behauptet zwar, sich an die Erklärung des Zentralvorstandes der Partei vom 12. Juli anzuschließen, und sie nennt die Einigkeit in der Partei eine der ersten Vorbedingungen für die Verabschiedung des Schulunterhaltungs-Gesetzes, aber sie gibt durch das Hinausgehen der Worte „auf der Grundlage des Schultrages“ der Erklärung des Zentralvorstandes einen Sinn, der dem Wortlaute nach in ihr nicht zu finden ist. bisher von niemandem darin gefunden worden ist und, wenn er für die Zukunft maßgebend werden sollte, den schroffen Gegensatz der Meinungen und Absichten, wie er vor dem 12. Juni bestand, wieder herstellen und somit die Einigkeit in der Partei gefährden, aber nicht fördern möchte. Jene Erklärung des Zentralvorstandes stellte zugunsten der Fraktion nur die Übereinstimmung ihrer jetzigen Haltung mit ihrer früheren in den Jahren 1892, 1896 und 1903 fest, erwartete aber in ihrem sachlichen Inhalt von der Fraktion, daß sie die Weiterentwicklung der Simultanschulen auf der Linie ihrer grundsätzlichen Gleichberechtigung möglich mache. Der Schultrage der Fraktion, der, wie auch

Konservative und Freikonservative ist genug erklärt haben, dieser Erwartung nicht entspricht, wurde in der Erklärung nicht anerkannt, und somit sprach sich diese Erklärung in ihrem sachlichen Inhalt zum Nachteil der Fraktion aus. Die Gegner des Schultrages wußten in ihr ein wesentliches Entgegenkommen gegen ihre Auffassung erblicken, darum nannten wir die Berliner Resolution einen Friedensschluß und mahnten damals, von nun an die Auseinandersetzungen über die Schulfrage in der Partei einzustellen. Die große Bedeutung der Bochumer Tagung liegt darin, daß die dort anwesenden Mitglieder der Landtagsfraktion, vor allem der Unterzeichner des Schultrages, der Abgeordnete D. Hadenberg, anstatt die neue, bedeutende Ausdeutung der Berliner Erklärung abzuschneiden, ausdrücklich ihre Zustimmung und Billigung dieser Ausdeutung bekundet haben, daß sie also bewiesen haben, daß die Fraktion in offenkundigem Gegensatz zu dem Beschluß des Zentralvorstandes der national-liberalen Partei auf dem Schultrage des 13. Mai beharren will.

So besteht denn auch nach Bochum der Zwiespalt der Ansichten innerhalb der Partei fort, ja, wir fürchten, daß die Ausführungen Hadenbergs ihn noch vertieft haben.

Auch die „Magdeburger Zeitung“ wendet sich jetzt gegen das Schulkompromiß.

Gleichwohl werden die nationalliberalen Landtags-Diplomaten im Weltlauf mit dem Zentrum dem edelen Ziele der weiteren Schulverwirklichung entgegenstreben.

Die „Frankfurter Zeitung“ schnell, nach Rasmüdenart, auf beschleunigter Flucht noch ein paar Pfeile gegen uns ab, die aber nicht einmal eine beinerne Spitze haben. Sie behauptet, der „Manier schäblicher Revolverjournalistik“, der wie sie ihrer täglichen Unterstellungen wegen gegeben, hätten wir uns selbst schuldig gemacht, da wir in unserer ersten Entgegnung ihre Auslassungen nur inhaltlich und bruchstückweise wiedergegeben hätten. Das Unterstellungssystem hätten wir aber sehr treffend charakterisiert. Dies erfreuliche Zugeständnis kommt uns um so unerwarteter, als auch diesmal wieder das „demokratische“ Organ nach Art eines landläufig geleiteten Reichsblattes auch nur den Sinn unserer Entgegnung mit keiner Silbe mittel, sondern lediglich einige Andeutungen heranzieht, die den Eindruck erwecken sollen, als ob wir „geheimwiss“ hätten. Es bleibt also, die „Frankf. Ztg.“ beständig uns ja die Berechtigung dieser Charakteristik, bei der Manier schäblicher Revolverjournalistik.

Verisidow. Für die Erstwahl zum Reichstage im Wahlkreise Verisidow haben nun die Nationalliberalen Herrn vom Rath als Kandidaten proklamiert. Fünf Parteien: die Konservativen, Antifemiten, Nationalliberalen, Freikommunen und Sozialdemokraten kämpfen um das Erbe Herbert Bismarcks.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt lebhaft über die Aufstellung einer nationalliberalen Kandidatur, die feinerer Ansicht habe, aber dahin führen könne, durch Ablenkung sonst dem konservativen Kandidaten zuzulassenden Stimmen den Freikommunen in die Stichwahl mit der Sozialdemokratie zu bringen.

Städtische Selbsthilfe. Aus Halle berichtet man uns unter dem 10. Oktober: Um den agrarischen Besitzern, minderwertiges Fleisch von dem Lande in die Stadt einzuführen, einen Niegel vorzuschieben, wurde von dem Stadtv. Genossen Thiele namens der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtvorordneten-Kollegium folgender Antrag eingebracht und begründet: Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, alle Maßnahmen zu ergreifen, durch welche die Gefahren beseitigt werden, die für die Bevölkerung unserer Stadt mit der Aufhebung des Unterjuchungszwanges für eingeführtes, bereits einmal im Inlande unterjuchtes Fleisch verbunden sind. Dem sozialdemokratischen Antrage wurde einstimmig zugestimmt, ein Ereignis, das man bisher noch nicht erlebt hatte und das man auch nicht so schnell wieder erleben wird. So gar der Stadtvorordnete Fleischmeister Daniel erklärte, daß die Fleischreinigung dem Trüben der Agrarier mit schwerer Sorge entgegensehe.

Eisenbahn-Etat. Bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über die Bildung einer Eisenbahnbetriebsmittel-Gemeinschaft zwischen den verschiedenen Bundesstaaten und dem Reiche ist es von Interesse, wegen der Ausgaben und Einnahmen der Bahnen in den verschiedenen Staatsprovinzen Vergleichs ziehen zu können. Ingesamt treten die Staatsbahnen, abgesehen vom Reiche, nur im Etat von 8 Bundesstaaten auf, im Vergleich zur Fläche und Bevölkerung mit der größten Summe in Oldenburg, wo mehr als 40 Proz. der ordentlichen Staatsausgaben auf die Bahnen entfallen. In Preußen und Baden treffen auf sie über ein Drittel, in Bayern, Sachsen, Württemberg und Mecklenburg-Schwerin über ein Viertel der ordentlichen Ausgaben. Dazwischen liegen die in den sämtlichen ordentlichen Staatseinnahmen in Preußen mehr als die Hälfte, in Baden, Oldenburg 46—47 Proz., in Bayern, Sachsen und Württemberg, Mecklenburg-Schwerin 35—38 Proz., durch das Erträgnis der Staatsbahnen gedeckt. Im einzelnen betragen nach den Voranschlägen für 1903 die Ausgaben für die Staatsbahnen im Reiche 69,9 Millionen Mark oder 2,97 Proz. der gesamten ordentlichen Ausgaben, in Preußen 98,5 Millionen Mark oder 36,70 Proz., in Bayern 127,8 Millionen Mark oder 27,4 Proz., in Sachsen 102,7 Millionen Mark oder 29,63 Proz., in Württemberg 43,4 Millionen Mark oder 25,56 Proz., in Baden 60,9 Millionen oder 33,59 Proz., in Mecklenburg-Schwerin 9,3 Millionen oder 25,07 Proz. und in Oldenburg 9,9 Millionen Mark oder 40,08 Proz. Die Bruttoausgaben bei den gesamten hessischen Staatsbahnen betragen 19,1 Millionen Mark. Die Einnahmen aus den Staatseinnahmen beziffern sich im Reiche auf 87,9 Millionen Mark oder 3,85 Prozent der gesamten ordentlichen Einnahmen, in Preußen auf 138,7 Millionen oder 52,99 Proz., in Bayern auf 173,4 Millionen oder 37,21 Proz., in Sachsen auf 182,9 Millionen oder 38,25 Proz., in Württemberg auf 59,7 Millionen oder 35,62 Prozent, in Baden auf 74,5 Millionen oder 46,51 Proz., in Mecklenburg-Schwerin auf 13 Millionen oder 35,16 Proz., in Oldenburg auf 13,3 Millionen oder 47,70 Proz., in Braunschweig auf 2,6 Millionen oder 9,36 Proz. In Hessen betragen die Bruttoeinnahmen 28,9 Millionen oder 37,91 Proz. der gesamten ordentlichen Staatseinnahmen.

Ueber die Ursache des Witboi-Aufstandes äußert sich ein mit den Verhältnissen des Kamo-Landes vertrauter Gewährsmann der „Weltkorr.“ folgendermaßen:

Als wahren Grund des Aufstandes sehe ich den Eindruck an, den die Witboi und die anderen südlichen Stämme von dem bisherigen Verlauf des Herero-Feldzuges haben, der ihnen als Mißerfolg erscheint. Ob er objektiv ein Mißerfolg ist oder nicht, darauf kommt es gar nicht an, sondern nur darauf, wie er sich subjektiv den Witboi darstellt. Von diesem Gesichtspunkt aus war es vielleicht zu bedauern, daß eine Anzahl (60—80) Witboi-Krieger den Herero-Feldzug mitgemacht haben, so nützliche Dienste sie an sich geleistet haben mögen. Aber wie haben sie in ihren Briefen an die Dahingeliebenen den Verlauf des Feldzuges dargestellt? Oder auch dergleichen Nachrichten wandern mündlich von Viehposten zu Viehposten und jeder tut natürlich das Seine hinzu, bis sie völlig entstellte bei den südlichen Stämmen anlangen. So glauben also die Witboi offenbar, daß die Herero noch weit von der Niederwerfung sind und daß es wohl möglich wäre, in gemeinsamem Kampfe den weißen Eindringling zu vertreiben.

Gendrik Witboi's Einfluss auf seine Leute soll schon beim Ausbruch des Herero-Aufstandes erschüttert gewesen sein.

Berlin, 11. Oktober. (Amthle Mitteilung.) Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein ist der Zivilpolizist Fiecke aus Wildbrunn, Königreich Sachsen, früher Infanterie-Regiment 88, am 7. Oktober in Station Luis tot aufgefunden worden. Schuß durch die Brust. Die Angreifer sind verschwunden.

Major Leutwein sagte, wie erinnerlich, in seiner letzten Meldung, daß die Station Luis durch Witboi angegriffen worden sei.

hat nun der Angriff nur in der Ermordung des Polizisten Fiecke bestanden? Etwas ausführlichere Meldungen könnte Leutwein schon erstatten, resp. die Regierung in Berlin verlangen! —

### Husland.

#### Schwere Anschuldigungen.

Brüssel, 10. Oktober. (Fig. Ver.)

Die öffentliche Meinung ist in diesem Augenblicke überaus erregt infolge einer schweren Anschuldigung, welche, wenn sie nicht als falsch erwiesen werden kann, in Europa einen weit stärkeren Widerhall haben wird, als alle Angriffe der englischen Blätter gegen den Kongostaat.

Es handelt sich um Anklagen eines Militärarztes, des italienischen Hauptmannes Vaccari, des offiziellen Abgesandten der italienischen Regierung, welcher nach dem Kongo gegangen war, um zu prüfen, ob eine italienische Kolonisation im Kongo möglich ist. Vaccari dachte von vornherein sehr günstig über die Verhältnisse im Kongo, und die Kongobehörden, auf deren Ersuchen seine Untersuchung angestellt wurde, taten alles Mögliche, um seine günstigen Auffassungen zu bekräftigen. Aber gründliche Studien der Verhältnisse änderten die Überzeugungen des Hauptmannes, und er ließ seine neugewonnenen Anschauungen in zahlreichen Berichten hervortreten, die er an seine Regierung richtete. Er behauptet nun nicht, daß diese Korrespondenz unterschlagen worden sei; aber er weist es zurück, diese von anderer Seite aufgestellte Behauptung als falsch zu erklären. Jedenfalls geschah es, daß er nach einiger Zeit zuerst das Mißtrauen, dann die offene Feindseligkeit der Beamten des Kongostaates auf sich zog.

Jetzt erhebt er die schwerste Anklage. Er erklärt, daß er am 2. Juli 1903, als er sich in Kassaongo befand und eine Flasche roten Bordeauxweins trank, festzustellen in der Lage war, daß das Getränk einen seltsamen Geschmack hatte. Er stellte weiter fest, daß sein schwarzer Bedienter ihm in den Wein eine starke Dosis ätzenden Quecksilber-Sublimates getan hatte. Der erschreckte Schwärze erklärte ihm, daß er ihm nicht nach dem Leben habe trachten wollen. Vaccari verachtete sich ein Brechmittel und ließ sich durch den italienischen Arzt Dr. Meussi behandeln, welcher das Getränk untersuchte und feststellte, daß es geeignet gewesen wäre, den Tod herbeizuführen. Vaccari erhob Anklage gegen seinen Diener, der beschattet worden ist, aber er ist überzeugt, daß dieser arme Teufel keinen Grund hatte, ihm Böses zuzufügen. Er behauptet, noch weitere Beweise für seine Anschuldigung gegen die Auftraggeber des Schwärzen in Händen zu haben. Weiter erklärt Vaccari, daß man nach der Erhebung seiner Klage beabsichtigt hätte, ihn für geistesgestört zu erklären, und daß er als ein solcher den anderen italienischen Agenten im Kongo demüdiget worden sei. Er beschuldigt unzuverlässig den General-Gouverneur des Kongo, er habe seine in Zentral-Afrika wohnenden Landleute in dieser Richtung telegraphisch beeinflusst.

Diese Darstellung fällt zusammen mit gleichzeitigen Abteilungen der dem Kongo ergebenden Presse. Eines dieser Blätter, der „Soir“, erklärte gestern, daß die Vergiftung die Folge eines Mißverständnisses gewesen und daß der Kapitän Vaccari schwachsinzig sei, eine Verteidigung der Kongoregierung, die zunächst in keiner Weise beweiskräftig erscheint. Es ist zu bemerken, daß alle Anklagen des italienischen Delegierten ohne Einschränkung durch das katholische Hauptjournal Belgiens, den „Patriote“, wiedergegeben sind. Die kongoreisende Presse kann daher diesmal nicht über voreingenommene Anschuldigungen klagen, wie sie es gegenüber den Angriffen der englischen Zeitungen und der englischen Politiker tat. In der Tat, wenn bei den englischen Angriffen die Klagen, im Kongo Fuß zu fassen, mißsprachen, so kommt dies für Italien nicht in Betracht.

Es giebt nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist der Kapitän Vaccari nicht zurechnungsfähig, dann hat die Regierung von Italien die Pflicht, ihren Vaustragen abzuschütteln; oder aber die Vertrauenswürdigkeit Vaccaris ist nicht anzuzweifeln, dann dürfte der Vorfall zu bedeutenden Weiterungen führen.

#### Zur Einigkeitsfrage in Frankreich.

Paris, 10. Oktober. (Fig. Ver.) Die beiden sozialistischen Parteien haben fast gleichzeitig Versammlungsvorbereitungen veranstaltet, die in bezug auf die Einigkeitsfrage von Interesse sind.

Die P. S. F. (Jaurèsisten) hat, gemäß dem Beschluß ihres Kongresses von Saint-Germain, zum erstmaligen vier regionalen Versammlungen abgehalten, in denen Mitglieder der Kammerfraktion zusammen mit Vertretern des Interparlamentarischen Komitees eine kollektive Mandatsberichterstattung gaben. Die Versammlungen fanden statt in Angers, Bordeaux, Lyon und Marseille. Dabei trat der Unterschied zwischen der Linken und der Rechten der P. S. F. in der Stellungnahme zum Voe und folglich zur Einigkeit deutlich genug hervor. (Wohlgemerkt, ich folge den Berichten der „Humanité“.) Die Redner der Linken, Ducos de la Hoille in Angers und Renaudel in Marseille, kritisierten die Voe-Politik und traten für die sozialistische Einigkeit ein. Ducos de la Hoille beschränkt die Opposition gewisser Geistes gegen die Einigkeit, meinte aber, daß die Einigkeit aus der breiten Masse hervorgehen werde. Nehlich sprach Renaudel: „Die gewünschte Einigkeit wird verwirklicht werden — wenn nicht von oben, so doch von unten.“ Hingegen findet man in den Reden der markantesten Vertreter der Fraktion bezw. des rechten Flügels der P. S. F., und zwar von Jaurès, Briand, Viviani und Breissen, kein Wort über die Einigkeit, wohl aber eine uneingeschränkte Apologie des Kabinets Combes, der jaurèsistischen Voe-Politik und der Notwendigkeit, sie auch fernerhin zu befolgen. Briand kritisierte noch den Amsterdamer Beschluß.

Was die Resolutionen der vier Versammlungen betrifft, so wird nur in der Lyoner Resolution (in Lyon sprach von der Linken Jean Longuet) die Notwendigkeit der Einigkeit betont. Die übrigen drei Resolutionen, darunter die der Jaurèsischen Versammlung in Angers, schweigen sich darüber vollständig aus. In Angers erklärte die Versammlung ihre volle Zustimmung zur sozialistischen Republik, die allein die vollständige Befreiung der Arbeiter sichern kann, und verpflichtet sich, die politische und ökonomische Aktion des Proletariats zu stärken. In der Bordeaux-Resolution wird Herr Combes beglückwünscht und die jaurèsistische Politik gebilligt. In Marseille gelangte ein Billigungsbeschluss zur Annahme.

Die P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten) hielt am Sonntag in Paris eine Volksversammlung ab mit dem Thema: Amsterdamer Kongress und sozialistische Einigkeit. Es ist die zweite Pariser Versammlung dieser Art. Es sprachen die Abg. Dejeante und Bailant, ferner Lafargue, Dubreuilh, Landrin, Paul-Louis und Kappaport. Die baldige Verwirklichung der vollständigen Einigkeit nach dem Boden des Klassenkampfes gemäß dem Amsterdamer Beschluß — das war der Mittelpunkt der Ausführungen der Redner. Bailant hob hervor das Widerstreben des rechten Flügels der Jaurèsisten gegen die Einigkeit, was sich daraus erkläre, daß die sozialistische Einigkeit die Voe-Politik der Jaurèsisten unmöglich machen würde. Er kündigte ferner an, daß die P. S. de F. eine nachhaltige Versammlungsagitator für die Einigkeit beschließen habe, um so nach Möglichkeit (bei dem Mangel einer Tageszeitung) den Widerstand der Voe-Freunde gegen die Einigkeit zu lähmen. — In der per Affirmation botierten Resolution erklärte die Versammlung ihre Zustimmung zum Amsterdamer Beschluß und zur sozialistischen Einigkeit, deren baldige Verwirklichung erhofft wird.

### Italien.

Die Spaltung der italienischen Sozialdemokratie vollzogen.

Vom 8. bis 10. Oktober hielt der italienische Parteivorstand in Florenz eine Sitzung ab, in der neben einigen an-



deren Partei-Angelegenheiten besonders über die Stellungnahme zu den autonomen Gruppen beraten wurde. Bekanntlich war die Gesamtpartei durch Referendum über das Schicksal der aus den alten Partei-Organisationen ausgeschiedenen „reformistischen“ Gruppen befragt worden. Das Resultat der Abstimmung ging dahin, daß die autonomen Gruppen bis spätestens den 30. September ihre Wiedervereinigung mit den alten Partei-Organisationen zu bewirken hätten. Dieser Aufforderung kam eine Anzahl autonomer Gruppen nach, während die von Mailand und einige andere sich dessen weigerten.

Zu der Sitzung des Parteivorstandes war eine Delegation der Mailänder Sezessionisten zugelassen. Diese suchte einander zusehen, daß in Mailand eine Vereinigung unmöglich sei; die eine Richtung bezügl. die andere, daß sie monarchisch-bürgerlichen Tendenzen huldige, während der anderen vorgeworfen werde, daß sie auf anarchisch-gewerkschaftlichem Boden stünde. Treves gab die Erklärung ab, daß die autonomen Gruppen Mailands den festen Willen haben, in der Partei zu bleiben und mit ihr zu wirken und richtete die Frage an den Parteivorstand, ob er die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß die Männer und sozialistischen Kräfte, die in den Gruppen vereinigt sind, wegen einer bürokratischen Formalität (gemeint ist die Forderung unbedingter Einheit der Organisation) aus der Partei gestochen werden. Nach langer Diskussion, die sich über mehrere Sitzungen erstreckte, fand schließlich nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Der Parteivorstand nimmt mit großer Befriedigung Kenntnis von dem Wiedereintritt der autonomen Kräfte von Bergamo, Varese, Rom usw.; er bedauert auf das Lebhafteste, daß die autonomen Gruppen von Mailand und einige andere diejenige lobenswerten Beispiele nicht gefolgt sind, und erklärt, daß sich diese Gruppen, da sie bis zum 30. September ihre Wiedervereinigung mit den alten lokalen Partei-Organisationen nicht bewirken konnten, auf Grund des Referendums der Partei als nicht mehr zur italienisch-sozialistischen Partei gehörig zu betrachten haben.“

Die Resolution führt weiter begründend aus, daß der Parteivorstand den Vorschlag der Gruppen, in der Partei zu verbleiben, ohne sich den lokalen Partei-Organisationen anzuschließen, als mit der Auffassung von der Einheit der Partei im Widerspruch stehend, nicht habe akzeptieren können. Ferner wird darin erklärt, daß die Mailänder Föderation (alte Organisation) von den Prinzipien des Sozialismus nicht abgewichen sei, daß die Gründe, welche die autonomen Gruppen für die Unmöglichkeit einer Verschmelzung angeführt habe, deshalb auch nicht anerkannt werden konnten.

Schließlich erklärt sich die Parteileitung bereit, jederzeit alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, der Gruppen oder einzelnen Personen den Wiedereintritt in die Partei zu erleichtern.

**Mailand, 11. Oktober.** Die konservative Minderheit des Stadtrates gab ihre Gesamtdemission wegen der Haltung der radikalsozialistischen Stadterwaltung während des allgemeinen Ausstandes. Infolgedessen befindet sich der Stadtrat in einer Krise.

#### Ein Arbeiterfest.

**Rom, 5. Oktober.** (Cig. Ver.) Nach viermonatlichem Ausstande nahmen 800 Warmarbeiter in den Warmarbrüchen von Perugia die Arbeit wieder auf. Sie haben für ihre Wiederkunft nun auch sehr bedeutende Errungenschaften zu verzeichnen. Die Arbeiter erhalten einen Arbeitsvertrag, der Tagelohn steigt — bei achtstündiger Arbeitszeit, die schon vor dem Streik galt — von 2,10 Lire auf 3 Lire. Für alle Hilfsarbeiter der verschiedenen Brüche wurde ein Minimallohn festgesetzt. Die Gewerkschaft der Warmarbeiter, an die die Arbeiter der Stein- und Warmarbrüche angeschlossen sind, hat für den Streik etwa 30.000 Lire ausgegeben.

#### Niederlande.

Die niederländische Reichspost in den Dienst der Reaktion zu stellen, scheint das Bestreben der Regierung zu sein. Der niederländische Verkehrsminister hat nämlich folgenden Vorschlag zur Ergänzung des Postgesetzes eingebracht:

„Das Ueberbringen nicht geschlossener Sendungen kann gewichtig oder geheimt werden, wenn ihr Inhalt als der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten widersprechend angesehen wird. Falls der Absender bekannt ist, werden ihm die Stücke zurückgeschickt unter Mitteilung der Gründe der Weigerung oder Hemmung. Ist der Absender nicht bekannt, so werden die Sendungen drei Monate zu seiner Verfügung aufbewahrt, worauf sie vernichtet werden können.“

Zur Begründung dieses Vorschlags, der die Post zu einer Art Zensurbehörde machen würde, weist der Minister besonders auf die guten Sitten verletzende Sendungen (pornographische Drucke, Abbildungen und o. d. g.) hin. Es wird jedoch aus dem Wortlaut des Vorschlags klar, daß er auch auf politische Drucke angewandt werden kann. Mit Recht bemerkt „Der Volk“: „daß wir es hier mit einem ernst gemeinten Anschlag auf die Freiheit der Presse zu tun haben, braucht nicht gesagt zu werden. Laut Verfassung mag jeder drucken und verbreiten was er will, aber dann kommt der Postbeamte, der das Monopol schneller und zweckmäßiger Verbreitung hat, und sagt: Ich verleihe das nicht. — Wahrlich, wir nähern uns schon mehr russischen Zuständen!“

#### Dänemark.

Justizminister Alberti brachte heute im Folketing einen Gesetzesentwurf betreffend die Behandlung von verurteilten und verwahrlosten Kindern und jungen Leuten ein. Der Vorschlag geht dahin, daß solche Kinder und junge Leute in Kinderbewahranstalten und Erziehungsanstalten gebracht werden können, wenn dies mit Bezug auf ihre Besserung erforderlich erscheint. Die erste Gewalt geht in einem solchen Falle an einen Obervormund und erst an die Aufsicht über die Kinder führt. Die Erziehungsanstalten sind teils von milderer, teils von strengerer Art; je nachdem die Verbertheit der Kinder mehr oder minder vorgezeichnet ist. Ferner brachte der Justizminister einen Gesetzesentwurf über die Bekämpfung der Tuberkulose ein. Dieser Vorschlag enthält eine Reihe Bestimmungen, die bezwecken, die Tuberkulose durch weitestmögliche Verbreitung einer genauen Kenntnis der Krankheit und deren Wirkung unter der Bevölkerung zu bekämpfen, und eine Reihe von Verhaltensmaßnahmen und Verbote zu geben, um damit der Ausbreitung der Krankheit vorzubeugen. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, daß Sanatorien zugunsten der tuberkulösen Patienten von Seiten des Staates einen beträchtlichen Zuschuß zu gewähren.

#### Rußland.

##### Eine Aufforderung zum Norden.

Aus Anlaß eines Zusammenstoßes zwischen Arbeitern und bewaffneten Mannschaften des Grochower Regiments in Warschau, wobei letztere den kürzeren zogen, hat der Generalgouverneur und Kommandierende der Truppen des Warschauer Bezirks folgenden befehligen Befehl erlassen, dessen Text wir dem Warschauer offiziellen Organ „Warszawski Dziennik“ entnehmen. Es heißt da unter anderem:

„In diesem Falle, wo die Menge die Militärabteilung mit Steinen überschüttete, waren der Rückzug vor den Angreifern und der Abzug in die Luft unangebracht und der bewaffnete Mannschaften unwürdig. In solchen Fällen bleibt nichts anderes übrig, als von der Waffe Gebrauch zu machen und man muß die Entschlossenheit haben, das zu tun, damit die Menge keinen Anlaß bekommt, anzunehmen, daß sie die Mannschaften strafflos beleidigen und zu Krämpfen schlagen dürfe. Ueberhaupt haben sich leider in der letzten Zeit wiederholt übermäßige (!) Befürchtungen vor der Verantwortlichkeit für den Waffengebrauch in ähnlichen

Fällen bemerkbar gemacht, trotzdem Mangel an Entschlossenheit, der die Ruhestörer aufmuntert, zugleich geeignet ist, die hohe Bedeutung der militärischen Würde in ihrer Meinung zu erschüttern.“ Daher wird weiter den Vorgesetzten empfohlen, ihren Untergebenen auseinanderzusetzen, wo sie von der Waffe Gebrauch machen müssen und wo dies keine Verantwortlichkeit nach sich ziehen könne.“

Den Was und den Tadel des blutdürstigen Mummelkreises — Gzerikow ist 80 Jahre alt und steht schon mit einem Fuße im Grabe — haben die Truppen des Warschauer Militärbezirks wahrhaftig nicht verdient. Nicht minder als ihre Kollegen in Ost- und Südrussland, in Ufa, in Ischkerumskan, Tschereckaja usw. haben auch sie leider bis jetzt ihre „Schuldigkeit“ getan und die demonstrierenden oder streikenden Arbeiter rechtlich zusammengeschossen, jedesmal, wo man sie mit der Feuerwaffe interwenieren ließ. Schon abgesehen von einigen Fällen unter den Vorgängern Gzerikows in den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo in Jhrardow, in Lodz und auf dem Stadthof „Guta Pawlowa“ bei Streiks und bei der Meißelung insgesamt über 50 Arbeiter von der Soldateska erschossen wurden, haben die Warschauer Arbeiter erst neulich, am 13. Juni d. J., das Straßenpflaster mit ihrem Blute wieder einmal färben müssen. Wie wir seinerzeit meldeten, kam es während eines großen Brandes in der Orzechowulastraße zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem zuschauenden Publikum und der es mißhandelnden Polizei, wobei zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter, die sich in der Menge befanden, energisch zur Wehr setzten und von der Menge unterzogen, unter Aussen „wieder mit dem Abschlachten“, die heilige Hermantad mit ihren berittenen Kosaken durch Steinwürfe in die Luft schlugen. Bald darauf erschienen aber auf dem Kampfsplatz zwei Kompanien Infanterie, es fielen zwei Soldaten — nicht in die Luft, sondern in die zusammengebaute Menge, und auf dem Erdboden lagen neben zahlreichen Verwundeten acht Leichen, darunter das Mitglied der Warschauer sozialdemokratischen Organisation, der junge Schloffer Joseph Koferski.

„Mein Lieber, was willst du noch mehr?“ könnten ja angesichts dessen die soeben gerüffelten Truppen mit Recht ihrem schneidigen Befehlshaber, der selbst meistens das Zimmer hüten muß, zurufen. Aber den Saitrapen von Warschau vermag die Schicksalsfestigkeit der Soldaten immer noch nicht zu befriedigen, weil die Arbeiterdemonstrationen sich trotz des vergossenen Blutes doch mehren. Letzteres ist Tatsache. Erst vor wenigen Tagen, am 2. d. M., hat das Warschauer sozialdemokratische Komitee wieder eine Demonstration zum Protest gegen das kriegsgerichtliche Verfahren in Sachen Kopyzalski veranstaltet. Die Gärung unter den Arbeitern ist groß, besonders unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit und des Krieges. Aber eben deshalb ist es doppelt verbrochenerisch und albern, die soziale Frage vermittelt blauer Bohnen lösen zu wollen.

#### Amerika.

##### Die sozialistische Wahlagitation

macht ausgezeichnete Fortschritte. Noch niemals vorher ist in einer Wahlkampagne so viel sozialistische Literatur verkauft worden, wie diesmal. Die beschränkten Finanzen der Partei gestatten es nicht, die Agitationschriften in Massen gratis zu verteilen, wie es die anderen Parteien mit ihren Flugchriften tun. Daß so viel gekauft wird, zeigt jedenfalls von einem erfreulich großen Interesse in weiten Kreisen. Die Versammlungen der Sozialisten sind immer stark besucht. Eugen V. Debs hat als Redner eine große Anziehungskraft gewonnen, auch haben einige angesehenere Zeitungen Artikel von ihm verlangt und angenommen, um über Ziele und Zwecke des Sozialismus Aufklärung zu geben. Vorher Lebs machen noch viele tüchtige Redner Agitationsreden für den Sozialismus, und sie berichten nach dem Hauptquartier in Chicago über gute Erfolge. In vielen Gewerkschaftskreisen zeigt sich eine günstige Stimmung für die sozialistischen Kandidaten.

Der Gewerkschaftsverband hat für den Wahlfonds der Sozialisten 500 Dollars bewilligt. — Die American Federation of Labor, der größte Arbeiterverband der Welt, der beinahe zwei Millionen Mitglieder zählt, hält am 14. November seine Jahreskonvention in San Francisco ab. Bei der vorjährigen Konvention in Boston entspann sich ein lebhafter Kampf zwischen den sozialistischen und den konservativen Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Resolution, welche eine Anerkennung des Sozialismus im Prinzip zum Ausdruck brachte, wurde mit 2185 gegen 1283 Stimmen gefasst. Diese scheinbare Niederlage betrachteten die Sozialisten mit einer gewissen Genugtuung, denn sie hatten auf eine so starke Minorität kaum gerechnet. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie sich diesmal das Verhältnis stellt, denn unablässig wird von sozialistischer Seite der Kampf darum geführt, in den Gewerkschaften den maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Die politischen Erfolge hängen davon ab, daß die Gewerkschaften mit ihren geschlossenen Massen sich für die sozialistische Partei erklären.

#### Von der russischen Offensive.

die gestern mit vollen Waden in die Welt hinaufposaunt wurde, ist es heute wieder recht still geworden. Ein offizielles russisches Telegramm lag übrigens auch gestern nicht über die so überraschend kommende angebliche Angriffsbewegung Auropatkins vor. Das ist eigentlich recht verdächtig!

Dem „Berliner Tageblatt“ wird allerdings von seinem Petersburger Korrespondenten unter dem 11. Oktober gemeldet, daß erst jetzt den russischen Korrespondenten offiziell gestattet worden sei, die Tatsache, daß die Arme zum Angriff übergegangen ist, zu verbreiten. Trotzdem dürften aber die Nachrichten in der nächsten Zeit spärlich und unklar fließen, damit die Japaner keinerlei Hinweise erhalten. Jedoch werden die Ereignisse einander schnell folgen: Heute liege die Bestätigung vor, daß die Japaner die wichtige befestigte Position Wanjapusa, den Schlüssel nach Wenschu und des Taitseho-Tales, verloren haben. Die russische Kavallerie, wahrscheinlich die Abteilung Krenenkampff, ist bis Wenschu vorgedrungen. Die Japaner sind auf der ganzen Front unter Vorpostengefechten zurückgegangen. Man erwartet in Petersburg eine zweite Schlacht bei Liaujang, da die Japaner zum Teil über den Taitseho zurückgehen.

Das klingt wirklich alles sehr — russisch. Hätte die russische Offensivbewegung bereits am 3. Oktober begonnen, so läge darüber entschieden eine japanische Meldung vor. Und dann die vorgehliche Geheimnistuerei! Hat man denn nicht seit mehreren Tagen die Offensivfabel verbreitet? Hat nicht Auropatkin seine schöne Rede öffentlich verbreiten lassen? Was soll denn da eigentlich noch geheim gehalten werden? Die russischen Truppenbewegungen? Nun, darüber können sich die Japaner selbst an Ort und Stelle zehnmal besser unterrichten, als die Herren Kriegsberichter in russischen Lager. Gerade solche Meldungen wie die des Mosk. Blattes lassen also die ganze Geschichte von dem energischen Vordringen Auropatkins höchst zweifelhaft erscheinen. Soll durch diesen ganzen Mummel, den die russische Regierung durch Kriegsberichterstaten und Zeitungszuträger inszenieren läßt, ohne sich selbst zu engagieren, nur Stimmung bei der Börse gemacht werden? Hofft man auf diese Weise leichter zu einem großen Rump zu kommen? Oder will man nur dem eigenen Volke Sand in die Augen streuen?

**Tokio, 11. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Der Britische hat einen Angriff auf sein Volk gerichtet, worin er zur Geduld und Standhaftigkeit in der Führung des Krieges ermahnt; er sagt: Seit Beginn des Krieges haben unsere Arme und die Flotte Tapferkeit und Loyalität bewiesen, während sowohl die Beamten als auch das Volk übereinstimmend in Unterstützung unserer Sache tätig gewesen sind. Bis jetzt ist unsere Sache

erfolgreich; aber da die endgültige Durchführung noch in sehr weiter Ferne liegt, ist es nötig, in Verfolgung unserer Tätigkeit geduldig und ausdauernd zu bleiben und auf diese Weise nach der schließlichen Erfüllung unseres Vorsatzes zu streben.

**London, 11. Oktober.** Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Tschifu, russischerseits werde erklärt, daß seit dem letzten großen Sturm kein bedeutender Kampf vor Port Arthur stattgefunden habe. In der Nacht des 5. d. M. seien japanische Truppen in der Takhebuch gelandet, von wo die Russen sich angegriffen der numerischen Ueberlegenheit des Heeres zurückgezogen hätten; am nächsten Tage hätte die russische Artillerie die Japaner wieder vertrieben und ein von denselben in Stellung gebracht Geschütz zerstört. Die Japaner bombardierten jetzt die Stadt täglich 3-4 Stunden. Der „Kobi Strah“ erscheine wieder wie früher.

**Tokio, 11. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureau“.) Das japanische Kanonenboot „Heizen“ ist, wie jetzt bekannt wird, am 18. September in der Taubebucht auf eine Mine gestoßen und gesunken. Von der Besatzung wurden nur vier Mann gerettet.

**New York, 11. Oktober.** Die „New York Times“ melden aus Washington: Präsident Roosevelt hat das Staatsdepartement angewiesen, Rußland um ausführliche Auskunft über den Verbleib der amerikanischen Post an Bord des von den Russen aufgeführten Dampfers „Kalschad“ zu ersuchen.

#### Der „gehende“ Mann.

Der Statthalter Alexejew steht jetzt gewissermaßen im Mittelpunkt des Interesses. „Geht er, oder geht er nicht,“ dies ist die Frage, um die zu lösen die ausländischen Korrespondenten in Petersburg sich den Kopf zerbrechen und sich die Sohlen nach den „maßgebenden Stellen“ in den russischen Ministerien ablaufen. Es dürfte deshalb von Interesse sein, einige Mitteilungen eines Korrespondenten der „Dostoboschdienie“ aus der Mandschurei, in denen die Figur desselben in ihrer ganzen Glorie erscheint, wiederzugeben:

„Ten Alexejew kann im fernen Osten niemand ausweichen. Seine persönlichen Bequemlichkeiten stellt der Admiral über alles und ist bereit, die Sache zu opfern, um nur seine Ruhe nicht zu stören. So ist es z. B. verboten, in dem Bahnhof von Mukden, wo er seine Wohnung hat, den Abgang der Züge durch Gelächter und Pfiffe, wie es auf allen Eisenbahnen in Rußland üblich, anzudeuten, damit der Statthalter ja nicht bemerkt werde, und so kommt es so häufig vor, daß Passagiere, die das nicht wissen, ihre Züge verpassen. Als Alexejew nach Port Arthur gegangen war, bevor noch die Festung endgültig abgeschnitten wurde, durfte man auf seinen Befehl dorthin während einer ganzen Woche keine Frachten senden, damit der Schienenweg zu jeder Zeit für seine Rückkehr nach dem Norden frei bleibe. Und noch ein Fall, der viele gegen Alexejew empörte: einmal sind auf der ganzen Eisenbahnlinie alle Züge, sowohl die Militär- wie die Güterzüge zum Stehen gebracht und alles ist in großen Kastruh verpackt worden — es stellte sich nun heraus, daß zu Alexejew... ein Führer Augen-Operateur in einem Extrazug fuhr!“

Diese Schilderung paßt genau zu der bekannten Tatsache, daß am Abend, wo man den ersten, verhängnisvoll gewordenen Angriff der Japaner auf die russische Flotte in Port Arthur erwarten mußte und wo dieser auch tatsächlich erfolgte, der Oberbefehlshaber sich zu Pette begab und aufs strengste dabei verbot, ihn während der Nacht zu wecken. Trotz dieser Heidentaten wird der Statthalter, der bald in der Mandschurei nichts mehr zu „halten“ haben wird, immer noch von der Hofamantilla in Petersburg über Wasser gehalten, und es wird wahrscheinlich notwendig sein, daß die Russen auch aus Mukden von den Japanern hinausgeworfen werden, damit dieser traurige Held aus einer luftigen Operette endlich aufhört, Stoff für Anekdoten zu liefern. Das absolute Regime und seine Diener sind allerdings einander wert und bedingen sich gegenseitig.

#### Gerichts-Zeitung.

##### Arbeitergroßen und Staatsanwaltsgroßen.

Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung hatte sich gestern vor dem Schöffengericht der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen, zu verantworten. Der Tatbestand war folgender: Im Juli ds. Js. streikten bei der Firma Loosmann in der Mantensfelstraße die Schloffer. Es kam zu einer Einigung, indem den Streikenden eine Lohnerhöhung zubilligt wurde. Nach ein paar Tagen entließ die Firma jedoch einen Teil der Arbeiter, was die übrigen Arbeiter als eine Maßregelung betrachteten. Sie legten wiederum die Arbeit nieder bis auf zwei. Diese, die Schloffer Schönknecht und Großloff, suchte nun der Angeklagte zu überreden, ebenfalls die Arbeit mit einzustellen, was sie indessen verweigerten. Es kam nun zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen Cohen und den beiden Arbeitswilligen, in deren Verlauf einer von ihnen Cohen die Beleidigung zurück, er ernähre sich ja von den Schweißgroßen der Arbeiter. Cohen nannte jenen darauf Streikbrecher. In dieser Äußerung und der ihr vorausgegangenen Auseinandersetzung sah die Anklage eine Drohung und Ehrverletzung, mittels deren der Angeklagte die beiden Arbeitswilligen habe bewegen wollen, an einer Verabredung zum Zwecke der Ertingung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Der Staatsanwalttrat Ohlig als öffentlicher Ankläger machte sich die Äußerung des einen Arbeitswilligen betreffs der Schweißgroßen der Arbeiter, von denen der Angeklagte sich ernähre, völlig zu eigen. Hier liege wieder einer jener Fälle von Terrorismus vor, wie er bei „berartigen“ Arbeiterorganisationen üblich sei. Uebrigens müßte sich der Angeklagte „gewerksmäßig“ in Dinge, die ihn gar nichts angingen. Es sei deshalb eine höhere Strafe angebracht, als wenn einer der an den Beleidigungen direkt beteiligten Arbeiter die Straftat begangen hätte. Er beantragte sechs Wochen Gefängnis.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann suchte nachzuweisen, daß der fragliche Streik gar nicht zur Ertingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern zum Zwecke der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter geführt worden sei, mithin ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung überhaupt nicht vorliege. Es sei dies einer jener Fälle, den die selbige Zuchthaus-Vorsorge habe treffen wollen, den die selbige Vorsorge aber nicht Geseh geworden sei, so sei auch die Verurteilung einer im Geseh nicht vorgesehenen Handlung ausgeschlossen. Was aber die Beleidigung des Arbeitswilligen anbelange, so müßte dieselbe mindestens als kompensiert betrachtet werden. Bedauerlich sei es überdies, daß sich der Staatsanwalt die selbständige Äußerung des einen Arbeitswilligen betreffs der Ernährung von den Schweißgroßen der Arbeiter zu eigen gemacht habe. Cohen sei von den Arbeitern als Vertreter ihrer Interessen gewählt und müsse für seine Tätigkeit, die die volle Arbeitskraft eines Mannes erfordere, selbstverständlich auch bezahlt werden. Wie man dem Angeklagten daraus einen Vorwurf machen könne, sei ihm un-



verständnis; er glaube kaum, daß man einem Vertreter der Arbeitgeber-Organisation den ähnlichen Vorwurf machen würde, daß dieser sich von Unternehmern ernähre, um ihn gewissermaßen als moralisch minderwertig hinzustellen. Aus allen diesen Gründen beantragte er die Freisprechung der Angeklagten. Es kam sodann zu einem kleinen Zwischenfall. Der Angeklagte Cohen erbat sich das Wort und verteidigte sich ebenfalls sehr energisch gegen die Äußerung des Staatsanwalts, als er sich für nichts und wieder nichts von den Schweigegeldern der Arbeiter. Er müsse für sein Gehalt auch seine Arbeit leisten; bekomme also sein Geld ebenso wenig umsonst wie der Staatsanwalt. Diese Äußerung bezeichnete der Staatsanwalt als eine die Würde des Gerichts verletzende Angehör. Cohen entgegnete darauf, ohne erst die Worterteilung abzuwarten: Ich arbeite für mein Geld genau so gut wie Sie! — Das Urteil lautete auf drei Wochen Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und 20 M. Geldstrafe wegen Ungehör vor Gericht. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Wenn die Arbeitseinstellung auch nicht wegen Erbringung besserer Lohnverhältnisse erfolgt sei, so habe sie doch bezweckt, den Arbeitgeber in der freien Wahl seiner Arbeiter zu beschränken, sie solle daher unter den § 153. Gegen das Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß in Berlin ein Staatsanwalt gegen einen Mann, der es mit ihm an Anständigkeit in jeder Hinsicht aufnehmen kann, derart vorgeht, und noch beachtenswerter ist es, daß ein Gericht die Abwehr des Beleidigten als Ungehör bestraft.

Es wäre noch schöner, wenn jemand, der eine berattige Ehrenstellung in der Öffentlichkeit genießt, wie der Leiter einer großen Arbeitervereinigung, wenn ein Mann, der durch das Vertrauen zehntausender Berufsgenossen auf seinen schweren, verantwortungsvollen Posten berufen worden ist, nicht die Pflicht in sich fühlte, Angriffe auf seine Ehre, auch wenn sie von einem Staatsanwalt kommen, mit allem Nachdruck zurückzuweisen!

## Gewerkchaftliches.

### Subdiumus.

Eigenartige Vorstellungen von dem Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern scheint sich der Maschinenfabrikant A. Montforts in M. Gladbach zu machen. Kaum hatte er in Erfahrung gebracht, daß eine christliche Metallarbeiter-Versammlung stattgefunden habe, an der einige seiner Arbeiter teilgenommen hatten, da erließ er schon folgenden Ulaß:

„Gestern abend hat eine Versammlung stattgefunden, wo von fremden Agitatoren über Mißstände in anderen Betrieben gesprochen worden ist, welche bei mir nicht vorkommen. Ich verlange, daß ein jeder, welcher bei mir arbeitet, aus dem Verbandsaustritt. Und es haben alle diejenigen mir bis morgen früh 8 Uhr eine Versicherung vorzulegen, daß sie sich mittels einer eingeschriebenen Postkarte abgemeldet haben. Ich dulde weder einen christlichen noch unchristlichen, oder einen sozialdemokratischen Verband in meinem Betriebe.“

Dieser „Befehl“, Herr Montforts ist Hauptmann der Reserve und will die Bekanntmachung als Befehl aufgefahrt haben, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Leider besitzt keiner der vielen Arbeiter des Betriebes den Mut, diesem Befehl entgegenzutreten; alle haben ihren Austritt schon erklärt.

Interessant ist, daß dieser Unternehmer, ein Scharfmacher wie er im Uche steht, bei jeder militärischen Kontrollversammlung eine „flammende“ Rede gegen den Umsturz hält und keinen Unterschied zwischen den christlichen und freien Gewerkschaften macht. Eine stark besuchte Metallarbeiter-Versammlung nahm eine scharf gehaltene Protestresolution gegen das Vorgehen des Herrn an und verhängte über den Betrieb die Sperre.

### Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Möbeltischler. Dem Holzarbeiter-Verband sind im Laufe des gestrigen Tages wieder 65 Aussperrte neu gemeldet worden. An den neuen Aussperrungen sind sowohl solche Betriebe beteiligt, die schon vordem Arbeiter ausgesperrt hatten, Betriebe beteiligt, die schon vordem Arbeiter ausgesperrt hatten. Im ganzen zählt der Holzarbeiter-Verband bis jetzt 308 Aussperrte. Die betreffenden Tischlermeister teilen den zur Aussperrung bestimmten Arbeitern ihr Schicksal meist mit Worten des Bewauerns mit: „Ich muß Sie entlassen, Sie wissen ja, ich kann nicht anders.“ So sucht der Meister sich gleichsam zu entschuldigen, wenn er sich genötigt glaubt, einen Arbeiter ohne Grund aus der Straße zu sehen. Aber warum kann der Meister nicht anders? Fürchtet er den Terrorismus seiner Führer, derselben Leute, die sonst nicht laut genug über angeblichen Terrorismus der Arbeiter schreien können?

Im Streik der Klavierarbeiter ist keine Änderung eingetreten. Die Unternehmer zeigen sich noch nicht zur Nachgiebigkeit bereit und von den Streikenden denkt niemand daran, den Kampf aufzugeben.

Der Referent ist nicht erschienen. Zu diesem Thema teilt uns Genosse Adolf Hoffmann mit, daß ihm ein im Umdruck hergestellter Handzettel zugegangen sei, in dem er für eine Gewerkschaftsversammlung als Referent genannt wird. Auf der Rückseite des von der Filiale Berlin des betreffenden Verbandes in einem abgestempelten Kuvert überliefertenzettels steht:

Wetter Genosse! Hoffentlich wird die umseitige Einladung zur Wahrheit. Wir versprechen uns viel davon. (folgt Unterschrift.)

Genosse Hoffmann erklärt dazu, daß er weder einen Vortrag zugesagt habe, noch auch nur darum angegangen sei. Es sei einmal notwendig, gegen einen derartigen Mißbrauch von Namen Stellung zu nehmen. Gar zu leicht treffe dadurch den Referenten der Vorwurf der Vorkürdigkeit und Quammelei, ohne daß er in der Lage sei, sich dagegen zu verteidigen.

### Deutsches Reich.

§ 8 des Vereinsgesetzes gegen den Zweigverein einer Gewerkschaft. Der Vorsitzende Frey von der Zweigstelle Breslau des Verbandes der Handlungsbüchsen und -Geschäftsinne wurde in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Übertretung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er Frauen als Mitglieder in den Zweigverein aufgenommen habe, obwohl dieser Zweck, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Dem Gericht hatte es besonders die Agitation für die Einführung und geordnete Ausgestaltung von Kaufmannsgerichten angetan. Der Verein hätte nicht nur zum Zweck dieser Agitation öffentliche Versammlungen einberufen, sondern er habe auch die Beschaffung durch Beschlüsse an Reichstag und Bundesrat zu beeinflussen gesucht. Er sei bestrebt gewesen, auch bei Einberufung jener Agitationsversammlungen, die Beschaffung in bestimmter Richtung in Bewegung zu setzen. Er habe also eine Erörterung politischer Gegenstände im Sinne des § 8 bezweckt. — § 8 letzte Revision beim Kammergericht ein. Er betonte vor allem, daß das Landgericht den Begriff „politische Gegenstände“ im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes falsch ausgelegt habe. — Das Kammergericht wies die Revision ab, indem es von folgenden Gründen ausging: Es liege kein Rechtsirrtum des Landgerichts vor. Dieses erkläre es mit Recht für eine Erörterung politischer Angelegenheiten, wenn in Versammlungen die Frage der Errichtung von Kaufmannsgerichten durch gesetzgeberischen Akt erörtert werde. „Politische Gegenstände“ seien solche, die unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung betreffen und seine Organe in Bewegung setzen. Darum handelte es sich aber bei den Kaufmannsgerichten.

Schnauzen Sie nicht so an! hatte ein streikpostenfischer Maurer — natürlich in Breslau — zu einem Schuhmann gesagt, der ihn in dem bekannten Tone von der Straße wegwieh. Für die darin liegende angebliche Schuhmannsbeleidigung beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis! Der Verteidiger fragte, worin hier eigentlich die schwere Beleidigung liegen solle, darauf replizierte der Staatsanwalt, er hätte sagen sollen: „Fahren Sie mich nicht so scharf an!“ Das Gericht erkannte auf 15 M. Geldstrafe. Der Maurer kaufte sich heute „Anigges Umgang mit Menschen“. Er hätte mehrere Exemplare kaufen und eine Anzahl der Polizei zur Verfügung stellen sollen.

Die Verhaftung von Streikposten in Köln, über die wir dieser Tage berichteten, ist von der Polizei mittlerweile ungehindert fortgesetzt worden. Ein Mitglied des christlichen Holzarbeiter-Verbandes ist bekanntlich an der Kette gefesselt abgeführt worden. Die Verhafteten wurden bis zu fünf Stunden festgehalten. Die Polizei wird unterstützt und ermutigt durch die Kölner Zeitung „Rheinische Zeitung“, die Nachricht mit der erforderlichen Kritik. Am Freitag stellte die „Rheinische Zeitung“ fest, daß bisher noch keines der „arbeiterfreundlichen“ Zentrumsblätter das Wort genommen habe. Endlich, am Sonntag, brachte der „Kölnische Volks-Anzeiger“ der Herren Bacher eine Zuschrift aus dem Bureau des christlichen Holzarbeiter-Verbandes über die Vorkommnisse. Der „Rheinische Merkur“ hatte überhaupt nichts über die Verhaftungen gebracht, obwohl sie die größte Entrüstung in Köln hervorgerufen haben. Die Verhaftungen sind um so empörender, als von den Streikposten, die vor der Köln-Chrensfelder Waggonfabrik standen, nicht einmal ein scheinbarer Anstoß zu dem polizeilichen Einschreiten gegeben wurde. Der in Betracht kommende Polizeikommissar erklärte dem Beauftragten des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes: Streikpostenfischer sei an sich nicht verboten; er stütze sich auf die Straßenpolizei-Verordnung, wie in ähnlichen Fällen andere Polizeibeamte, obwohl auch in den gegenwärtigen Fällen die Streikposten an fast verzeleblosen Stellen standen. Am Sonnabend ging ein Polizeikommissar mit Schulzeuten in Ehrenfeld durch Wirtschaften und drohte den Wirtinnen mit Protokollierung, wenn sie nicht die Klavale zu den von den Arbeitern anberaumten Protest-Versammlungen von der Wand entfernten, was ebenfalls einen gesetzlichen Hebergriff darstellt. Am vielbesungenen freien deutschen Rhein wird es immer preussischer — was gleichbedeutend mit russischer ist.

Zwei zahlreich besuchte Versammlungen, die von den beiden in Betracht kommenden Holzarbeiter-Organisationen einberufen waren, beschlossen einstimmig scharfe Protesterklärungen gegen das Vorgehen der Polizei.

Die Maurer von Selbert (Rheinland) beschloßen den Streik. Sie forderten von ihren Arbeitgebern eine zehntägige Arbeitszeit an Stelle der jetzt 10 1/2 stündigen und einen Stundenlohn von 50 Pf. Dieser wurden 42—44 Pf. bezahlt. Eine Unterhandlung lebten die Arbeitgeber ab. Sie wollen dieses Jahr gar nichts und im nächsten Jahre eine kleine Lohnhöhung eintreten lassen; wieviel dieselbe betragen soll, wollen sie nicht mitteilen. Unter diesen Umständen blieb den Maurern nach ihrer Meinung nichts anderes übrig, als den Streik zu beschließen. Sie bitten dringend um Herabhaltung des Lohnes von Maurern und Bauarbeitern nach Selbert. — Ob es tatsächlich richtig war, zur jetzigen Jahreszeit einen Bauarbeiter-Streik zu beginnen, erscheint uns zweifelhaft.

Im Glatzauer Meccaner Textilbezirk bereiten die Färberei- und Appreturarbeit eine Lohnbewegung vor. Schon im Vorjahre sind Forderungen aufgestellt und den Unternehmern eingereicht worden. Bei einer sehr zahlreich besuchten Besprechung diskutierten die Arbeiter der genannten Branchen in Meccane darüber, ob an diesen Forderungen festgehalten werden solle. Die jetzt gestellten Forderungen sind, besonders bei den Färbereiarbeitern, durchaus unzureichend. Viele Arbeiter haben nur einen Durchschnittslohn von 8—10 M. Stundenlohn von 19 Pf. sind nichts seltenes. In der stöckigen Geschäftszeit, wenn viele Überstunden gemacht werden, können Löhne von 17 M. und etwas darüber erzielt werden. Die aufgestellten Forderungen sind: Für Appreturarbeiter 32 Pf., für Färbereiarbeiter 28 Pf., für Frauen 20 Pf. Stundenlohn. In der Versammlung erklärten zwei Glatzauer Arbeiter, daß sie unter denselben ungünstigen Verhältnissen zu leiden hätten. Zwischen der Meccaner und der Glatzauer Zeitung der Textilarbeiter ist eine Verständigung dahin herbeigeführt worden, so verheerte Steger Meccane, daß die Glatzauer Arbeiter sich der Verbindung in Meccane sofort anschließen werden.

Der Ausschuss im Bremer Vaugewerbe dürfte durch den Beschluß der Zimmerer vom Montag, die Arbeit wieder aufzunehmen, jetzt als beendet zu betrachten sein. Wir ergangen unsere gestrige telegraphische Mitteilung noch dahin, daß der Beschluß mit geringer Majorität — 197 gegen 158 und 7 ungünstigen Stimmen — gefaßt wurde. Verbandsvorsitzender Schrader-Hamburg befürwortete in längeren Ausführungen, an welche sich eine erregte Diskussion schloß, die Arbeitsaufnahme. Nach vierstündiger Beratung konnte dann obiges Resultat mitgeteilt werden. — Nachdem nun alle drei beteiligten Organisationen nach nahezu 10wöchigem Kampfe die Arbeitsaufnahme beschlossen, haben die Arbeitnehmer ihr letztes Wort gesprochen. Sollten aber die Arbeitgeber, welche gegen die Maurer und Bauhilfsarbeiter schon mit der Aussperrung vorgehen, jetzt Gegenmaßnahmen ergreifen, dann wird der Kampf auf der ganzen Linie fortgesetzt. Die Bremer Bauarbeitergesellschaft steht nach dem langen Kampfe noch wie eine Phalanx gleichwie am ersten Tage.

Die Arbeiter der Siemens-Schubert-Werke in München haben sich an die Direktion mit dem Ersuchen um Aufhebung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewandt. Sie wurden in zuvorkommendster Form empfangen, ihr Ansuchen aber — abgewiesen. Jetzt wollen sie das Gewerbegericht als Einmündigkeit anrufen.

### Ausland.

Die allgemeine Klempner-Aussperrung in Stockholm ist durch Verhandlungen mit den Unternehmern beendet worden. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Der Straßenbahnerstreik in Koroßping in Schweden, der infolge brutaler Maßregelungen und Strafverfügungen entstanden ist, dauert fort. Am Donnerstag machte das Streikkomitee bei dem Direktor der Straßenbahngesellschaft einen Versuch zu unterhandeln, wurde aber abgewiesen. Der Direktor versucht nun unter den vor der Dienstentlassung stehenden Mannschaften des Garde-Regiments in Stockholm Streikbrecher anzuwerben.

### Abläufen des Kampfes in Marseille.

Paris, 9. Oktober. (Eig. Ber.) Die militärische Absperrung der Arbeitswilligen und die Anwerbung zahlreicher Arbeitslocher, darunter Italiener und Spanier, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Mit jedem weiteren Tage wuchs die Zahl der auf den ungeduldeten Schiedsrichter verpflichteten Arbeitswilligen. Am 8. Oktober, das ist am fünften Tage seit der Wiederaufnahme der Arbeit, waren die Arbeitsplätze an den Quais ziemlich vollständig besetzt. Nach den amtlichen Angaben arbeiteten insgesamt 4545 Tagelöhner, davon 3498 unter den Bedingungen des Schiedsrichters, also nur 1050 unter den gewerkschaftlichen Bedingungen des ungeänderten Vertrages von 1903. Damit muß der Kampf der Doder-Gewerkschaft gegen den Schiedsrichter als mißlungen betrachtet werden.

Angesichts der Wiederaufnahme der Hafenarbeit hat die Doder-Gewerkschaft die Seeleute von der Solidaritätspflicht entbunden. Die Seeleute stellten sich nunmehr den Schiffsbefehlern zur Verfügung. Sie taten es aber in einer geharnischten Resolution, in welcher sie den Doderern versprochen, ihre moralische und materielle Unterstützung zum Zweck der Vernichtung der kapitalistischen Koalition von Marseille, die seit 45 Tagen das Proletariat dem

tieffsten Elend ausgeliefert hat“, und ferner den Reebren selbst bezeichneten, deren Haltung niemals zu vergessen“. Andererseits haben die Werksführer der Hafenarbeitsplätze ihre gleichfalls im Dienste des Unternehmertums „treibenden“ Schiffsoffiziere von der gegenstandslos gewordenen Solidaritätspflicht entbunden.

Der Pariserer Konflikt schien somit auf der ganzen Linie beendet worden zu sein. In letzten Augenblick jedoch hat die Matrosen-Versammlung von drei bereits seelaren Dampfern sich geweigert, ihre Bothen wieder aufzunehmen, wenn die Reebren nicht die gleiche Arbeitsregelung bewilligen wie die transatlantische Gesellschaft. Dieses vereinzelte Vorgehen stimmt nicht zum letzten allgemeinen Beschluß der Matrosenversammlung, die in bezug auf die Arbeitsregelung vom Parlament das Wort des betreffenden Beschlusses des Marineministers Pelltan verlangte und zugleich diesen „reformatorischen“ Minister und seine Mitarbeiter beglückwünschte, sowie ihnen das „vollständige Vertrauen“ der Seeleute wieder erneuerte.

Ein weiterer Zwischenfall ist die Weigerung von 50 Mechanikern, die die Verladungskäne leiten, mit dem neu angeworbenen ungelerten Personal zu arbeiten, da diese unerfahrenen Elemente sich jeden Augenblick der Todesgefahr aussetzen.

Die Unersahenheit der Reehzahl der Arbeitswilligen bleibt zurecht die letzte Doffnung der organisierten Doder. Jedenfalls kann der gegenwärtige Ausgang des Kampfes nicht als ein dauernder Sieg der Unternehmer über die Gewerkschaft betrachtet werden. Er birgt in sich den Keim zu neuen erbitterten Konflikten.

Ueber den formalen Abschluß des Kampfes wird noch heute eine Generalversammlung der Doder beraten.

## Versammlungen.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, den 25. September, eine Aussperrung in der Brauerei Friedrichshain ab. Da Neuaufnahmen nicht vorlagen, so regte der Vorsitzende die Arrangements zum Stiftungsfest an, welches am Sonnabend, den 3. Dezember stattfinden soll. Er führt im weiteren aus, daß der Vorstand diesmal keine Vorschläge, sondern der Ausschuss welche machen möge. Es wird angesetzt, einen Kammermusik-Abend zu veranstalten und 6 Vereine auszulösen, welche je 2 Lieder zum Vortrag zu bringen haben. Dies wird auch angenommen. Das Eintrittsgeld wird entgegen den früheren Jahren (10 Pf.) auf 20 Pf. festgesetzt. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß der Verein „Liederzweig“-Hermdorf aus den Bund ausgetreten ist. Des weiteren erbat er Bericht von der Konferenz, die der Vorstand mit dem Komitee vom Volksfest in Steglitz auf die Beschwerde des Vereins „Einigkeit“-Groß-Lichterfelde, abgehalten hat. Der Vertreter von „Kette Rette“-Schönberg beschwerte sich, daß die Freibillets zuerst direkt bezugsfertig wurden. Den Beschwerden schloß sich auch „Einigkeit“-Groß-Lichterfelde an. Nach lebhafter Diskussion wird ein Antrag auf Uebertragung der Tagesordnung gestellt; und auch angenommen. Auf Antrag von „Freie Liedertafel“ wird der Vorstand beauftragt, bei den Vertrauensleuten sich darüber zu erkundigen, ob ein Beschluß besteht, den Sängern bei Parteifreilassen keine Freibillets mehr zu bewilligen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß der erste Kassierer, Seilzeit, vom 1. Oktober ab Bergmannstraße 104, der zweite Schriftführer, Schönthal, Andraasstraße 57 wohnt.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielt am Montag eine Generalversammlung ab. Nach der vom Kassierer erstatteten Abrechnung für das dritte Quartal betrug die Einnahme 10 776,15 M., dazu kommt ein Bestand von 19 811,40 Mark, die Ausgabe betrug 4887,10 M., so daß am Quartalschluß ein Bestand von 25 700,45 M. bleibt. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Quartals von 1970 auf 1474. — Ueber die Beteiligung der Maschinenarbeiter am Streik der Klavierarbeiter und der Aussperrung der Möbeltischler berichtete der Vorsitzende Jäck: Wo die Klavierarbeiter ihre Forderungen gestellt haben, da haben auch die Maschinenarbeiter die 51 stündige Arbeitszeit zu fordern und mit den Klavierarbeitern gemeinsam die Arbeit niederzulegen. Infolgedessen sind 29 Maschinenarbeiter am dem Streik der Klavierarbeiter beteiligt. Bei der erst im geringen Umfange durchgeführten Aussperrung der Möbeltischler sind bis jetzt 14 Maschinenarbeiter in Mißleidenschaft gezogen, das heißt gleichfalls ausgesperrt worden. Außer dem sind noch einige Streikende aus anderen Betrieben vorhanden. — Nachdem einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, wurde die Generaldebatte über einen vom Vorstande eingebrachten Statutenentwurf eröffnet. Derselbe bringt als Neuierung die Ausführungsbestimmungen der bereits beschlossenen Arbeitslosen-Unterstützung sowie der Sperre-Unterstützung. Ferner werden die Funktionen der Kontrollkommission festgelegt und die Anstellung eines besoldeten Verbandsbeamten gefordert, die sich mit Rücksicht auf die durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erschwerte Arbeit sowie durch die Vermehrung der sonstigen Verbandsgeschäfte nötig macht. Nach Schluß der Debatte beschloß die Versammlung im Prinzip die Einrichtung eines ständigen Verbandsbureaus und die Anstellung eines besoldeten Beamten. — Die Spezialdiskussion findet in der nächsten Generalversammlung statt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Landtags-Strichwahl in Neuchâtel.

Gera (Neuch), 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Strichwahl wurde der Genosse Kahnt gewählt, während der Genosse Werner unterlegen ist.

München, 11. Oktober. (B. Z. B.) Die hiesige Handelskammer beschloß, die Eingabe der Saarbrücker Handelskammer um Schaffung einer Interessengemeinschaft der bundesstaatlichen Bahnen zur Erzielung besserer wirtschaftlicher Ergebnisse nur soweit zu unterstützen, daß eine Konvention mit Freizügigkeit des gesamten Fahrplans und Vereinfachung der Verkehrsleistungen beziehungsweise des bisherige Wettbewerbs und Bildung einer Einnahmemeinschaft mit allen Mitteln anzustreben sei. Die Handelskammer lehnte dagegen eine Gemeinschaft der Betriebsüberhältnisse ab, weil dadurch die Selbständigkeit der Staatsbahnen gefährdet würde.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 11. Oktober. (B. Z. B.) Die russische Telegraphenagentur befragt aus zuständigen Quellen, daß Statthalter Algejev am 6. d. M. in Waiden eintraf und sofort mit General Kurapatin konferierte, woraus dieser sich zu den Vortruppen begab, und daß die Truppen zur Offensive übergingen.

Tokio, 11. Oktober. (Nachricht des „Reiterschen Bureaus“.) Von dem japanischen Küstenpanzer „Seiken“, der am 18. September in der Taubenducht gekunken war, sind nur zwei Unteroffiziere und zwei Mann gerettet, deren es gelang, eine Insel in der Nähe zu erreichen; die Besatzung der „Seiken“ zählte 311 Mann; das Fahrzeug war vorher für Spezialdienst bestimmt. Die Nachricht von diesem Unglücksfall ist bisher unterdrückt worden und durfte erst heute veröffentlicht werden.

London, 11. Oktober. Dem Reiterschen Bureau wird aus Tokio von heute gemeldet, die Russen hätten bei ihrer Offensivebewegung den Junho überschritten, Korea angegriffen und eine Position genommen, die dann von den Japanern, nachdem sie Verstärkungen erhalten, wieder genommen worden sei. Die Russen hätten bei ihrem Vormarsch einen Mißerfolg gehabt. Die Verluste seien auf beiden Seiten groß. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachrichten liege nicht vor.

Kopenhagen, 11. Oktober. (B. Z. B.) Der Minister des Innern brachte heute im Folkething einen Gesetzentwurf betreffend Unfallversicherung für Seeleute ein. Der Gesetzentwurf ist nach denselben Grundsätzen, wie sie bei dem Gesetz für Arbeiterversicherung befolgt werden, aufgestellt. Kriegsschiffe und andere, dem Staat und den Staatsbahnen angehörige Schiffe, sollen nicht unter das Gesetz fallen.



Weltfrieden und Sozialdemokratie.

Man schreibt uns:

Die Ausführungen, die der „Vorwärts“ in seinen Nummern vom 30. September und 1. Oktober über die bürgerliche Friedenskonferenz...

Es ist wahr und unbestritten, die Pläne der bürgerlichen Friedensfreunde sind ein krauses Gemisch von naiver Philanthropie, unklarer Phrasenhaftigkeit und gerissener Diplomatenkunst...

Es geht den bürgerlichen Friedensfreunden also genau so wie den bürgerlichen Demokraten, den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, den bürgerlichen Sozialreformern...

So wenig aber auch die Fortschritte der Demokratie, der Frauenemancipation, des Arbeiterschutzes von dem sozialdemokratischen Programm erst in eine künftige Gesellschaftsordnung verwiesen werden...

Man kann darum nicht ohne weiteres behaupten, daß die Idee des Weltfriedens so lange Utopie bleiben müsse, als es noch Konflikte zwischen den Völkern gibt...

Das Erfurter Programm fordert aber auch die Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden; und auch diese Forderung ist dringend und aktuell...

Nun liegen für die Erfüllung dieser besonderen Programmforderung die Verhältnisse deshalb besonders günstig, weil sie keines gesetzgeberischen Apparates, keiner mühsam zu erkämpfenden Verfassungsänderung bedürfen...

Darum liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden, aber die Ausdringung von Konflikten durch Schiedsgericht oder durch die Waffen heute schon zum großen Teil in der Hand des Volkes...

Dabei winkt ihr der besondere Vorteil einer Bundesgenossenschaft, die ihr auf dem Gebiete der inneren Politik fehlt. In den Fragen der auswärtigen Politik scheiden sich die Meinungen nicht streng nach den Parteien...

Es wäre unsinnig, wollten unsre Gegner — unliebsam berührt durch die Feststellung solcher Tatsachen — über Vaterlandslosigkeit und Hochverrat zeteren...

Wofür aber am wenigsten Vegetation im deutschen Volke herrscht — auch das muß offen ausgesprochen werden — ist ein Krieg gegen die französische Republik...

Das Problem des Weltfriedens kann nur stückweise gelöst werden. Und sein nächstes Stück für Deutschland, das ist der sichere Friede und die dauernde Freundschaft mit der französischen Republik...

So kämpft die Sozialdemokratie — indes sie bürgerliche Friedensfreunde reden läßt — alle Tage für Völkervereinigung und Weltfrieden...

„Was mich an der Welt überrascht, das ist die Ohnmacht der Gewalt. Von den beiden Mächten, der Gewalt und der Intelligenz, ist es schließlich immer wieder die Gewalt, die unterliegt.“

Unser Mitarbeiter hat recht, wenn er seine Darlegungen nicht als eine Entgegnung auf unsere Bemerkungen auffaßt, sondern nur als eine Ergänzung unserer ja sehr kurz gehaltenen Ausführungen...

Wir halten es trotzdem für wohl möglich, daß auch schon vor Andraß der sozialistischen Ära der Weltgeschichte internationale Schiedsgerichte in unendlich ernsterer, wirksamere Form geschaffen werden können...

Der letztere Faktor wäre dabei der ausschlaggebende Punkt, denn nur das sozialistische Proletariat könnte als zuverlässiger Träger des Friedensgedankens gelten...

Uebrigens: was haben solch gelegentliche Stimmungen, die noch dazu in eine ebenso törichte wie ungerade Hege gegen eine andere Nation und Anlagen können — man erinnere sich der Englandhege...

Sintemalen der Kapitalismus, so viel Grenzpfeile er innerhalb der Nationen auch hinweggefegt hat, die nationale Außenpolitik auf Kosten der anderen Nationen keineswegs ausschließlich wo möglich begünstigt...

Trotz alledem können auch dem brutalen imperialistischen Rationalismus Fänge und Flügel gestuft werden — durch eine international und kosmopolitisch fühlende und denkende Arbeiterschaft...

Ist aber der Sozialismus der einzige wirkliche Träger des internationalen Friedensgedankens, so kann man auch nicht gut von einem „Problem“ des Weltfriedens sprechen, das von täglich dringenderer Aktualität sei...

Einstweilen vermögen wir solcher Ansätze allerdings noch nicht zu entdecken. Aber gerade deswegen leisten wir den Friedensbestrebungen den besten Dienst dadurch, daß wir alle naiven oder auch perfiden Halbheiten, die trügerische Hoffnungen erwecken könnten...

Partei-Nachrichten.

Der niederrheinische Provinzial-Parteitag fand am Sonntag in Duisburg statt. Es waren 78 Delegierte, 11 Vertrauensleute, 6 Freigeborene und einige Abgeordnete anwesend...

Der von Ullenhorn-Eberfeld begründete Antrag auf Anstellung eines Parteisekretärs fand einstimmige Annahme und dürfte auch im niederrheinischen Agitationsbezirk seine volle Berechtigung haben...

Bezüglich der Agitation unter den Frauen wurde folgende Resolution v. Bude angenommen: Das Agitations-Komitee ist anzurufen, in Verbindung mit den Kreis-Vertrauensmännern eine planmäßige Agitationstour zugunsten der Frauenbewegung einzuleiten...

In der üblichen Absicht, in Zukunft Streitigkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden, war von Barzen der Antrag gestellt: Die aus der Einsetzung von Schiedsgerichten zur Schlichtung von Parteistreitigkeiten entstehenden Kosten sind von denjenigen Orten zu tragen, von denen das Schiedsgericht beantragt wurde...



Weise soll dann das Material von der Fraktion bei Beratung des Eisenbahn-Etats verwertet werden.

Als Sitz der Agitations-Kommission wurde Eiberfeld wiederum bestimmt. Der nächstjährige Parteitag des niederrheinischen Agitationsbezirks soll in Essen abgehalten werden.

Eine engere Konferenz der sozialdemokratischen Partei Badens fand, wie die Mannheimer „Volkstimme“ mitteilt, am Sonntag in Karlsruhe statt. Es wurden vorläufig die Richtlinien ausgelegt, an die sich die Sozialdemokratie im Wahlkampf sowie bei der Entscheidung zwischen den bürgerlichen Parteien zu halten hat, und dann eine in diesem Sinne gehaltene Resolution votiert, die dem nächsten Landesparteitag zur Beschlussfassung zu unterbreiten ist. Der letztere soll mit Rücksicht auf die besondere politische Wichtigkeit der nächsten Landtagswahlen früher als es bisher der Fall war, womöglich schon Mitte Februar stattfinden. Von besonderer Bedeutung dürfte sein, daß man auf der Konferenz fast einmütig der Ansicht war, es sollten seitens der Sozialdemokratie in sämtlichen 73 Wahlkreisen des Landes eigene Kandidaten aufgestellt werden. Unbeschadet der Selbstständigkeit der einzelnen Kreise bei der Auswahl ihrer Wahlbewerber möge mit der definitiven Ernennung und Proklamierung der letzteren, um die Einheitslichkeit der ganzen Aktion nicht zu stören, bis nach dem Landesparteitag gewartet werden.

**Parteiorganisation.** Eine gemeinsame Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und des Volksvereins für Köln-Land nahm nach eingehender Beratung einstimmig den von der Kommission ausgearbeiteten Statutentwurf und die Geschäftsordnung an. Die Vereinigung der Parteiorganisationen der beiden Reichstags-Wahlkreise in eine einzige Organisation wird am 1. Januar unter dem Namen Sozialdemokratischer Verein der Reichstags-Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land in Kraft treten.

Mit der Berichterstattung über den Parteitag in Bremen beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins Rando-W-Greifenhagen. Der Delegierte Schmidt erklärte, daß er in der Angelegenheit Schippel für die Resolution Bebel und gegen den Zusatz Frenthaler gestimmt habe. In der Diskussion sprach Körstgen über den Antrag betreffend die Kaufmannsgerichte. Er verwarf die sich gegen die Angriffe, die man ihn Bremen gegen ihn gerichtet und erklärte, der fräugliche Antrag des pommerischen Parteitag sei ohne seine Mitwirkung zustande gekommen, entspreche aber seiner Ansicht. Es wurde dann hauptsächlich über diese Angelegenheit gesprochen und dabei die Darstellung über das Zustandekommen des Antrages bestätigt. Sodann wurde gegen zwei Stimmen beschlossen:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Rando-W-Greifenhagen erklärt sich mit der Tätigkeit ihres Delegierten auf dem Bremer Parteitag einverstanden. Insbesondere billigt sie seine Haltung bei der Abstimmung über die Resolution Bebel gegenüber Schippel.

Die Versammlung weist die beleidigenden Äußerungen des Genossen Ledebour über die hinterpommersche Wahlkreispolitik ganz entschieden zurück und vertreibt sich gegen eine derartige Herabwürdigung unserer politischen Tätigkeit, wie Genosse Ledebour sie auf dem Parteitag in Bremen geübt hat. Sie erklärt ferner, daß die „Hinterpommern“ sich auch in Zukunft das Recht, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, unter keinen Umständen werden nehmen lassen, wenn nach ihrer Überzeugung ein berechtigter Anlaß dazu vorhanden ist.

Eine öffentliche Versammlung in Solingen, in der Scheidemann referierte, nahm folgende Resolution an:

Die heute im Kaiserpalast stattfindende öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ergebnissen des Bremer Parteitages zufrieden; sie drückt namentlich ihre Befriedigung darüber aus, daß der Parteitag zur besseren Inangriffnahme einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik zweckmäßige Schritte unternommen hat. Die Versammelten erklären, mit aller Kraft dahin wirken zu wollen, daß die sozialdemokratischen Kandidaten siegreich aus der Wahlurne hervorgehen. Den bisherigen sozialdemokratischen Vertretern spricht die Versammlung ihre Anerkennung aus.

Die Genossen in Bremen vertagten ihre Versammlung nach Anhörung der Berichte.

## Haus Industrie und Handel.

Der Reichsbank-Diskont ist gestern von 4 auf 5 Prozent erhöht worden, im Lombardverkehr (Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren) auf 6 Prozent. Nachdem der Aufweis der Reichsbank per Ende September eine außerordentliche Anspannung der Reichsbankmittel ergeben hatte und auch der Aufweis für die erste Oktoberwoche keine wesentlich günstigere Gestaltung zeigte, konnte mit ziemlicher Sicherheit auf eine Diskonterhöhung gerechnet werden; dennoch dürfte die Meldung vielfach überraschen, denn eine so plötzliche Erhöhung haben doch wohl nur wenige vorausgesehen. Begründet wurde im Zentralauslaß der Reichsbank die Erhöhung vom Reichsbankpräsidenten Dr. Koch damit, daß die erste Oktoberwoche keineswegs der Bank die erhoffte Erleichterung gebracht habe. Es sei vielmehr anzunehmen, daß die Spannung anhalten werde. Der Rotenlauf, der Ende September d. J. abnorm hoch gewesen sei, habe auch jetzt noch einen ungewöhnlichen Umfang, was zumal im Hinblick auf den relativ mäßigen Metallbestand zu denken gebe. Auch in den letzten Tagen, nach dem 7. Oktober, habe sich kein einschneidender Wandel vollzogen. Dazu sprächen die Geldverhältnisse der Börse für das Bestehen regen Geldbedarfes im offenen Markt.

Der Diskont von 4 Proz. bestand seit dem 8. Juni d. J.; vorher betrug er 3 1/2 Proz. Seit 3 1/2 Jahren hat er sich unter 5 Proz. gehalten.

**Dresdner Bank und Hibernia.** Wie wir in der gestrigen Nummer bereits mitteilten, hat das Landgericht in Vohum die von der Dresdner Bank gegen die Beschlüsse der letzten Hibernia-Generalversammlung erhobene Anfechtungsklage in allen Punkten zurückgewiesen. In der inzwischen bekannt gewordenen Urteilsbegründung stellt sich das Gericht auf den Standpunkt, daß die Ablehnung der Staatsofferten in der letzten Generalversammlung weder die Vorschriften des Handelsgesetzbuches, noch das Statut der Hibernia-Gesellschaft verletze. Aus dem Statut gehe unzweifelhaft hervor, daß zwar ein Beschluß auf Auflösung der Gesellschaft nur mit Zweidrittelmajorität gefaßt werden könne, es sei aber nicht einzusehen, daß auch bei einer Ablehnung des Antrages die Forderung des Statuts zutrefte, bei Nichtvertretung von 2/3 des Grundkapitals eine neue Generalversammlung einzuberufen. Der § 33 der Statuten finde daher auf diesen Fall keine Anwendung. Die Anfechtung sei, soweit sie sich auf § 33 der Statuten stütze, nicht gerechtfertigt.

Betreffs der Kapitalerhöhung ist das Gericht der Ansicht, daß der Einwand der Klägerin, man hätte in der Generalversammlung über die Punkte 3 bis 5 der Tagesordnung nicht verhandeln dürfen, bevor nicht die ersten beiden Punkte rechtmäßig erledigt waren, nicht stichhaltig sei. Die Kapitalerhöhung hätte mit der Verstaatlichungsofferte nichts zu tun; der Verstaatlichungsantrag sei neu auf die Tagesordnung gesetzt worden. Daß die Verwaltung der Hibernia vor Beschluß der Kapitalerhöhung Kenntnis von der Verstaatlichungsabsicht der anderen Partei gehabt habe, sei ausgeschlossen. Hierdurch werde die Behauptung der Klägerin entkräftet, daß die Kapitalerhöhung als ein Kampfmittel zur Verhinderung der Verstaatlichung anzusehen sei. Auch in dem Mitstimmen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrats in der Generalversammlung liege kein Verstoß. Und was die Beteiligung der Firma S. Weichroder und der Berliner Handelsgesellschaft an der Abstimmung betreffe, so seien beide damals infolge des

Reportgeschäfts tatsächlich Eigentümer der von ihnen vertretenen Aktien gewesen und hätten also zu Recht mitgestimmt.

Das Urteil ist für die Dresdner Bank besonders infolge ungünstig, als dadurch die Hibernia-Verwaltung in die Lage kommt, noch bis zum 22. Oktober die Kapitalerhöhung vorzunehmen, so daß die jungen Aktien in der an diesem Tage stattfindenden Generalversammlung bereits mitstimmen können. Dann hat aber die Dresdner Bank bezw. die hinter ihr stehende Regierung nicht mehr die Hälfte der Aktien zur Verfügung und vermag nicht die Wahl ihrer Vertreter in den Aufsichtsrat durchzusetzen. Allerdings bleibt noch immer die Möglichkeit, daß der Registerrichter in Herne den Kapitalerhöhungs-Beschluß nicht einträgt. Für das Herner Amtsgericht bestand zwar bisher ein Verbot der Eintragung, die Aufhebung dieses Verbotes ist aber nicht gleichbedeutend mit dem Zwang zur Eintragung. Das Gericht ist vielmehr berechtigt, auf Grund eigener Bedenken vorläufig die Eintragung abzulehnen.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel standen zwar in Preußen während des Monats September niedriger als im August dieses Jahres, doch sind sie durchweg etwas höher als im September vorigen Jahres. Sie betragen im Monat September 1904 nach der „Stat. Anz.“ für 1000 Kilogramm: Weizen 108 (im August d. J. 172, im September 1903 154) M., Roggen 135 (194 bezw. 129) M., Gchhartoffeln 66,6 (70,2 bez. 48,7) M., Rindfleisch im Großhandel 1126 (1182 bezw. 1167) M., im Kleinhandel für 1 Kilogramm: Rindfleisch von der Keule 1,43 (1,44) M., vom Bouche 1,22 (1,22 bezw. 1,24) M., Schweinefleisch 1,34 (1,34 bezw. 1,39) M., Kalbfleisch 1,44 (1,44 bezw. 1,46) M., Hammelfleisch 1,42 (1,44 bezw. 1,43) M., Gchharter 2,44 (2,39 bezw. 2,33) M., Weizenmehl zur Speisebereitung 31 (30 bezw. 29) Pf., Roggenmehl 25 (25) Pf.; für ein Schock Eier 3,89 (3,62 bezw. 3,74) M.

Die Septemberpreise für Weizen, Roggen und Hafer haben allgemein in den östlichen Markorten nachgegeben, während im Westen, besonders beim Roggen und Hafer, vielfach Preissteigerungen zu verzeichnen sind. Auffallend hoch ist der Müllgang der Weizenpreise in Danzig mit 16, in Bromberg mit 13, in Königsberg i. Pr. mit 11 und in Gleiwitz mit 8 M. Die Gchharter, die seit einiger Zeit bedeutende Preissteigerungen aufwiesen, sind im September d. J., besonders in den östlichen Markorten, im Preise gefallen.

**Zur Lage des deutschen Arbeitsmarktes.** Wenn auch die Herbstbelebung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre nicht ausgeblieben ist, so setzte sie doch mit einer geringeren Intensität ein als im Vorjahre. Nach der Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise kamen, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ berichtet, auf je 100 offene Stellen Ende August 1903 131,7, Ende September 117,7 Arbeitssuchende. Der Andrang verminderte sich also damals um 14. Im laufenden Jahre ging im September der Andrang dagegen nur um 7,3 zurück, nämlich von 115,9 im August auf 108,6 im September. Zwar bleibt die Gesamtlage des Arbeitsmarktes auch im September noch immer günstiger als im Vorjahr, doch läßt sich nicht verkennen, daß in den Monaten August und September die Differenz gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich zusammengeklumpt ist. Im Juli des laufenden Jahres kamen auf 100 offene Stellen 302 Arbeitssuchende, im August 168 und im September nur noch 91 weniger als im Vorjahr. Der Grad der Besserung gegenüber dem Vorjahre war noch in keinem Monate des laufenden Jahres so geringfügig wie im September. In dieser Verschiebung kommen deutlich die Wirkungen der ungünstigen Geschäftslage im Bergbau und im Eisenerzgewerbe zum Ausdruck. Vor allem ängerte sich in Oberschlesien und Rheinland-Westfalen ein zunehmendes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

**Amerikanische Ernte.** Nach dem letzten Bericht des Ackerbau-Bureaus der Vereinigten Staaten von Amerika stellt sich die Weizenernte der Union doch etwas günstiger, als man vor einem Monat berechnete. Sie wird auf 550 Millionen Bushels (a 35,24 Liter) geschätzt gegen rund 638 Millionen im Jahre 1903. Dagegen ergibt die Hafer- und Gerstenernte im Vergleich zum vorigen Jahre einen Mehrertrag. Beim Hafer wird der Ertrag pro Acre auf 32,1 Bushels angegeben, was bei einem vorläufig ermittelten Anbau von 27 646 000 Acres eine Ernte von 887 Mill. Bushels gegenüber dem vorjährigen erdächtigen Ertrage von 784 Millionen und dem in 1902 von 987 Millionen Bushels ergibt. Gerste ergibt in den Vereinigten Staaten nach der vorläufigen Schätzung pro Acre 27,2 Bushels oder bei einem Anbau von 5 146 000 Acres einen Ertrag von 140 Millionen Bushels gegen 131,8 in 1903. Roggen brachte 15,2 Bushels pro Acre. Das ist bei einem Anbau von 1 792 000 Acres eine Ernte von 27 Millionen Bushels gegen 29,3 nach der vorjährigen erdächtigen Schätzung. Besonders günstig sind die Aussichten für die Maisernte; sie wird auf 2464 Millionen Bushels geschätzt.

**Großbritanniens Bierbrauereien.** Fast noch mehr als im deutschen Brauergewerbe vollzieht sich in englischen eine rasche Betriebskonzentration. Die Zahl der im Jahre 1903/04 im Betriebe befindlichen gewerblichen Brauereien betrug 5495. Hergestellt wurden von diesen Brauereien in den letzten drei Betriebsjahren (endigend am 31. März): 1901/02 — 36,88, 1902/03 — 37,15, 1903/04 — 36,33 Millionen Barrels (1 Barrel = 168,5 Liter).

Die Zahl der gewerblichen Brauereien ist in ständigem Rückgang begriffen; während im Jahre 1898/99 6337 vorhanden waren, fiel die Zahl im Jahre 1900/01 auf 6110 und im Jahre 1903/04 auf 5495. Auch die Hausbrauereien gehen fortgesetzt zurück; im Jahre 1898/99 waren noch 17 199 vorhanden, im Jahre 1903/04 wurden nur noch 11 359 Hausbrauereien gezählt. Der inländische Konsum von Bier hat, nachdem er in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beträchtlich gestiegen war, seit 1900 wieder abgenommen. Er betrug 1899/1900 = 32,28 Gallonen pro Kopf der Bevölkerung, im Jahre 1903/04 dagegen nur 29,51 Gallonen.

## Soziales.

### Schwindelkassen.

Die Kreishauptmannschaft Chemnitz hat als Aufsichtsbehörde eine Verfügung erlassen, die besagt, daß die Satzungen des aus der früheren Sächsischen Zentralkasse hervorgegangenen Allgemeinen deutschen Unterstützungsvereins nicht genehmigt, daß vielmehr die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe versagt worden ist.

Der Kreisauptmannschaft erscheinen nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten nicht hinreichend gewahrt, auch hält sie die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen nicht gewährleistet. Sie sagt ferner, daß „Zustände vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird“.

Da aber nicht nur der Vorstand des Allgemeinen deutschen Unterstützungsvereins in Chemnitz, sondern auch Vertreter und Bevollmächtigte trotz der versagten Erlaubnis das Versicherungsgeschäft in Sachsen noch betreiben, werden alle, die als Vertreter oder Bevollmächtigte einen Versicherungsvertrag abschließen oder geschäftsmäßig den Abschluß solcher Versicherungsverträge vermitteln, mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bedroht.

### Bom § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Ankerlerin Frau W. war krank geworden und hatte einen jungen Mann beauftragt, ihr vom Arbeitgeber S. das Krankenentgelt zu holen. Trotz seines Widerspruchs wurde dem Mann auch die Zahlungsart der Frau überreicht. Diese sah dies als Entlassung an und beanspruchte im Klagewege eine Lohnentgeltabgrenzung für eine Woche abzüglich des Betrages ihrer Krankenunterstützung für diese Woche. Es hatte ihr eine achtstägige Kündigungsfrist zu gelanden. Der Beklagte bestritt vor dem Gewerbegericht, die Klägerin entlassen zu haben und meinte, Frau W. könne für die Woche, in der sie krank

war, nichts fordern. — Die Kammer S des Gewerbegerichts verurteilte den Beklagten nach dem Klagenantrag und der Vorliegende Dr. Meyer führte begründend aus: Es sei rechtsunverhätlich, ob Klägerin entlassen war oder nicht. Mit Recht nehme sie S. mit einer Entschädigung in der fraglichen Höhe in Anspruch, weil sie an der Fortsetzung der Arbeit durch Krankheit verhindert gewesen sei. Selbst wenn sie entlassen wäre, könnte sie sich auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 123 letzter Absatz der Gewerbe-Ordnung berufen. An dieser Stelle der Gewerbeordnung werde unter Bezugnahme auf die Entlassungsgründe der Nummer 8 des § 123 gefaßt: „Zuweisen in den unter Nr. 8 gedachten Fällen dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zuzutreiben, ist nach dem Inhalt des Vertrages und nach den allgemeinen geschäftlichen Vorschriften zu beurteilen.“ Nach Nr. 8 des § 123 gehöre aber zu den Gründen plötzlicher Entlassung neben der Befassung mit einer abfahrenden Krankheit die „Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit“, worunter auch Krankheit falle. Allgemeine geschäftliche Vorschriften im Sinne des letzten Absatzes des § 123 seien nun die Vorschriften des § 616 Bürgerl. Gesetzbuches, wonach der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig werde, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert werde. Es frage sich, was hier eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit sei. Da der Klägerin unstrittig eine einwöchentliche Kündigungsfrist zugestanden habe, so habe man im vorliegenden Falle diese Zeildauer als eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit angesehen. Somit sei der Anspruch der Klägerin auf jeden Fall gerechtfertigt, ob sie nun lediglich wegen der Krankheit wegblicke oder auch noch wegen der Krankheit entlassen worden sei.

**Das Inpärkommen.** Der Barbiergehülfe P. Nagle gegen Frau St., die Inhaberin eines Barbiergehäuses auf Gewährung einer Lohnentgeltabgrenzung von 45,60 M., weil er für deren Geschäft engagiert, dann aber nicht angenommen worden sei. Der Sohn der Beklagten sagte als Zeuge aus, er habe dem Kläger auf dem Stellennachweis gesagt, er solle zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags kommen, Kläger sei aber erst um 5 Uhr erschienen. Er habe schnell sich des bisherigen Gehältes noch auf ein paar Tage bedient, denn seine Mutter habe keine andere Arbeitskraft im Geschäft, als den jeweiligen Gehülfe. Das habe er auch dem Kläger beim Engagement gesagt. — Der Kläger blieb dabei, daß ihm gesagt worden sei, er solle im Laufe des Nachmittags kommen. Mit Rücksicht auf die Zeugnisaussage nahm er jedoch auf dringendes Anraten die Klage zurück. Der Vorliegende Dr. Reumann gab die Auffassung des Gerichtshofes dahin kund: Der Kläger wäre abgewiesen worden, wenn er nicht die Klage zurückgenommen hätte. Der Gerichtshof habe aber sein unbefugtes Verlassen der Arbeit angenommen und sich nicht wegen des Inpärkommens an sich auf einen dem Kläger ungünstigen Standpunkt gestellt, sondern er habe die Beklagte zum Rücktritt vom Engagement für berechtigt gehalten unter den besonderen Umständen des Falles, nämlich weil Kläger die alleinige Arbeitskraft sein sollte und er durch sein nicht rechtzeitiges Erscheinen die Beklagte gezwungen habe, den bisherigen Gehülfe wieder zu nehmen, so daß Frau St. kein Interesse mehr an seinen Leistungen gehabt habe.

**Die Ausgleichsrechnung.** Das minderjährige Fräulein S. war als gewerbliche Arbeiterin bei einem Herrn F. in Stellung gewesen und hatte bei Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Quittung unterschrieben, daß sie keinerlei Ansprüche mehr habe. Trotzdem klagte sie auf Zahlung von 28 M., indem sie erklärte, sie habe nicht gewußt, was die Unterjährt auf sich habe. Auch hätte Herr F. sie zum Unterschreiben gezwungen. Er habe gesagt, sie müsse unterschreiben; das unterschreibe jedes Mädchen. — Die Kammer 6 des Gewerbegerichts erklärte den Anspruch für nicht berechtigt. Sie könne sich nicht auf ihre Minderjährigkeit berufen, denn wenn ein Minderjähriger in Stellung gebe, dann habe er nach dem bürgerlichen Recht in bezug auf die Lohnverhältnisse freie Entscheidung. Und unbeachtlich sei hier auch die Berufung darauf, daß sie nicht gewußt habe, was der Schein bedeutete. Jeder Mensch, der etwas unterschreibe, müsse es lesen, und hier sei der Wortlaut der Quittung so klar, daß wohl auch der Klägerin der Sinn beim Lesen aufgegangen wäre.

**Ein Rückgang der Einwohnerzahl der Stadt Hof i. B.** wurde im dortigen Stadtmagistrat konstatiert. Der Rückgang hängt mit den schlechten Erwerbsverhältnissen in diesem bedeutendsten Industrieort Oberfrankens zusammen. Die Hauptindustrie ist die Spinnerei und Weberei; aus beiden Branchen haben in der letzten Zeit starke Wezige stattgefunden. Der Abgang würde noch größer sein, wenn nicht eine große Anzahl von Arbeitern anderer Berufe, die auswärts arbeiten, ihren Wohnsitz in Hof beibehalten hätten. Maurer, Zimmerer, Tagelöhner usw. sind auf auswärtige Arbeit angewiesen, weil in Hof absolut keine Beschäftigung zu finden ist. Nahezu sämtliche Töpfergehülfe arbeiten in Plauen in Sachsen und verbringen nur den Sonntag bei ihren Familien in Hof. Eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ist für den kommenden Winter zu befürchten.

**Die Arbeitslosigkeit in London** hat mit Eintritt des Herbstes einen so großen Umfang angenommen, daß besondere Maßnahmen zur Linderung der Not verlangt werden. In Poplar, einem Londoner Vorort, wird die Zahl der Arbeitslosen auf 6000 geschätzt; die Zahl der Empfänger von Armenunterstützung betrug in einer Woche Ende September 8000, während in Mile-end 3053 Personen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden mußten; es sind das über 1000 Personen mehr als in der gleichen Woche des Vorjahres. In den Nachbargemeinden liegen die Verhältnisse nicht besser. So sind in West Ham gegen 10 000 Beschäftigungslose vorhanden und von Stepney wird mitgeteilt, daß seit 1893 nie mehr eine so große Anzahl von Arbeitslosen gezählt worden sei. Nach den Berichten des Arbeitsamtes wird die Zahl der Arbeitslosen in ganz England auf 650 000 geschätzt. Der Gemeinderat von Poplar hat an den König und an den Premierminister eine Petition gefaßt, in welcher eine außerordentliche Session des Parlaments gefordert wird, um geeignete Maßnahmen gegenüber dieser Katastrophe zu treffen. Am 17. d. M. findet in Salisbury eine von den Londoner Gemeinderäten (Borough Councils) einberufene Konferenz statt, die sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen wird. 17 von den 28 Londoner Gemeinderäten haben bis jetzt ihre Teilnahme zugesagt. Von verschiedenen Seiten wird die Rationalisierung der Armenpflege gefordert.

## Verfammlungen.

### Die Situation in der Herrenmaßbranche

Lautele die Tagesordnung einer öffentlichen, zahlreich besuchten Versammlung der Herrenmaßschneider, die am Montag in den Arminhallen stattfand. Der Referent Ritter wies zunächst darauf hin, wie die Organisation sich in früheren Jahren, besonders in den Jahren 1893 und 1900 demütigte, einheitliche Tarife für die Branche durchzuführen, wie aber diese Bestrebungen, weil die Organisation noch nicht die nötige Stärke erreicht hatte, nicht zu dem gewünschten Ziel führten, so daß jetzt in den verschiedenen Geschäften innerhalb derselben Lohnklasse noch nach verschiedenen Tarifen gezahlt wird, statt einheitlicher Tarife Einzeltarife für jedes Geschäft bestehen. Die Arbeitgeber der Branche stehen den Organisations- und Tarifbestrebungen ihrer Arbeiter feindselig gegenüber; wie im Protokoll ihres letzten Verbandstages zu lesen ist, erkennen sie wohl an, daß die Arbeiter auf Grund des § 152 der Gewerbe-Ordnung berechtigt sind, sich zu organisieren, halten es aber unter ihrer Würde, mit den Arbeitern über die Arbeitspreise zu verhandeln und wollen über die Tarife selbst und allein bestimmen. Erklärte doch an anderer Stelle ein Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes geradezu: „Wir sind die Meister und müssen an besten wissen, was für Löhne wir zahlen können.“ Seit einem halben Jahre sind auch die Berliner Arbeitgeber der Branche dem allgemeinen Verband angeschlossen. Der Medner wies des weiteren darauf hin, wie man in den verschiedenen Geschäften fortwährend bestrebt ist, Lohnabzüge zu machen, wie bei einzelnen Firmen ein Teil der Ar-



beiter nach Tarif, ein anderer aber unter Tarif bezahlt wird. So ist es dahin gekommen, daß von den 143 Geschäften, mit denen im Jahre 1900 Tarife vereinbart wurden, ein großer Teil sie nicht mehr beachtet. Die Bestrebungen zur Lohnherabsetzung werden wesentlich erleichtert durch den in letzter Zeit wieder außerordentlich starken Zuzug von Arbeitskräften nach Berlin, namentlich von ausländischen, die von den Arbeitgebern ganz besonders bevorzugt werden. So soll z. B. die Firma „Jodelklub“ überhaupt keine deutschen Arbeiter mehr einstellen. Es liegt, wie auch der Referent hervorhob, den hiesigen Arbeitern vollkommen fern, den Ausländern das Recht abzusprechen zu wollen, hier Arbeit zu suchen, aber sie sollten sich dann der Organisation anschließen und sich nicht die Vorliebe der Arbeitgeber dadurch erkaufen, daß sie sich als allzu willige Ausbeutungsbjekte gebrauchen lassen. Die Lohnabzüge werden häufig in der Weise durchgeführt, daß Firmen in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken, als zahlten sie nach dem zweiten Tarif, tatsächlich aber solche Abzüge machen, daß eigentlich der dritte Tarif für sie maßgebend sein müßte. So wird auch von einer Firma berichtet, die kürzlich wieder nach Arbeitskräften zum zweiten Tarif in der „Vollzeitung“ annüncierte, die es vor einem halben Jahre ablehnte, den dritten Tarif anzuerkennen, unter dem Vorgeben, nach dem zweiten Tarif zu zahlen. Der Redner erwähnte ferner, daß von den „Berliner Betriebsvereinigungen“, einer Deffimo für das Warenhaus Berthelm, vor einiger Zeit Arbeitskräfte zum dritten Tarif verlangt worden sind, wie es scheint, ohne Vorwissen der Oberleitung des Warenhauses. Der erste, der diese Arbeiten übernahm, war ein Hausindustrieller in der Friedrichstraße, der dann wegen Lohnforderungen verhaftet werden mußte. Seitens der Organisation ist mit der Firma Berthelm verhandelt worden, auch wegen Einrichtung eigener Werkstätten für die Arbeiter. Die Firma zeigte ein gewisses Entgegenkommen, ein bestimmtes Resultat ist jedoch noch nicht erzielt worden. — Einen besonderen Uebelstand bildet die Ausbeutung, die mit der sogenannten Rahtkonfektion verbunden ist. Der Redner verlas eine Kellamembroschüre, die unter dem Titel: „Ein Wendepunkt im Schneidergewerbe“ von der Firma Udo, Spandauerstraße 78, herausgegeben und an die Schneidermeister in der Provinz verandt wird. Darin werden die Schneidermeister aufgefordert, ihre billigeren Rahtarbeiten nicht selbst anzufertigen, sondern aus der reichhaltigen Rahtkonfektion der Firma zu beziehen und damit ihren Verdienst in ungeahnter Weise zu erhöhen. „Welcher Käufer würde es nicht vorgehen, seinen Anzug sich beim Schneider nach Maß arbeiten zu lassen, statt ihn fertig zu kaufen, wenn er nicht teurer, vielleicht sogar billiger dazu kommt und wenn die Lieferungszeit höchstens 2-3 Tage, wenn es sein muß nur 24 Stunden beträgt“ heißt es in der Broschüre. Die ehrbaren Handwerksmeister werden also hier zu einer Art von Betrug aufgefordert; sie sollen den Kunden vorreden, daß sie selbst nach Maß anfertigen, dann aber aus dem Konfektionslager von Udo in Berlin beziehen. Alle großen Erfindungen und Ideen haben von jeher der Menschheit neue Bahnen geöffnet. — Mit dem Erscheinen der Schrift „Der Wendepunkt im Schneidergewerbe“ ist es ebenso gewesen. Aus allen Ecken Deutschlands sind mir Tausende von Zuschriften, häufig in begeistertster Form, zuteil geworden. Der Erfolg ist ein ungeahnt gewaltig großer! heißt es in dem pompösen Vorwort der Broschüre, die in zweiter Folge (50. bis 130. Tausend) vorliegt.

Die Schneidermeister müssen sich demnach sehr stark an diesem in höchstem Maße unläuterem Wettbewerb beteiligen. Die Firma Philipp Udo, die den Schneidermeistern so ungeahnte Verdienste mühelos zukommen lassen will, gehört selbstverständlich auch zu denen, die alles von Heimarbeitern herstellen lassen und die am schlechtesten zahlen. So wird dort in der Rahtkonfektion für die Größe 8-8 M., für Paletots 8-9 M., für Hosen 1-1,10 M., für Westen 1-1,50 M. Tarif bezahlt. Nicht besser sind die Verhältnisse bei Adalbert Stier, Wallstraße 9-13, die auch für die Firma Rudolph Herbolz liefert, welche dann den Kunden Paletots von 70-80 M. liefert, für deren Anfertigung der Arbeiter 8 M. erhält, bei wöchentlichem Maßarbeit aber 30-50 Proz. mehr erhalten haben müßte. Der Redner wies ferner an mehreren Beispielen nach, welche Profite von den angesehenen Geschäften wie Herzog und Gerson gemacht werden, wie eben demgegenüber die Löhne der Arbeiter sind. Er machte außerdem darauf aufmerksam, daß das Einkommen der Arbeiter noch dadurch geschmälert wird, daß man sie bei Ablieferung und Ausgabe von Arbeit ungebührlich lange warten läßt, so daß hier vor allem die Forderung auf Vergütung der Wartezeit gestellt werden muß. Schließlich bemerkte der Redner noch, daß von einigen Firmen der Unzufriedenheit, einzelne Arbeiter zu boykottieren. Besonders wurde hier die Firma Trunz u. Voh genannt, die anderen Firmen Ansuchen über mißliebige Arbeiter erteilt. Diese Firma sollte sich nicht wundern, wenn ihr einmal durch einen stillen Boykott die dringlichsten Arbeitskräfte entzogen werden. — In der Diskussion, die dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte, wurde unter anderem der Wunsch geäußert, der „Vorwärts“ möge Annoncen solcher Geschäfte, die den Forderungen der Organisation in keiner Weise gerecht werden, nicht mehr aufnehmen. Der Referent wies demgegenüber auf die Schwierigkeiten hin, die mit einem Erfolg verbundenen Vorgehen in dieser Angelegenheit verbunden sind. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die versammelten Herrenschneider erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, indem auch sie der Auffassung sind, daß die Kollegen verpflichtet sind, sich mehr als bisher an der Organisation und der Arbeit im Interesse der Organisation zu beteiligen. Nur dadurch kann den Verdrüßlichen der Lohnnehmer, an den abgeschlossenen Tarifen zu rütteln, wirksam entgegengetreten werden. Die Versammlung hält es für eine selbstverständliche Pflicht der gewählten Vertrauensleute, daß sie an den Werkstätten und Geschäftsbesitzungen teilzunehmen haben, sowie im Interesse der Kollegenchaft gehalten sind, Unregelmäßigkeiten in Tarif- und anderen Betriebsangelegenheiten sofort dem Verbandsbureau zu melden.“

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin) hielt in „Aufsichtsratsbesitzungen“ eine Mitglieder-Versammlung ab. Zeiske referierte über die Erbschaften zum Berliner Gewerbegebiet. Die Wahl für die Arbeitgeber findet am Freitag, den 14. Oktober d. J., für die Arbeitnehmer am Sonntag, den 16. Oktober d. J., statt. Ströblinger führte noch an, daß diejenigen Arbeitnehmer, welche zeitweise außerhalb gearbeitet haben, aber hier ihren Wohnsitz haben, auch wahlberechtigt sind; diejenigen Arbeitnehmer, welche bei einem Innungsmeister in fester Stellung sind, dürfen nicht wählen. Der Vorstand schlägt der Versammlung

die Kollegen J. Kollmann, Franz Braun und Ed. Jakobowski als Vorkandidaten vor. Diese wurden per Stimmzettel nominiert. Krambach stellt den Antrag, die Versammlung möge beschließen, daß die Versammlungen der Ortsverwaltung in Zukunft nicht mehr am Freitag, sondern möglichst am Dienstag abgehalten werden sollen. Dieser Antrag wird an die Generalversammlung verwiesen. Thomas macht der Versammlung noch bekannt, daß sich der Vorstand mit der Anstellung eines zweiten Bureaubeamten beschäftigt hat und daß diese Stellung in unserem Fachblatt ausgeschrieben werden soll. Mit den Maßnahmen des Vorstandes erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Steglich. Die Oktober-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins nahm den Bericht vom Parteitag entgegen und erklärte nach kurzer Debatte ihr Einverständnis mit der Tätigkeit unserer Delegierten. Hierauf wurde die letzte Versammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und die in derselben gefasste Resolution gegen den neuen Wohnungsgesetz, Entwurf einer Verpredung unterzogen. Aus der Uebereinstimmung der in der betreffenden Versammlung angeführten Gründe gegen den Bescheid mit der von den Hausbesitzern in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vertretenen Ansicht müßte geschlossen werden, daß die Grundbesitzer-Vereine bereits eine groß angelegte Agitation in die Wege geleitet hätten, um selbst die geringfügigen Verbesserungen des Regierungsentwurfes zu vereiteln. — Auch der P. L. A. d. U. in der Gestaltung des Grunewalds zu einem Volkspark wurde diskutiert. Es wurde ausgeführt, daß gerade die Arbeiter der westlichen Vororte alle Ursache hätten, gegen die geplante große „Vogelwiese“ zu protestieren, die einzig und allein den Terrainspekulationen Vorteile bringen werde, während einem großen Teil der Bevölkerung von Groß-Berlin die Möglichkeit genommen würde, sich an den Sonntagen einen ungetragenen und billigen Naturgenuss zu verschaffen. Hierbei kam auch das Projekt der Erbauung einer elektrischen Bahn von Steglitz über Dahlem nach dem Grunewald zur Sprache, mit dem sich eine Kommission unserer Gemeindevertretung schon seit langem beschäftigt. Die Versammlung gab dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Gemeinde diese Bahn in eigener Regie bauen und betreiben möge, damit den Privatgesellschaften nicht noch mehr Macht in die Hände gegeben würde, wie sie bereits besitzen. — Von einem Parteigenossen wurde eine Frage über den Mißbrauch von Schulkindern seitens eines Geistlichen unseres Ortes. Am Tage der Einsegnung der Konfirmanden seien vier Knaben von dem betreffenden Geistlichen dazu beordert worden, mit je einer Sammelbüchse bewaffnet vor der Kirche milde Gaben zu erbeteln. Während der arme Teufel, der sich an seine Mimenfäden wendet, um seinen Hunger zu stillen, mit Gefängnis bestraft oder gar dem Arbeitshaus überwiesen werde, würden hier die Kinder moralisch zum Betrug gezwungen, ohne daß die Behörde gegen diesen Unfug einschreite. Der Redner legt die Vermutung, daß vielleicht die Kinder zu „Witbächen“ ausgebildet werden sollen, damit auch in Zukunft das Kirchenbauen nicht ins Stocken gerate. (Wir will scheinen, daß die Eltern der Kinder den größten Teil verdienen, denn niemand kann sie zwingen, ihre Kinder zu solch unwürdigen Zwecken gebrauchen zu lassen. D. V.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 12. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauerneher). Coppelia.  
Neues König. Opern-Theater.  
Wallenstein Lager.  
Deutsches. Kettenglieder.  
Berliner. Ueber unsere Kraft.  
Festung. Die Frau vom Meer.  
Westen. Rigolotto.  
Thalia. Der Weiberkönig.  
Central. Die Geisha.  
Volkshaus. August Junkermann als Dunkel Bräsig.  
Anfang 8 Uhr:  
National. Der Freischütz.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Die Kreuzschreiber.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) In Behandlung.  
Neues. Die Kronpräsidenten.  
Kleines. Nachtschl.  
Kleines. Eine Hochzeitsnacht.  
Zustimmung. Dieberleute.  
Trianon. Gastons Frauen.  
Zuften. Registrator auf Reisen.  
Deutsche Volkshaus. Genoveva.  
Kasino. Mutter Gräbert.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.  
Palast. Vom Himmel zur Hölle. — Spezialitäten.  
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.  
Passage-Theater. Dida. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landstraße 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau.  
Um 4 Uhr: Die Weltausstellung in St. Louis.  
Hörnsaal 6 Uhr: Dr. B. Donath: Der Aether als Energieträger.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Im Bannkreis der Jungfrau.  
4 Uhr:  
Die Weltausstellung in St. Louis.  
Hörnsaal 6 Uhr: Dr. B. Donath:  
Der Aether als Energieträger.  
Sternwarte invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Rosa**  
das gelehrte Pferd!  
Luisen-Theater.  
Zum erstmalig:  
Der Registrator auf Reisen.  
Donnerstag: Hamlet.  
Freitag und Sonnabend: Der Registrator auf Reisen.  
Sonntag, nachm.: Hamlet. Abends: Der Registrator auf Reisen.  
National-Theater  
Reindergeweg 12a-13b.  
Mittwoch, den 12. Oktober 1901:  
4. Rittwoch-Abonnement.  
Der Freischütz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Zar und Zimmermann.  
Freitag: Figaros Hochzeit.  
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpckeplatz 67.  
Holt zum Gastspiel Adolf Philipp.  
363. „Ueber'n grossen Teich.“  
Anfang 8 Uhr.  
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
„Ueber'n grossen Teich.“  
Apollo-Theater.  
8 Uhr:  
Die neuen Oktober-Spezialitäten.  
Hierauf:  
Berliner Luft.  
Anstaltungs-Burleske von Benno Jacobson. Musik von Paul Lincke.  
Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingluft. Operette von Josef Strauß. Vorher: Spezialitäten.  
Metropol-Theater  
Josef Giampietro u. D. Bender. Josephi. Grünfeld. Frid-Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres  
Ein tolles Jahr.  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Kreuzschreiber.  
Bauernkomödie m. Ges. in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Grossstadtluft.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Kreuzschreiber.  
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
In Behandlung.  
Komödie in 3 Aufzügen v. M. Dreher.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Johannisfeuer.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
In Behandlung.  
Kleines Theater  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachtschl.  
Donnerstag: Elektra.  
Freitag: Nachtschl.  
Sonnabend: Das Pastors Rieko.  
Thalia-Theater.  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
Durchschlagender Lacherfolg!  
Der Weiberkönig.  
(Guido Thielscher, Lina Abarbanell, Fritz Helmerding, Josephina Dora in den Hauptrollen.)  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Preisen: Charleys Tante.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Die Kreuzschreiber.  
Bauernkomödie m. Ges. in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Grossstadtluft.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Kreuzschreiber.  
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
In Behandlung.  
Komödie in 3 Aufzügen v. M. Dreher.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Johannisfeuer.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
In Behandlung.  
Kleines Theater  
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachtschl.  
Donnerstag: Elektra.  
Freitag: Nachtschl.  
Sonnabend: Das Pastors Rieko.  
Thalia-Theater.  
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
Durchschlagender Lacherfolg!  
Der Weiberkönig.  
(Guido Thielscher, Lina Abarbanell, Fritz Helmerding, Josephina Dora in den Hauptrollen.)  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Preisen: Charleys Tante.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Nehm. Wochent. 5, Sonnt. 3 Uhr.  
Das grossartige  
Oktober-Programm:  
Hans Frey, Humorist.  
Geschw. Fioati, Tanzduo.  
Engelski-Truppe, Russ. Ges.- u. Tanz-Ensemble.  
Dida, die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.  
14 neue erstklass. Nummern.

**Palast-Theater.**  
Bürgerliche Schauspiele.  
Durgstr. 22. Anfang 8 Uhr.  
Nur noch bis Donnerstag:  
Vom Himmel zur Hölle  
mit Direktor Richard Winkler als Jupiter.  
Vorher: Das phänomenale  
Spezialitäten-Programm.  
Freitag, den 14. Oktober:  
4. großer Elite-Abend  
unter Mitwirkung namhafter Gäste.  
„Marianne“  
oder: Ein Weib aus dem Volke.

**Zentral-Theater**  
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
Mimosa. Mia Werber.  
Donnerstag: Der Bettelstudent.  
Freitag: Die schöne Helena.  
Sonnabend: Die Fledermaus.  
**Deutsche Volksbühne.**  
Carl Heig-Theat., Gr. Franzl, Str. 132.  
**Genoveva.**  
Tragödie in 5 Akten von Fr. Heibel.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen bis Sonntag: Maria Stuart.  
Sonntag, nachm.: Klar zum Gefecht.  
**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.  
Das schönste neue Oktober-Programm.  
Neu: Borgold und Smiles. Neu!  
Duo Briffard-Zeppe-Verrier.  
**Mutter Gräbert.**  
Volkshaus m. Ges. in 3 Akten v. Heißinger.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Der Denunziant.

**National-Theater**  
Reindergeweg 12a-13b.  
Mittwoch, den 12. Oktober 1901:  
4. Rittwoch-Abonnement.  
Der Freischütz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Zar und Zimmermann.  
Freitag: Figaros Hochzeit.  
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpckeplatz 67.  
Holt zum Gastspiel Adolf Philipp.  
363. „Ueber'n grossen Teich.“  
Anfang 8 Uhr.  
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
„Ueber'n grossen Teich.“  
Apollo-Theater.  
8 Uhr:  
Die neuen Oktober-Spezialitäten.  
Hierauf:  
Berliner Luft.  
Anstaltungs-Burleske von Benno Jacobson. Musik von Paul Lincke.  
Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingluft. Operette von Josef Strauß. Vorher: Spezialitäten.  
Metropol-Theater  
Josef Giampietro u. D. Bender. Josephi. Grünfeld. Frid-Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres  
Ein tolles Jahr.  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
**Zirkus Schumann.**  
Heute, Mittwoch, den 12. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée equestre.  
Elite-Programm. U. a.: Herr Albert Carré, königlich niederländischer Zirkusdirektor's Oskar Carré mit seinen Freizeitschulern. Georg Lurich, der moderne Samson. Chinko, die größte Spezialität der Gegenwart.  
Monsieur Pernelet, 40 Krokodillen mit seinen  
Grosso Springkonkurrenz der besten Springer des Marstalls.  
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Dressuren. — Ferner: Die besten Kunstkräfte, Damen und Herren, in ihren Glanzleistungen.  
Zum Schluß: Zum 10. Male kolossaler Erfolg! Das große mimische Drama in 8 Bildern:  
Michael Strogoff oder: Der Kurier des Zaren.  
Neue faszinierende Licht- und Wasser-Effekte. Zirkus 250 Mitwirkende. — 2 Ruffkorps.  
**Weimanns Volksgarten-Theater.**  
Badstraße 56, Gesundbrunnen.  
Mittwoch, den 12. Oktober:  
Die berühmte Frau.  
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Stadelberg.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Zirkus Busch.**  
Für das Wohl des Pferdes!  
Kulturreiten des Rittmeisters a. D. Herrn Grimsgaard. Präul. Mohrke, Schulmeisterin. „Chips“, engl. Hohlblut, Sprung über 8 Pferde. Hr. Schumann mit seinen Freizeitschulern. 15 Polarbären von Mr. Henriksen. 10 dross. Elefanten. Süd-West-Afrika und die vorzügl. Programmnummern.  
**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Eine Hochzeitsnacht.  
(Uno Nuit de Noce).  
Schwank in 3 Akten von F. Rorou und H. Barre.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.  
**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Gastons Frauen.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachmittags: Madame X.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.  
20000 Mark Belohnung!  
Gesangsspiele in 4 Akten v. L. Treppow.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Donnerstag: Extra-Gläse-Vorstellung: Das Hefser-Hödel aus Frankfurt a. M.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Die Regimentstochter.  
Bauderville in vier Akten nach dem Französischen von D. Emery und Rort Jounier.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Anf. 8 Uhr. Entrée 30, min. 10 Pf.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fräulein Schnabels Verlobung. Abends 7 Uhr: Der Hüftenbesitzer.  
**Skala-Theater.**  
Unterstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
Familie Schmekeles  
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie  
30 international. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen  
jeden Abend 8 Uhr:  
Militär-Konzert.  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend, Sonntag:  
Fritz Steidl-Sänger.  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:  
Tanz.  
**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Mittwoch, den 12. Oktober:  
Die Nieder  
des Musikanten.  
Vollständ. mit Gesang in  
7 Bildern von H. Knefel.  
Jed. Dienstag u. Mittwoch:  
Theater-Abend.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränzchen.

**Deutsche Volksbühne.**  
Carl Heig-Theat., Gr. Franzl, Str. 132.  
**Genoveva.**  
Tragödie in 5 Akten von Fr. Heibel.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen bis Sonntag: Maria Stuart.  
Sonntag, nachm.: Klar zum Gefecht.  
**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.  
Das schönste neue Oktober-Programm.  
Neu: Borgold und Smiles. Neu!  
Duo Briffard-Zeppe-Verrier.  
**Mutter Gräbert.**  
Volkshaus m. Ges. in 3 Akten v. Heißinger.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Der Denunziant.

**National-Theater**  
Reindergeweg 12a-13b.  
Mittwoch, den 12. Oktober 1901:  
4. Rittwoch-Abonnement.  
Der Freischütz.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Zar und Zimmermann.  
Freitag: Figaros Hochzeit.  
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpckeplatz 67.  
Holt zum Gastspiel Adolf Philipp.  
363. „Ueber'n grossen Teich.“  
Anfang 8 Uhr.  
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
„Ueber'n grossen Teich.“  
Apollo-Theater.  
8 Uhr:  
Die neuen Oktober-Spezialitäten.  
Hierauf:  
Berliner Luft.  
Anstaltungs-Burleske von Benno Jacobson. Musik von Paul Lincke.  
Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingluft. Operette von Josef Strauß. Vorher: Spezialitäten.  
Metropol-Theater  
Josef Giampietro u. D. Bender. Josephi. Grünfeld. Frid-Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres  
Ein tolles Jahr.  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Vollständig neu ausgestattet!  
Täglich:  
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
**Zirkus Schumann.**  
Heute, Mittwoch, den 12. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée equestre.  
Elite-Programm. U. a.: Herr Albert Carré, königlich niederländischer Zirkusdirektor's Oskar Carré mit seinen Freizeitschulern. Georg Lurich, der moderne Samson. Chinko, die größte Spezialität der Gegenwart.  
Monsieur Pernelet, 40 Krokodillen mit seinen  
Grosso Springkonkurrenz der besten Springer des Marstalls.  
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Dressuren. — Ferner: Die besten Kunstkräfte, Damen und Herren, in ihren Glanzleistungen.  
Zum Schluß: Zum 10. Male kolossaler Erfolg! Das große mimische Drama in 8 Bildern:  
Michael Strogoff oder: Der Kurier des Zaren.  
Neue faszinierende Licht- und Wasser-Effekte. Zirkus 250 Mitwirkende. — 2 Ruffkorps.  
**Weimanns Volksgarten-Theater.**  
Badstraße 56, Gesundbrunnen.  
Mittwoch, den 12. Oktober:  
Die berühmte Frau.  
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Stadelberg.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Zirkus Busch.**  
Für das Wohl des Pferdes!  
Kulturreiten des Rittmeisters a. D. Herrn Grimsgaard. Präul. Mohrke, Schulmeisterin. „Chips“, engl. Hohlblut, Sprung über 8 Pferde. Hr. Schumann mit seinen Freizeitschulern. 15 Polarbären von Mr. Henriksen. 10 dross. Elefanten. Süd-West-Afrika und die vorzügl. Programmnummern.  
**Residenz-Theater.**  
Dir.: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Eine Hochzeitsnacht.  
(Uno Nuit de Noce).  
Schwank in 3 Akten von F. Rorou und H. Barre.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.  
**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Gastons Frauen.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachmittags: Madame X.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.  
20000 Mark Belohnung!  
Gesangsspiele in 4 Akten v. L. Treppow.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Donnerstag: Extra-Gläse-Vorstellung: Das Hefser-Hödel aus Frankfurt a. M.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Die Regimentstochter.  
Bauderville in vier Akten nach dem Französischen von D. Emery und Rort Jounier.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Anf. 8 Uhr. Entrée 30, min. 10 Pf.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fräulein Schnabels Verlobung. Abends 7 Uhr: Der Hüftenbesitzer.  
**Skala-Theater.**  
Unterstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).  
Sensationelles Programm!  
Familie Schmekeles  
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie  
30 international. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen  
jeden Abend 8 Uhr:  
Militär-Konzert.  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend, Sonntag:  
Fritz Steidl-Sänger.  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:  
Tanz.  
**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Mittwoch, den 12. Oktober:  
Die Nieder  
des Musikanten.  
Vollständ. mit Gesang in  
7 Bildern von H. Knefel.  
Jed. Dienstag u. Mittwoch:  
Theater-Abend.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränzchen.



**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater.  
Frankfurter-Allee 85.  
Das vorzügl. Oktober-Programm.  
30 Nummern.  
Neu! Der mysteriöse Elefant  
(Wunder der Dreesfur).  
Neu! Der Schneider in tausend Aengsten.  
Große Besse.  
Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

**Otto Pritzkwitz**  
Abnormitäten - Ausstellung  
Münzstr. 16, am Alexanderpl.  
Feodora, das Weib mit den Löwentatzen.  
Lebend! Lebend!  
32 Jahre alt, 70 cm. groß.  
Charlestro, das rätselhafte medizinische Wunder.  
Nada und Anemos, Gedankenleser.  
Eintritt 10 Pf.





**Neues Programm.**  
**LIANE DE VRIES**  
 Pariser Sangerin.  
 Edi Studler, Jodler.  
 Die Asahis, japanische Akrobaten.  
 Morton und Elliot,  
 Papier-Manipulatoren.  
 Pas de Deux oriental.  
 Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.  
 Die Harmony Four, amerik. Quartett.  
 Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
 Howard de Grey, Barfüßlerin.  
 Pormane Bros, Clowns.  
 Agoust-Familie, Jongleure.  
 Larive, französische Soubrette.  
 Das Motogirl.  
 Romakoffs, weibliche Kosaken.  
 Der Biograph.

**Germania-Prachtsäle**

Chaussestr. 103. Arnold Scholz.  
 Jeden Mittwoch:



**Hamburger Sänger.**  
 (Steidl, Wolf.)

Neu! Ein kritischer Tag. Neu!  
 Heute nach Familienball.  
 der Soiree. Anfang 8 Uhr. Untree 30 Pf.  
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.

**Brauerei Königstadt.**  
 Schönhauser Allee 10/11.  
 Jeden Mittwoch:



**Horst's**

Nord. Humoristen  
 und Quartettsänger.  
 Alle Songs haben  
 Gültigkeit.

**Orts-Krankenkasse  
 Weissensee.**

Durch die am 1. Oktober 1904 in  
 Kraft tretenden neuen Kassensatzungen  
 ist eine Neuwahl sämtlicher Vertreter  
 erforderlich.  
 Es sind zu wählen:  
 306 Arbeiter-Vertreter,  
 144 Arbeitgeber-Vertreter.  
 Die Wähler finden im Restaurant  
 „Zum Prälator“ zu Neu-Weissensee,  
 Lehndorfer 122, statt, und zwar  
 wählen die  
 Arbeiter am Freitag, den 14. Oktober 1904,  
 abends von 6-8 Uhr.  
 Die Arbeitgeber wählen  
 am Montag, den 17. Oktober 1904,  
 abends von 8-9 Uhr.  
 Wahlberechtigt sind wählbar sind  
 nur diejenigen Kassensmitglieder, welche  
 großjährig und im Besitze der bürger-  
 lichen Ehrenrechte sind.  
 Das Castingbuch ist bei der Wahl  
 vorzulegen. 275/51\*  
 Weissensee, den 30. September 1904.  
 Der Vorstand.  
 H. A. W. A. Büttner, Vorsitzender.

**Lustspielhaus  
 Biederlente.**

Friedrichstraße 236.  
 Anfang 8 Uhr.

**Achtung, Rohrer.**

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,  
 Alexanderstr. 27c:

**Öffentliche Versammlung.**

1. Die Gewerbegerichtsanhaltungen und die Kandidatenfrage. 2. Diskussion.  
 3. Erläuterung unseres Lohntarifs. 4. Verschiedenes.  
 298/14  
 Der Vertrauensmann.

**Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.**

Filiale Berlin.  
 Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Nfer 15 (Saal 4):

**General-Versammlung.**

1. Ausschluss einiger Mitglieder. 2. Antrag der Bezirke und Sektion.  
 3. Kassenbericht vom 3. Quartal.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. 124/19  
 Regen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Große Extra-Vergünstigung!!**

Delikates-Rolli. So lange Vorrat für nur 3 1/2 M.  
 Man bestelle sofort.  
 40 St. Deltakocherhinge, 20 Rindern, frisch geräuch.,  
 1 Pfund St. Feitzprotien, 1 Dose neue Cellardinen,  
 1 Dose pikante Apfelmilch und 1 St. Rausaal.  
 Alles St. Ware. Otto Kaiser, Zwincmünde Nr. 21A.

**RESTE.**

Zur Damenmäntel-Konfektion,  
 Mädchen- und Knabengarderobe,  
 Damenuchens in schwarz und  
 farbig, Kostüme, Kammgarn,  
 Cheviot, Corkscrew, Plüsch,  
 Sammet, Besatzartikel etc.  
**KONFEKTION**  
 Fertige Jackets, Paletots,  
 Capes, Kostüm-Röcke etc.  
 Größte Auswahl. Billige Preise.  
 Kostbuser 4.  
 C. Pelz, Strasse

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Saale des Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee Nr. 11:

**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
**Stellungnahme zu der Aussperrung der Holzindustriellen.**  
 Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert. 90/10\*

Jede Werkstatt muss vertreten sein.  
 Vertreten bis 10 Kollegen entsenden 1 Delegierten, bis 20 Kollegen 2 Delegierte, bis 30 3 u. s. f.  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**

Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Gips- und Zementbranche.  
 Mittwoch, den 12. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause  
 (großer Saal), Engel-Nfer 15:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 Berichterstattung über das gesamte Ergebnis der Vertragsverhandlungen und weitere Beschluß-  
 fassung zum Vertrag.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir, daß alle Mitglieder der Sektion in der  
 Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert. 139/7\*  
 Der Vorstand. J. A. W. H. Frisch.

**Höfliches „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 120.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Lichtenberg.**

Sonnabend, den 15. Oktober: 14/12  
**Künstler-Konzert.**  
 Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester, Kapellmeister M. Fischer.  
 Solo: Konzertmeister Alfred Wittenberg. Rezitation: C. Albert Stripp.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

**Orts-Frankenkasse  
 Boxhagen-Bummelsburg.**

Am Dienstag, den 18. Oktober,  
 abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung**

sämtlicher großjähriger Kassen-Mit-  
 glieder und Arbeitgeber  
 im Lokale der Ww. Weigel,  
 Türschmidstraße 45.  
 Tages-Ordnung:  
 Aufstellung von Delegierten zur  
 Generalversammlung.  
 1. Von 8 1/2-9 1/2 Uhr Aufstellung von  
 100 Arbeiter-Delegierten.  
 2. Von 9 1/2-10 Uhr Aufstellung von  
 50 Arbeitgeber-Delegierten.  
 Die Versammlung wird pünktlich  
 eröffnet, und liegt es daher im Interesse  
 der Mitglieder selbst, recht pünktlich  
 zu erscheinen. 275/11  
 Der Vorstand.  
 H. A. W. A. Büttner.

**Lustspielhaus  
 Biederlente.**

Friedrichstraße 236.  
 Anfang 8 Uhr.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Nfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9070.  
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

**Achtung! Bau-Anschläger! Achtung!**

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, in den „Kriminalhallen“,  
 Kommandantenstraße 20:

**Allgemeine Versammlung**

sämtl. Bau-Anschläger Berlins und Umg.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission.  
 2. Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.  
 Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt  
 werden sollen, ist es notwendig, daß jeder erscheint.  
 122/14  
 Die Ortsverwaltung.

**Turnverein „Fichte“**

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).  
 Donnerstag, den 13. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im  
 Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

**Außerordentliche Vereinsversammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Der Gewaltstreik des Provinzial-Schulkollegiums.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 293/18\*  
 Mitgliedskarte legitimiert.  
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorsitzende: Paul Richter.

**Verband der Möbelpolierer**

Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schulz, Blumenstr. 38:  
**Außerordentliche Vorstandssitzung.**

Ein Sommerüberzieher (grün) ist am Sonnabend beim  
 Stützungsfest an der Garderobe vermerkt worden. Es wird gebeten,  
 denselben beim Vorfinden W. Nitschke, Kopernikusstr. 5, abzugeben.

**Vereinigung der Zimmerer Deutschl.**

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, S. I. Stug. I. Telefon Amt III, Nr. 5028.

**Außerordentl. Abendsprachen aller Zahlstellen**

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umg.  
 am Donnerstag, 13. Oktober, in den Verkehrslokalen.  
 Ausgabe der Flugblätter und Legitimationen zu den Gewerbegerichts-  
 Wahlen. — Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, zu erscheinen.  
 258/1  
 Der Vorstand. H. A. W. A. Büttner.

**Gesundheit ist Reichtum!**

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.  
 Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.  
 Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**

Medizinische Bäder aller Art  
 in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen  
 für Damen und Herren.  
**2 Wannen-Bäder** mit je 2 Handtüchern  
 0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit).  
 Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Dorothea Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Buchhandlung Vorwärts**

Berlin SW., Lindenstraße 69.  
 In unserem Verlage ist soeben  
 erschienen:

**Führer für den ::  
 Militärpflichtigen**

Nach den gesetzlichen Be-  
 stimmungen dargestellt von  
**W. Schröder**

Mit ausführlichem Inhalts-  
 verzeichnis, Musterformularen  
 und einem Adressregister  
 Preis 30 Pfg. Porto 3 Pfg.

Der Verfasser behandelt in  
 einzelnen Kapiteln:  
 Von der Wehrpflicht — Das  
 Musterungsgeschäft — Der  
 Soldat im aktiven Dienst —  
 Die Entlassung aus dem  
 Heere — Die Dienst als  
 Einjährig-Freiwilliger —  
 Der Berufssozialist.

Die Darstellung ist übersichtlich,  
 leicht verständlich und den all-  
 gemeinen Bedürfnissen ange-  
 paßt, so daß es über die  
 einschlägigen Fragen sichere  
 Auskunft gibt. Jedem Militär-  
 pflichtigen ist das Heft zu  
 empfehlen.

**Unserem Lieben Genossen  
 Hermann Reifemann**

zu seinem 25-jährigen Ehejubiläum  
 die besten Glückwünsche.  
 Die Genossen d. 181 c. Bezirks b. Klasse.

**Emil Schmidt**

Am 9. Oktober starb sanft nach  
 langen schweren Leiden mein  
 lieber Mann, unser guter Vater,  
 der Gastwirt 20505  
**Emil Schmidt**  
 im 53. Lebensjahre.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, nachmittags 2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Zentral-  
 Friedhofs in Friedrichsfelde aus  
 statt. Um jähliche Beileid bitten  
**Wwe. Klara Schmidt.**  
**Kurt u. Klara Matthes.**

**Verein sozialdemokratischer  
 Gast- und Schankwirte**

Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege

**Emil Schmidt**

am 9. Oktober verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 13. Oktober, nach-  
 mittags 2 Uhr, von der Leichenhalle  
 des Berliner Gemeinde-Friedhofes  
 in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um jähliche Beileidigung ersucht  
 Der Vorstand.  
 H. A. W. A. Büttner.

**Zentral-Verband der Maurer  
 Deutschlands.**

Zweigverein Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser treues Mitglied, der Maurer

**Franz Gerlach**

am Sonnabend, den 8. d. M., im  
 Kranienhaus Nooit verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von  
 der Leichenhalle der Luther-Ge-  
 meinde in Kanthof aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Verbandsleitung.**

Allen Bekannten, Kollegen und Ge-  
 nossen, besonders dem Arbeiter-Gesang-  
 verein Immergrün Tegel, welche  
 unserem teuren Verstorbenen die  
 letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir  
 unseren herzlichsten Dank.  
 Im Namen der trauernden  
 Hinterbliebenen: 20848  
**Wwe. Bertha Grochow.**

**Damen-Konfektion**

direkt aus der Fabrik.  
**Kein Laden!**

Jetzt nach beendeter Engros-  
 Saison:

**Einzelverkauf  
 zu enorm  
 billigen  
 Preisen.  
 Für  
 Damen  
 und  
 Mädchen:**

Sacco-  
 Paletots,  
 Jacketts,  
 Capes,  
 Kostüm-  
 Röcke,  
 Abend-  
 Mäntel.



**Damen-Mäntel-Fabrik  
 Robert Baumgarten**

Hauptortplatz Nr. 11, 2. Etage  
 (a. d. Jerusalemstraße).  
 ♦♦ Auch Sonntags geöffnet, ♦♦

**Kleiner Arbeiterverein**

im jährlichen Ergänzungs-Billet Freunde  
 und Gönner der Hilfskassierung um  
 Beihilfe zur Gründung einer  
 Bibliothek. Derselbe würde auch  
 event. ausverkauft Bücher kaufen.  
 Beste Spenden sind zu richten an:  
**V. Manderie, 2077B  
 Schmiedeberg (Ergänzungs-Billet).**

**Dr. Simmel, Prinzen-  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für 35/13\*  
 Haut- und Halsleiden.**

10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

**Jede Dame spart Geld!**

Nach beendeter Engros-Saison, Ausverkauf, einzeln, wie seit  
 10 Jahren, um zu räumen  
**Sakkos, Boleros u. Paletots**  
 in all. Längen, durchweg gefüttert  
**Eakimo, Covercoat.**  
 Pelz-imitationen:  
 Astrachan, Karakul. 5-35  
 Breitschwanz M.  
 Wert bis 60 Mark!  
 Engros-Lager! Kein Laden!

**Ein Posten Modelle**

Paletots, Abendmäntel, Sakkos  
**Saison-Neuheiten!!!**  
 „Unter Herstellungspreis“  
 Backfisch-Paletots 3-10  
 Kinder-Mäntel  
 in allen Größen. M.

Spezialität:  
**Extraweiten für starke Damen**  
 Paletots, Jacketts Capes.

Abend-Paletots 4-25 Gummi-Mäntel, 8-20  
 Golf-Capes in allen 4-25 Havelocks Mark  
 Läng. M.

**Max Moseczytz, Landsbergerstr. 59 1 Treppe,**  
 a. Alexandropi.  
 Sonnabend bis 6 Uhr abends geschlossen.

**Nur 12 Minuten**

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Jollen-  
 berge erschlossen. 66034

**Nur bis zum 15. Oktober 1904**  
 werden noch 50 Parzellen zu Ausnahmepreisen von  
**1 M. 10 Pf. an pro qm netto Baugrund**  
 unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Land-  
 baubau gestattet.  
 Näheres von 10-6 Uhr im Restaurant Meier, Straße am Jollen-  
 berg 19 bei Weinan. (Rüma und Nummer beachten!)

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Der Falschmünzer-Prozess.

In dem großen Falschmünzer-Prozess Gehaus und Genossen wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt. Sie erstreckte sich zunächst auf die „Kunstreisen“, die der Angeklagte Steger in Gemeinschaft mit Lache nach den verschiedensten Städten Mitteldeutschlands, nach dem Rhein usw. unternommen hat.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt. Er hält wieder, mit erheblichem Zeigefinger in der Luft umherfuchtelnd, endlose Reden, in denen er um die Verantwortung der an ihn gerichteten Fragen in großem Bogen herumgeht.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Der Angeklagte Lache, der die Vernehmung durch allerlei krankes Zeug unterbrochen und durch diese grandiose Phrasen stürmische Heiterkeit erregt hatte, wird hierauf vom Präsidenten nochmals über eine Reihe von Punkten befragt.

Angekl.: Wenn der Zeuge hier sagt, es seien Fehler in meinen Drucksachen gewesen, so ist das Schwindel! Was ich mache, ist gut! (Heiterkeit.) Und dann: was soll ich denn so früh in der Restauration gemacht haben? — Zeuge (mit dem Finger drohend): Sei stille, Du bist immer die Pulle verstopft! (Heiterkeit.) Von Seiten der medizinischen Sachverständigen wird ein gemeinsamer Antrag gestellt, wonach noch eine Reihe von Aktenstücken, die auf die Angeklagten Lache und Gehaus und deren Verwandte Bezug haben, herbeigeschafft werden sollen. Dem Antrage wird stattgegeben.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nitzdorf. Heute Mittwoch findet in allen Bezirken Zahlabend statt und zwar: für den 1. Bezirk bei Kettler, Kaiser Friedrichstr. 86, Ecke Herbergstrasse; 2. Bezirk: Kutscher, Kirchhofstr. 41, Ecke Wimperstrasse; 3. Bezirk: Proil, Rosenstr. 24; 4. und 5. Bezirk: Thiel, Bergstr. 151/152; 6. Bezirk: Goppe, Verlinsstr. 14; 7. Bezirk: Ribell, Neuterstr. 62; 8. Bezirk: Kutscher, Bannierstr. 59; 9. Bezirk: Kuy, Wilmannsstr. 10; 10. Bezirk: Wilsch, Hermannstr. 213; 11. Bezirk: Eifermann, Hermannstr. 49; 12. Bezirk: Thiel, Bergstr. 151/152; 13. Bezirk: Mühl, Prinz Handjerystr. 66/67; 14. Bezirk: Geller, Steinmehlftr. 118; 15. Bezirk: Peey, Ankebeckstr. 185; 16. Bezirk: Stamm, Thüringerstr. 7. — Die Zahlstellen sind seit dem 1. Oktober aufgehoben; wir erlauben die Genossen, die Beiträge in diesen Zahlabenden zu entrichten.

Die in Randow wohnhaften Mitglieder des Wahlvereins Johannisthal haben am Sonnabend einen eigenen Wahlverein gegründet.

Treptow. Stadtverordneter Voigt spricht heute abend 8 1/2 Uhr bei Schmidt, Kiehlholzstr. 22, über die Frage: „Warum müssen wir uns organisieren?“ — Die Partispedition ist Eisenstr. 87, v. III L.

Lichtenberg. Heute Zahlabend des Wahlvereins in den bekannten Zahlstellen. Erscheinen dringend notwendig.

Reinickendorf. Heute ist Zahlabend in allen Bezirken.

Lokales.

Konflikte - Allerlei.

In der Angelegenheit des Berliner Schulkonflikts geht es zurecht hant und hant. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an ihrer Spitze einen Artikel, der sich im wesentlichen mit dem Inhalt einer vor einigen Tagen erschienenen Schweinburgischen Notiz deckt. Auch die „Norddeutsche“ schwelgt in dem Moderat der bei den Haaren herbeigezogenen Regierungsinstruktion von 1817, wonach den heute nicht mehr existierenden „Bezirksregierungen“ übertragen ist, die Direktion und Aufsicht über alle öffentlichen und Privatschulen, die Verwaltung des gesamten Elementarschulwesens und die Aufsicht und Verwaltung sämtlicher äußeren Schulangelegenheiten. Die Durchführung der absolutistischen Regierungsmassnahmen werde in durchaus sachlicher, aber entschiedener Weise erfolgen, unbeirrt durch den angeklagten Widerstand. In dem offiziellen Artikel wird selbstverständlich die Waise eingeleitet, welche die Melodie von der Staatsgefährlichkeit sozialistischen und polnischen Turnens spielt, doch kein Erörtern macht sich bemerkbar, ob der schamhaft verschwiegenen Tatsache, daß die jetzt bekämpfte Stadtverwaltung von derselben Regierung einst gedrängt worden ist, in ihren Säulräumen polnischen Vereinen eine Freistätte zu gewähren.

Während der Artikel der „Norddeutschen“ also ankündigt, daß die Regierung, wie immer, so auch in diesem Falle sich wenigstens in kleinsten Schritten bewähren werde, sucht ein gerade in dieser Angelegenheit nicht ganz außer Betracht kommendes Mitglied der Regierung, nämlich der Kultusminister Studt, der schillernden Stadt Berlin Rosen auf den Weg zu streuen.

Zu Köln am Rhein, nicht in dem als Ort der Handlung vielleicht passenden Köln an der Spree gedachte Herr Studt in einem Trinkspruch des Berliner Schulkonflikts. Es galt mit dem Trinkspruch die Kölner Akademie einzuzweihen. Der Minister sagte bei dieser Gelegenheit:

„Ich habe niemals in meiner langen amtlichen Laufbahn mit Äußerungen der größten Anerkennung zurückgehalten gegenüber den vielfach für den Staat nützlichsten und ausgezeichneten Leistungen, die namentlich auf dem Gebiete des Unterrichts, der Kunst, der allgemeinen Bildung die großen Städte unseres allgemeinen Vaterlandes aufweisen. Ich erkenne in vollem Maße die Opferwilligkeit und den schönen Gemeinssinn an, der aus diesen Leistungen spricht, und ich wäre der letzte, der aus bureaukratischer Engherzigkeit oder sogar Willkür in die städtische Selbstverwaltung, die so schöne Früchte trägt, eingreifen wollte. Wenn neuerdings gegen die Unterrichtsverwaltung Angriffe erhoben werden, so kann ich nur sagen, daß es in mißverständlicher Auffassung der Maßnahmen geschieht, die im Einzelfalle durch die entschiedene Wahrung des Staatsinteresses geboten sind. Bei voller Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und Selbstverwaltungsrechts der großen Städtegemeinden unseres teuren Vaterlandes kann ich mir wiederholen, daß ich mit großer Achtung und Anerkennung von der ausgezeichneten Art, mit der unsere großen Städte verwaltet werden, allezeit gesprochen habe und daß ich so auch heute denke. Ich kann ferner die Versicherung hinzufügen, daß bei der gesamten künftigen Staatsregierung mit größtem Dank und vollster Hochachtung gesprochen wird von dem Opfersinn der preussischen großen Städte.“

Die Zukunft muß ja lehren, ob die Berliner Bürgerschaft den treuerherzigen Versicherungen des Kultusministers Glauben schenken und in dem Gefühl schwelgen wird, daß die Prügel, die sie zur Zeit vom Staat appliziert erhält, von ihr nur infolge mißverständlicher Auffassung als Prügel betrachtet werden und daß man überdies von einem so bewährten Opfersinn wie dem berlinischen gebührend verlangen könne, daß er auch über gelegentliche Züchtigungen mit einem ergebensten Diener quittiere!

Das Kunterbunt ist aber noch ein wenig zu vervollständigen. Die „Post“ hat nämlich einen Komplizen des auffälligen Berliner Magistrats entdeckt, und dieser Komplize hat seinen Standort unter denen, die gemeinsam mit Hoch und Reifgen berufen sind, amtlich in der Weise den Staat zu stützen, daß sie unbefähigt zu allem, was der jeweilige Minister tut, ja und Amen sagen. Der Komplize ist nämlich ein Landrat. Gestern berichteten wir, daß einem als sozialdemokratisch bezeichneten Turnverein in Luckenwalde die Genehmigung zum Turnen in städtischen Säulräumen neuerdings erteilt worden ist, und daß der Landrat auf vorherige Anfrage zu solchem die heiligsten Güter bedrohenden Turnen seine Einwilligung gegeben hat. Diesen Landrat denunziert die „Post“ nun:

„Der Herr Landrat von Jüterbog, Geheimregierungsrat v. Goffel, kann in der Erteilung der Genehmigung nichts Staatsnadeliges erblicken, wenn nur dafür gesorgt wird, daß die Vereine beim Turnen selbst nicht sozialdemokratische Ideen ver-

breiten. Die städtische Turnhalle muß davon rein gehalten werden, außerhalb derselben mag es geschehen. Also die Genehmigung wird unter dieser Bedingung erteilt und die Polizei hat für die Beobachtung der Bedingung zu sorgen. Wie denkt sich der Herr Landrat diese Kontrolle? Soll die Polizei einen Beamten während des Turnens aufstellen? Oder meint er, daß eine Kontrolle bei sozialdemokratischen Vereinen nicht erforderlich ist?“

Der Fall ist schwierig genug, fernermal eine gegen den Bestand der göttlichen Weltordnung gerichtete Vandalenwelt von einer ordnungsführenden kaum zu unterscheiden ist. Aber recht hat die „Post“. In das heitere Kunterbunt, das sich heute als preussische Staatsmannskunst anpreist, gehört grundsätzlich kein Mann hinein, der den Kopf kahl hält. Am allerwenigsten als Landrat. Was wird der kommende Tag für bunte Bilder bringen?

Der Ausschuss zur Beratung der Vorlage betreffend die Einrichtung einer Fleischverarbeitungs- und Wertungsanstalt (Abdackerei) auf dem Gelände von Blankensfelde trat Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Von unserer Fraktion gehörten dem Ausschuss an die Genossen Augustin, G. Schulz und Dr. Wenl. Grundsätzlich stehen wir der Uebernahme einer solchen Anstalt in städtische Regie wohlwollend gegenüber, wird doch hierdurch das Profinteresse des privaten Unternehmers ausgeschaltet. Die Bedenken unserer Freunde wandten sich hauptsächlich gegen die Einrichtung der Anstalt auf dem Kieselgut Blankensfelde, weil die Abzente in den benachbarten Ortschaften wie Glienicke, Waldmannsdorf, Hermsdorf, Wilhelmstrub, Mühlentee usw. durch die eilen Ausdünstungen belästigt werden können, insbesondere aber die städtische Augenheilanstalt für Brustkranke Mädchen und Frauen, die mit 78 Kranken belegt nur 1000 Meter von der projektierten Anstalt entfernt ist, bedeutsam beeinträchtigt werden dürfte, ganz abgesehen von der Einwirkung der Rüche einer solchen Anstalt auf frange Menschen. Die von uns erhobenen sanitären und ästhetischen Einwände wurde von den Vertretern des Magistrats nicht in vollem Umfange entkräftet, so daß wir gezwungen waren gegen Errichtung der Anstalt auf dem Gelände von Blankensfelde zu stimmen. Die Vorlage wurde schließlich mit allen gegen unsere drei Stimmen angenommen.

Erfolg eines Dichters.

Nach einem etwas lorrumpiert auf die Nachwelt gekommenen Wort des alten Herrn Justizrat Solon ist kein Preisge vor dem Tode glücklich. Das gilt für Menschen gewöhnlichen Schlags in Preußen-Deutschland. Für den gefährlichen Menschenschlag jedoch, der zu Lebzeiten das Verbrechen begangen hat, Bücher zu schreiben und dabei von der Idee beiseit ist, daß es kein Glück ohne Freiheit gibt, gilt aber noch einmal die Solonische Verheißung. In einem auf seine Veredlung hin hier nicht weiter zu prüfenden Hörgelverhältnis liegt es begründet, daß ein Schriftsteller erst dreißig Jahre nach seinem Tode frei wird. Als Vorstand für diese postume Gesangschaft führt der Staat den Schatz des geistigen Eigentums ins Feld, aber der Grund liegt tiefer. Schon die Zeitungen, deren Inhalt doch nur für den Tag geschrieben ist, sind bei den Nachhabern im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte so leicht angesehen, daß der Normaldeutsche sich keine Zeitung, wenigstens keine anständige, vorstellen kann, ohne ein Gefährnis daneben. Nun aber erst Bücher, gute Bücher, die nicht vergehen werden, sondern den Menschen in guten und bösen Tagen sein Lebenlang begleiten. Die sind nach maßgebenden Polizeibegriffen tausendmal gefährlicher als Zeitungen und daher schon in die verhängende Maßregel angebracht, einen Schriftsteller erst gut 30 Jahre nach seinem Tode „frei“ werden zu lassen. Läßt sich das gedruckte Wort, wenn es für die Erlösung der Menschheit verfaßt ist, leider auch nicht unterdrücken, so bedeutet die dreißigjährige Gefangenschaft, die es beim Verleger abzumachen hat, doch das eine, daß es nicht jedermann zugänglich ist, vor allem nicht denen, für die des Lebens Tafel schlecht gedeht ist, und die daher am unzufriedensten sind.

Die Wirkung der dreißigjährigen Gebundenheit zeigt sich wohl am deutlichsten an dem Dichter, der heute in der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands am meisten geliebt ist, an Heinrich Heine. Bis 1837, wo seine dreißigjährige Gefangenschaft zu Ende war, befeuerte sich zumeist das Wirgerum an seiner die Grundfeste des Staates erschütternden Poesie und Prosa. Heute im Deutschland der Baby-Pinde und des dreifachen Surra ist das Wintermärchen in der Kostloske eines Biertrinkenden stud. jur. unentbar, weil es die Anwartschaft auf den Titel eines Reserveleutnants verschmerzen könnte. Die noch so bescheidene Bibliothek eines organisierten Arbeiters ist heute aber ohne einen Heine zu jechtz Mark ebenfalls unentbar.

Zu Neujahr nächsten Jahres wird ein Dichter frei, dem zwar nicht der Ruhm vorangeht, daß er mit dem Erfolge wie Heinrich Heine am alten Unrecht weltzerstörernd gerüttelt hat. Dennoch kann Fritz Reuter mit gutem Gewissen ein Dichter der Freiheit genannt werden. Wer hat wie er in seiner „Festungsdiät“ die preussische Justizbarbarei an den Pranger gestellt, wer wie er in „Kein Hüling“ Worte der Empörung für die Schmach der Ankerhaft des medlenburgischen Landvolkes gefunden? Seit Schillers „Wilhelm Tell“ ist in der deutschen Dichtkunst wohl kein Werk entstanden, das wie „Kein Hüling“ klar und deutlich verkündet, daß die Beseitigung eines Schädlings von Despoten kein Proeb, sondern unter Umständen eine Notwendigkeit, ein Verdienst ist. Hindert das geliebte Plattdeutsch den Dichter auch, im Süden so geschätzt zu werden wie im Norden Deutschlands, so ist dies Platt hier wiederum das Band, das ihn auch mit den an Schulbildung armen Bevölkerungsschichten verknüpft. Soweit Weckenburg in Betracht kommt, kann ruhig gesagt werden, daß das Volk keinem Heimatgenossen so viel zu danken hat wie ihm, und wenn in diesem feudalen Staatswesen die Sozialdemokratie Erfolge aufzuweisen hat wie kaum anderswo unter einer ländlichen Bevölkerung, so hat sie dies zu einem guten Teil der von Fritz Reuter geleisteten Vorarbeit zuzuschreiben. Die Kenntnis, die man heute schon vielfach von diesem Dichter hat, soweit plattdeutsch gesprochen wird, ist um so höher anzuschlagen, als derjenige, der der nächste dazu wäre, nämlich der Verleger seiner Werke, Jahrzehntelang nichts getan hat, um die Volkstümlichkeit zu fördern. Bis Ende der siebziger Jahre kostete ein kompletter Reuter 60 Mark. Dann gab der Hinfortliche Verlag in Wismar die Volksausgabe heraus, auf die insoweit der Ausdruck Volksausgabe in seiner wörtlichen Bedeutung anzuwenden war, als sie auf 28 Mark zu stehen kam. Erst vor gut einem Jahr kam der Verlag auf die Idee, Fritz Reuter für zehn Mark herauszugeben; auf diese Weise gedachte man dem baldigen Ablauf der Gebundenheit zum Trotz noch ein gutes Geschäft zu machen. Zu Neujahr nächsten Jahres, wie gesagt, kann Reuter von jedem, der da will, gedruckt werden, und es wird dann gewiß nicht an einer Auswahl auch unter den billigen Ausgaben fehlen. Auf einen wie großen Absatz der Werke gerade dieses Dichters man aber in Buchhandlertreisen rechnet, zeigt die Tatsache, daß der „Reuter-Verlag G. Weipert, Doetinchem“ (Generalvertrieb Th. Knauer, Berlin-Weipzig) nach einem Uebereinkommen mit dem ursprünglichen Verleger jetzt eine vierbändige Ausgabe des Dichters zum Preise von 6 Mark herausgegeben hat. Der Druck dieser neuesten Ausgabe ist gut, das Papier könnte am Ende etwas härter sein, der Einband, keinen natürlich, kann sich sehen lassen. Wie die Johnsonart-Ausgabe, enthält auch diese für die des Plattdeutschen unkundigen Leser eine Einleitung, eine Erklärung der plattdeutschen Sprache und Schrift, sowie sprachliche Tabellen; ebenfalls ist ihr die Wiltschmittsche Schilderung von Fritz Reuters Leben und Werken beigelegt. Da es zu Weihnachten geht, wird gewiß mancher, der sich nach einem eigenen Reuter sehnt, nicht erst die Freigabe abwarten, sondern sich die neue als „rechtmäßig“

Geisteszustand

Auskunft geben können. Der Kommissar Jabeil aus Breslau hat bei den verschiedensten Personen Nachforschungen in dieser Beziehung angestellt und überall die Auskunft erhalten, daß Lache ein ganz besonders gewedter Mensch und eine kluge, raffinierte Person sei, der keinen geistigen Defekt habe, sondern sicher simulierte.

Auch der Schneider Lampe, ein Bekannter des Lache aus der schlesischen Heimat, gibt diesem das Zeugnis, daß er „durchaus nicht dämlich im Kopf“ sondern „ganz hell“ sei. Er habe ja auch seinerzeit Druckarbeiten besorgt und damit gehandelt, und wer dies tue, könne doch nicht dumm sein. Er habe ihn einmal gesagt, er müsse noch einige Fehler aus den Drucksachen herausbringen. Es sei aufzufallen, daß der Angeklagte bei dem Entfel des Zeugen, der Restaurateur war, immer schon in aller Frühe anwesend war. Eines Tages sei ihm (Zeugen) aus seinem Ueberzieher sein Andachtsbüchlein verschwunden und später habe sich herausgestellt, daß ihn Lache genommen hatte.

Präsi.: Lache, was sagen Sie dazu?



empfohlene Ausgabe zulegen, die, wie bemerkt sei, neben den älteren Ausgaben auch in der Buchhandlung Vorwärts vorrätig ist. Ob es Reuter so gehen wird wie Heine, ob er hinfort nicht so sehr vom Bürgerturn als vom Proletariat-gelesen wird?

**Der Fortbildungsschul-Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung** hat am Montag seine Beratungen über das vom Magistrat vorgelegte Statut der geplanten Pflicht-Fortbildungsschule fortgesetzt. Es wurde die Generaldebatte zu Ende geführt und mit der Spezialdebatte begonnen. Die ersten Paragraphen des Statuts wurden unterändert bzw. mit geringen Änderungen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, die Besuchspflicht auch auf die weiblichen Angestellten des kaufmännischen Berufes auszuweiten, fand im Ausschuss keine Beachtung. Auf freisinniger Seite konnte man sich vorläufig nur zur Annahme der Resolution Ratian entschließen, durch die der Magistrat ersucht wird, über die Einbeziehung der weiblichen Angestellten in die Pflicht-Fortbildungsschule den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu machen. „Valdigt“ — d. h. im günstigsten Falle nach Jahren.

Die Bestrebungen der Arbeitervereine in der Arbeiterschaft sind in einer vor trefflichen Broschüre niedergelegt, die von dem Parteigenossen Dr. med. Richard Fröhlich in Wien verfasst und zum Preise von 20 Pf. im Verlage der Expedition der Buchhandlung Vorwärts vor kurzem erschienen ist. „Alkohol und Arbeiterfrage“ ist die 32 Seiten starke Schrift betitelt. Beachtenswert ist ihr Inhalt schon aus Anlass des traurigen Gerichtsfalles, über den wir vor einigen Tagen berichteten; über die drei Arbeiter, die Pfingsten am Wahnhof Alexanderplatz den von so fürchtbaren Folgen begleiteten Erzech verübten, sind im ganzen bekanntlich 8 1/2 Jahre Gefängnis verhängt worden. Aus einer von Prof. Köfler in Wien veranstalteten Statistik werden folgende Zahlen mitgeteilt:

Gewalttätiger Widerstand gegen Amtshandlungen 77,7 Proz. Trunkenheit, boshafte Sachbeschädigung und Verurteilung von Gemeingefahr 63,4 Proz. Trunkenheit usw., so daß Köfler aus seinen Zahlen den Schluss ziehen konnte, daß sowohl in Wien als in Korneuburg die größere Zahl der Robeits- und Sittlichkeitsverbrechen im Zustande der Trunkenheit begangen werden. Die 681 angetragenen Wiener Verbrecher der Jahre 1895 und 1896 wurden insgesamt bestraft mit 294 Jahren 6 Monaten 8 Tagen Kerker — es sind 65 Proz. der Gesamtzahl. Nicht berücksichtigt sind in dieser Zahl die Totschläger und Mörder. Das ergibt sich für Wien und Korneuburg; unter sieben Totschlägern waren fünf zurzeit der Tat betrunken, unter 17 Mördern zwei betrunken und weitere sieben notorische Trinker.

Mit Klarheit spricht sich die Broschüre über die Ziele der proletarischen Abstinenzbewegung aus:

Die proletarischen Abstinenzler führen den Kampf gegen den Alkohol im Namen der Unzufriedenheit! Bei aller Würdigung der krankmachenden Wirkungen des Alkohols, bei aller Würdigung, wie doppelt wichtig es für den Arbeiter ist, gesund zu sein, legen sie doch das Schwergewicht der Alkoholfrage in der betäubenden, einschläfernden Wirkung des Alkohols.

Der Alkohol macht zufrieden: er macht zufrieden mit der schlechten Nahrung, er täuscht über die Ermüdung hinweg, er söhnt mit dem elenden Mauerloch, das des Proletariats Wohnung vorstellt, er zähmt den Groll über das Los, das auch morgen bevorsteht. Solcher Art lähmt der Alkohol die Erkenntnis dessen, was ist. Der Proletarier muß spüren, wie elend seine Nahrung, er muß fühlen, wie adgepumpt sein Körper ist, wie menschenunwürdig seine Wohnung, wie trostlos seine Lage — dies muß er empfinden in allen Gliedern und mit allen Sinnen, um die Kraft und den Mut zu finden, sich aufzulehnen gegen diese Zustände, gegen die ein Widerstand nutzlos ist, wenn den Tausenden, die wissen, wie schlecht es ihnen geht, immer noch Hunderttausende gegenübersehen, die es noch nicht wissen, die zufrieden sind mit ihrem erbärmlichen Schicksal.

Rein Grund für den Alkohol ist töricht und für die Arbeiterklasse verderblicher als die Verfassung darauf, man müsse dem armen Teufel doch sein Glas Schnaps, seine Flasche Bier unangetastet lassen. Gerade der arme Teufel wird dadurch um ein Stück Nüchternheit, d. h. um ein Stück Einsicht in seine Lage gebracht, gerade er muß wissen, wie schlecht es ihm geht. Er muß sein Elend fühlen in ganzer Schwere, damit dieser Druck des Elends ihm den Schwung verleihe, sich dagegen aufzulehnen! Hunderttausende hält der Alkohol so im Banne der Unzufriedenheit, fern von den politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen. Sie sind noch blind für ihr Los, sie sind noch nicht wachgerüttelt, sie sind so genügsam, finden sich noch ab mit dem, was ihnen befehrt ist — aus vielen Gründen. Es wäre falsch, alles, was die Menschen in Stumpfheit und Indifferentismus verbarren läßt, auf den Alkohol zu schieben. Aber niemand kann bezweifeln, daß der Alkohol einer der Faktoren ist, der die Menschen nicht zum Bewußtsein ihrer Lage kommen läßt und jeder Genosse kann es bestätigen, daß die Indifferentesten in der Werkstätte diejenigen sind, die den größten Durst haben.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlagen betreffend die Regelung der ferneren Verwaltung und baulichen Unterhaltung der in den Häusern Klosterstraße 73 und 74 belegenen 5 Mehrfamilienwohnungen bei dem Berliner Gymnasium, der Direktorenwohnung und der Räume der Streitschen Kommunität, — den Jahresabschluss über die Verwaltung des Hafens am Urban für 1903, — den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gemeinde Zegel über die Verlegung von Gasröhren usw. im Gutsbezirk Zegel, — die Uebernahme des Noan-Denkmal, — den Verkauf von drei Parzellen an der Weddingstraße, — die Vergrößerung der Bureauräume bei der Irrenanstalt Dalldorf — und die Freistellung von Grundstücken der Unionstraße von Anliegerbeiträgen gegen Auflassung von Straßen- beziehungsweise Platzflächen zur Unionstraße beziehungsweise zum Unionplatz ohne Verrentschädigung. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Erlaß einer Polizei-Verordnung wegen Regelung des Straßenhandels. — Vorlage betreffend die Bewilligung eines Beitrages zu Ehrenpreisen an den Verein „Cypria“. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Herstellung einer Verbindung der Stadtteile Moabit und Wedding durch ein Ueberführungsbauwerk über die Eisenbahngleise im Zuge der Putzky- und der Höpferstraße. — Vorlagen betreffend die Reinigung der Drainleitungen bei dem Hause 8 der Irrenanstalt Herzberge — und die anderweitige Bemessung der von den Gemeinden Lichtenberg, Vorhagen, Rummelsburg und Stralau für den Anschluß an die Kanalisation von Berlin zu leistenden Entschädigungen. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Festsetzung von Maßlinien für zwei neue Straßen 29a und 29b zwischen Prenzlauer Allee und Wilsstraße beziehungsweise Wilsstraße und Greifswalderstraße. — Vorlagen betreffend den Verkauf einer Fläche in der Gemarkung Biesdorf und die Rückvergebung einer solchen ebendasselbst, — den Etat für die Verwaltung der städtischen Feuerzofizität für 1. Oktober 1904/5, — die Jahresabschlüsse der städtischen Wasserwerke, der Sparkasse, des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischschau auf dem Schlachthofe und der Fleischschau für das von auswärts eingeführte Fleisch für das Etatsjahr 1903, — die erfolgte Bauabnahme des zweiten Hauses für 54 fache Männer bei der Irrenanstalt Herzberge, — die Teilung der Schulkommissionsbezirke 66c, 76, 87b, 87c, 109a, 109b und 110, — den speziellen Entwurf zu einer neuen Rodfläche usw. bei dem städtischen Odbach, — die Aufstellung von zwei 500flammigen Gasmeßern bei dem Neubau des Verwaltungsgebäudes des Krankenhauses Moabit, — die Aufnahme einer neuen Straße 55b in die Abteilung Xa. des Bauungsplanes zwischen Bad- und verlängerte Thurneisserstraße, — die Teilung der Steuerannahmestelle Xb, umfassen die Stadtbezirke 242 bis 254, — den Jahresabschluss der Marktkassen für das Etatsjahr 1903, — die in gemeinschaftlicher Sitzung beider Gemeindebehörden für die Steuerjahre 1905/7 vorgeschmiedene Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern des Steuerzuschusses der Gewerbesteuerklasse I — und die Ueberweisung des Bürgerkaales im Rathaus an die freireligiöse Gemeinde an den Sonn-

und christlichen Feiertagen. — Sechs Rechnungen. — Berichterstattung über die Vorklage betreffend eine Nachzahlung von Gehalt. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl von zwei befohlenden Stadträten eingesetzten Ausschusses, betreffend die Gehaltsfestsetzung für die beiden Stellen. — Berichterstattung betreffend die Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes für die Erziehungskommission VI.

Wie Dienstmädchen verborben werden. Im Anschluß an den Sonntag von uns veröffentlichten Fall erhalten wir folgende Mitteilung: Das jetzt 18 Jahre alte Dienstmädchen Verta B. aus Stahfurt hatte am 1. September 1901 in Leipzig ihren ersten Dienst angetreten und blieb auf dieser Stelle bis zum 1. April 1903. Beim Verlassen des Dienstes erhielt sie folgendes Zeugnis: „Verta B. hat vom 1. September 1901 bis 1. April 1903 in meinen Diensten gestanden und hat sich während dieser Zeit treu, ehrlich und fleißig betragen.“ Das Mädchen kehrte dann zu den Eltern zurück und nahm darauf in Koblau eine Stelle an, für die sie jedoch zu schwach war. Sie erhielt hier am 15. Oktober folgendes Zeugnis: „Konnte die Stelle nicht ausfüllen und wird nur des halb entlassen.“ Auf einer dritten Stelle in Magdeburg blieb Verta B. vom 1. April bis 15. September 1904; das Zeugnis beim Abgang lautete: „Zuhaberin war fleißig und ehrlich.“

Auf Zureden einer in Berlin wohnenden Tante kam Verta B. dann hierher, um sich in der Reichshauptstadt als Dienstmädchen zu versuchen. Sie erhielt bei einem Herrn V., dem Inhaber eines Pensionats in der Französischen Straße, Stellung und trat am 1. Oktober den Dienst an. Der Herr, der für seine Wohnung von 14 Zimmern zwei Dienstmädchen braucht, soll das Unglück haben, daß er selten ein Mädchen nach seinem Geschmack findet. Verta B. wurde bereits am 8. Oktober entlassen und erhielt folgendes Zeugnis ins Dienstbuch eingetragen:

„Wurde von mir entlassen, da Sie in keiner Weise für ein besseres Haus paßte. Sie ist träge faul und ungehorsam auch ist sie sehr lägenhaft (doppelt unterstrichen) u. unfauber.“

Die orthographisch genaue Wiedergabe des Zeugnisses mag den Bildungsgrad des Herrn kennzeichnen, der sich für den Inhaber eines „besseren Hauses“ ausgibt. Ob die beiden Fragezeichen am Schluss des Zeugnisses bedeuten sollen, daß der Schreiber selber an der Richtigkeit seiner Ansichten zweifelt, bleibe dahingestellt. Wie das schlimmste enttäuschte Mädchen mittel ist ihre Kollegin ebenfalls am Sonnabend Annull und Fall entlassen worden; der Dienstherr soll bei dieser Gelegenheit gesagt haben, daß er zehn Mädchen wieder bekomme, wenn er drei hinauswerfe.

Alle diese Umstände mögen darauf hindeuten, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt, und wenn man uns mit der Entgegnung kommt, daß es auch Dienstmädchen gibt, die selbst bei noch so verständiger Behandlung sich als träge und lieberlich erweisen, so mag auch diese Ansicht gelten. Aber an dem vorliegenden Beispiel soll eben gezeigt werden, wie ein anständiges und tüchtiges Mädchen verborben, für ihren Versuch unbrauchbar gemacht werden kann. Ein solches Zeugnis verdirbt selbst dann, wenn es auf Veranlassung der Polizei corrigiert werden muß, die auch unter günstigen Verhältnissen nicht gerade beneidenswerte Laufbahn eines Dienstmädchens. Mag ein derart beschimpftes Mädchen auch Charakterfestigkeit genug besitzen, um vor der Friedrictstraße behauptet zu bleiben, so wird ihre Berufstüchtigkeit doch gründlich verfalzen werden. Schade, daß die Auffstellung einer Liste unzulänglicher „Herrschaffen“ ihre Schwierigkeiten hat!

Ueber die allgemeine Geschäftslage im Milchhandel sprach in der gestern stattgehabten Milchhändler-Versammlung Milchhändler Liegenstedt. Der Berliner Milchhandel leide unter der allgemeinen Milchnot, die jedoch nur teilweise auf den Futtermangel, größtenteils aber auf den Milchrieg zurückzuführen sei. Der Milchring habe seine Zulage, Milchnot und Milchschwemme in Berlin zu regeln nicht gehalten. Die in letzter Zeit eingeführte dänische Milch sei von tadelloser Qualität und Haltbarkeit, könne aber des teuren Preises wegen nur als Notbehelf dienen. Gelingen es der dänischen Milch, einen Massenabzug in Berlin zu sichern, werde sie wahrscheinlich für 14 Pf. franko Berlin geliefert werden können. Mit einem Satze würden dann alle Pläne der Milchzentrale zu Wasser werden. In der Debatte wird von einzelnen Rednern eine Erhöhung des Milchpreises bestritten, das Publikum könne von den Milchhändlern nicht verlangen, daß sie teuer einkaufen und billig verkaufen sollen. Bei einem Verdienst von drei Pfennigen pro Liter könne aber kein Milchhändler existieren. Die meisten Redner erklären sich jedoch gegen eine Preiserhöhung, welche den Gegnern des Milchhandels und den Großfirmen die Kundtschaft austreife würde. Verbandshandlungs Dr. Hlatza warnt gleichfalls vor einer Preiserhöhung, welche die Milchhändler um die Sympathie der Bevölkerung bringen würde, und teilt mit, daß eine Vespregung zwischen Vertretern der Milchzentrale, der Meierei Volle und der Molkereibesitzer über die Frage der Preiserhöhung stattgefunden habe, in welcher man zu dem Beschluß gekommen sei, von einer Erhöhung des Milchpreises abzusehen. Schließlich gelangt folgende Resolution zur Annahme: „Der Verein Berliner Milchhändler erklärt, daß seine Mitglieder trotz der erheblich erhöhten Einkaufspreise für Milch, im Hinblick auf die mit einer Verminderung des Milchkonsums notwendige verbundene Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse Berlins von einer Erhöhung der Verkaufspreise im Milchhandel Abstand zu nehmen.“

„Der Gewaltstreik des Provinzial-Schulkollegiums.“ Eine Versammlung mit dieser Tagesordnung wird Donnerstagnachmittag 8 1/2 Uhr im Luisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37, von dem gemäßigten Turnverein „Fichte“ abgehalten. In dieser Versammlung will der Verein über die Frage beraten, wie dem Gewaltstreik zu begegnen sei.

Von Herrn Tischendörfer werden wir um Veröffentlichung folgender Zusage ersucht: Soeben von einer größeren Reise zurückgekehrt, erhalte ich jetzt erst Kenntnis von dem Artikel über die Stadtverordnetenwahlen in Nr. 229 Ihres Blattes. Hieraus habe ich zu bemerken, daß es sich bei meinem Besuche des Herrn Regel einzig und allein um die Frage handelte, ob er im 30. Bezirk kandidieren würde oder nicht. Infolge langjähriger gemeinsamer evangelischer Vereinsstätigkeit haben es mir nicht angängig, mich in einem solchen Falle für eine Kandidatur zu entscheiden. Man ist aber unter anderem auch ein Mensch, der sich mit seinen persönlichen Beziehungen nicht an Parteigrenzen binden soll und kann. So habe ich manche sozialdemokratische Bekannte, denen gegenüber es mir ganz unmöglich sein würde, zu kandidieren. Einen auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Wunsch des Herrn Regel, in seinem Bürgerverein zu sprechen, lehnte ich sofort mit aller Entschiedenheit ab. Hierbei erklärte ich, daß ich mich als event. Kandidat der sozialfortschrittlichen Parteigruppe mit keiner anderen Richtung einlassen könne, in den öffentlichen Wählerversammlungen aber allen Wählern Rede und Antwort stehen würde. Von einer gemeinsamen Kandidatur oder auch nur von einer Unterstützung derselben durch antimilitärische Konventionen habe ich natürlich kein Wort gesprochen. Es fallen daher alle derartigen Kombinationen in sich zusammen.

Wenn man zu viel Bargeld hat. Wegen Erhöhung der Spareinlagen bei der hiesigen städtischen Sparkasse bis zum Betrage von fünfzehnhundert Mark anstatt der bisherigen eintausend Mark hatte sich der Hausbesitzerverein Sitten zu Anfang dieses Jahres an den hiesigen Magistrat gewandt. Es wurde in dem Gesuche angeführt, daß unsere Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Nizdorf höhere Beträge als Berlin für ein Sparlassenbuch nehmen, ohne zu fragen, ob der Einleger in ihrem Gemeindebezirke oder anderweitig wohnt. Bei der jetzigen niedrigen Spareinlage in Berlin sind viele Berliner Bürger genötigt, unter dem Schaden der Finanzen ihre Sparinlagen in den gedachten Vororten zu betreiben oder ihre Spar- und Notgroschen in oft zweifelhaften Depots anzulegen. Da ferner die Stadtgemeinde schon jetzt bei den niedrigen Einzahlungen große Ueberschüsse aus der Sparkasse genießt, indem sie, ebenso wie die Vororte, die Spareinzahlungen mit 3 Proz. verzinst, diese Gelder aber zu 3 1/2, 3 1/2, 4 Proz. und höher wieder an-

legt oder verwendet, so würde sich der Ueberschuss mit der Erhöhung der Spareinlagen auf ein Buch bis auf wenigstens 5000 M. auch demgemäß zum Vorteil der Finanzen Berlins erhöhen. Da der Verein auf seinen Antrag bisher ohne Bescheid geblieben ist, so hat er jetzt den Magistrat um gefällige Mitteilung über den Stand dieser Angelegenheit ersucht.

„Gelebt, geliebt, genossen!“ Die Leiche eines etwa 30 jährigen Mannes wurde gestern auf dem fiskalischen Waldfeldrain in West-Reinickendorf in der Nähe der Scharnweberstraße aufgefunden. Neben dem Toten, der sich erschossen hatte, lag ein mit noch fünf Patronen geladener Revolver. In der Kleidung der Leiche wurde ein Zettel vorgefunden, auf welchem mit Bleistift geschrieben stand: „Gelebt, geliebt, genossen!“ 300 M. habe ich in zwei Tagen alle gemacht.“ Der Mann mag ein nettes Leben geführt und eine nette Liebe genossen haben.

„Graf“ Salvat wieder in Freiheit. „Graf“ Salvat alias Steffen, der auf eine anonyme Anzeige hin wegen Diebstahls und angeblichen Hochverrats in Untersuchungshaft genommen war, ist Montag abend, wie das „V. Z.“ hört, wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens an Kindern ist der Sohn des Tischlermeisters Stögelberg in der Frankfurter Allee sowie der dort beschäftigte Handwerker Bickuhn in Untersuchungshaft genommen worden. Stögelberg sollte dieser Tage beim Militär eintreten. Die Unholde haben sich an den 6 und 8 Jahre alten Töchtern des Buchdrucker-Hilfsarbeiters B. vergriffen.

Mit zwei Kindern verschwunden ist die 52 Jahre alte Frau Marie des Wagnerschleifers Eimer aus der Schwerestraße 16/17. Eimer hatte vor zwei Jahren das Unglück, daß ihm eine Marmorplatte auf die rechte Hand fiel. Seitdem erhält er monatlich 15 M. Unfallrente. Er lebte mit seiner Frau in Unfrieden. Nachdem er seine Frau am vergangenen Sonnabendmorgen geschlagen hatte, holten die beiden jüngsten Kinder Hedwig und Ella abends ihre Mutter von ihrer Aufwartestelle in der Frankfurter Allee zu Schöneberg ab und kehrten nicht wieder nach Hause zurück. Die unglückliche Frau hat öfter geäußert, daß sie das Leben nicht mehr ertragen könne und mit den beiden Kindern, die noch nicht selbst für sich sorgen können, in den Tod gehen wolle. Bisher sind alle Nachforschungen nach dem Verbleib der Vermissten erfolglos geblieben. Frau Eimer geb. Gläfer ist 1,55 Meter groß, hat schwarzes Haar und trägt ein graues Kleid und Lederpantoffeln. Das ältere Kind Hedwig ist 12 Jahre alt und an der rechten Schulter verwachsen, hat braunes Haar und trägt ein blaufarbirtes wollenes Kleid und einen weißen Strohhut mit blauem Band. Die jüngere Tochter Ella ist fast 9 Jahre alt und trägt ein rotes Wollkleid.

Arbeitslosigkeit hat den 21 Jahre alten Vergolder Emil Meier vom Mahndacher Nr. 6 in den Tod getrieben. Der junge Mann hatte seit vierzehn Tagen keine Beschäftigung mehr und war sehr still und niedergedrückt. Rot litt er nicht, da ihn ein Bruder unterstützte, aber seine Lage scheint ihn trotzdem zur Verzweiflung gebracht zu haben, nachdem er am Sonnabend noch eine Gastwirtschaft besucht und sich am Auspielen von Gänsen beteiligt hatte, nahm er sich gestern das Leben. Sein Birt fand ihn in seiner verschlossenen Stube als Leiche an der Türschwelle hängen.

Wem gehören die Räder? Einer der Einbrecher, die im Sommer den großen Platinadiebstaal in Charlottenburg verübten, ein gewisser Paul Breddag, entpuppte sich im Laufe der Untersuchung auch als Fahrraddieb. In seiner Verhaftung wurden fünf Räder gefunden. Erst behauptete er, sie in der Verfeinerungshalle gekauft zu haben, um sie an Händler weiter zu veräußern, jetzt aber räumt er ein, daß er sie alle gestohlen hat, und zwar im Laufe des Sommers in der Lourenzstraße und deren Umgebung von der Straße weg. Zwei der Räder haben bereits ihren Eigentümer wiedergefunden, drei aber stehen noch herrenlos bei der Kriminalpolizei. — Das gestohlene Platin ist zum weitaus größten Teil an der von den Einbrechern bezogenen Stelle in der Jungfernhöhe wiedergefunden worden. Der kleine Rest war an einer anderen Stelle vergraben gewesen, aber schon verschwunden, als ihn die Kriminalpolizei dort holen wollte.

Feuerbericht. Dienstag früh gegen 4 Uhr wurde die Wehr nach dem Urbanhafen gerufen, weil hier auf einem mit Müll beladenen Spreelaß Feuer ausgebrochen war. Der erste Lösungs konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Vorher brante in der Fruchtstraße 69 allerlei Gerümpel und alter Hausrat in einem Keller, während in der Zionskirchstraße 46 in einer Wohnung durch die Explosion einer Petroleumlampe ein Feuer entstanden war, das im Nu Möbel, Decken, Kleidungsstücke u. ergriffen hatte. Bei den vergeblichen Versuchen, die Flammen zu ersticken, trat eine Frau Josephine Brandwunden an den Händen und im Gesicht davon, die ihr von den Samaritern der Wehr verbunden wurden. — Unfug am öffentlichen Feuerwehrlag einer Alarmierung zu Grunde, die die vierte Kompanie abends nach der Dammstraße 127 führte. Der Täter konnte leider nicht ermittelt werden. — In der Arndtstraße 11 mußte zur selben Zeit ein Lodenbrand abgelöscht werden. Holzgestelle, Kleiderstoffe, die Schaldecke und der Fußboden wurden im wesentlichen beschädigt. — Nach der Panoramastraße wurde nachmittags der erste Lösungs gerufen, weil dort in einem Keller eines Neubaus auf dem Grundstuck des ehemaligen Sedanpanoramas zwei Arbeiter, die mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt waren, durch herabfallende Erdmassen verkrüppelt worden waren. Es gelang den Wehrmännern, die beiden Verunglückten lebend wieder herauszuholen und, wie sich herausstellte, hatte nur der Arbeiter V. Samulat Quetschungen am Oberschenkel davongetragen.

Ein Gesangverein, durch dessen opferwillige Mitwirkung so manches Parteeist die richtige Weihe empfangen hat, feiert Sonntag abend im Moabit Theater, Alt-Moabit 47/49, sein Stiftungsfest. Der Gesangverein Vereinigte Sangesbrüder, Moabit (M. d. A. S. B.) hat für diesen Abend ein vortreffliches Programm zusammengestellt und wir zweifeln nicht daran, daß die Parteigenossen beim Besuch des Festes auf ihre Rechnung kommen.

Der Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern wird mit den Kursen für das kommende Wintersemester in Kürze beginnen. Die erste Kursreihe geht durch die Monate Oktober, November, Dezember und umfaßt die neuerdings erhöhte Zahl von 15 Kursen. Es ist erfreulich zu beobachten, wie sehr das Interesse für die vollständigen Kurse von Jahr zu Jahr gesteigen ist, und wie infolgedessen auch die Zahl der Kurse stetig gesteigert werden konnte. Im Jahre 1898/99 fanden 12 Kurse statt mit 3407 Teilnehmern, im Jahre 1903/04 stieg die Zahl der Kurse auf 24 mit 7250 Teilnehmern. Von den Hörern des letzten Winteres stellten die Arbeiter 53,4 Proz., die unselbständigen Kaufleute 15,6 Proz., die Subalternen und Unterbeamten 5,9 Proz., Ingenieure und Techniker 5,6 Proz., die liberalen Berufe 3,5 Proz., Lehrer 3,1 Proz., Studenten und Schüler 2,2 Proz., selbständige Kaufleute 1,5 Proz., selbständige Handwerker 0,9 Proz. Unter den 50 Proz. Frauen, die ihre Berufsaufstellung angaben, befanden sich 27,4 Proz. Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, 16,2 Proz. Beamtinnen und kaufmännische Gehilfeninnen und 14,2 Proz. Lehrerinnen. Die Beteiligung der Arbeiter unter den Männern schwankte in den letzten Jahren zwischen 53,4 und 54,8 Proz., die der Arbeiterfrauen zwischen 34,5 und 35 Proz. Was das Alter der Besucher anbetrifft, so befanden sich die sechs Jahre hindurch rund 70 Proz. aller Hörer im Alter von 24 bis 40 Jahren, sie sind demnach der Fortbildungsschule längst entwachsen. Mehr als die Hälfte der männlichen Besucher hat keine andere Vorbildung genossen als die der Volksschule. Wie tief aber in ihnen Teilnahme und Aufmerksamkeit auch gegenüber schwierigen Themen wurzelt, erweist man aus den Vorlesungen, die die Vortragenden über den Verlauf der Kurse erhalten haben. Immer von neuem heißt es darin, daß die Hörer mit Aufmerksamkeit und Interesse folgten, die Sache ernst nahmen und regelmäßig kamen. Die Vorlesungen dauern von 8 1/2 bis 10 Uhr abends und umfassen jedesmal sechs Abende. Jede Karte für eine vollständige Vortragsreihe kostet 1 M. Das



genaue Programm für die erste Kurserie des kommenden Wintersemesters wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Die Volkshochschule Humboldt-Akademie eröffnet ihr 27. Studienjahr Mittwoch, 12. Oktober, abends 7 Uhr präzis in den Aulen Georgenstr. 30/31 und Lützowstr. 84d mit Ansprachen des Bürgermeisters Dr. G. Reide bzw. des Dr. R. Klein, Schriftführers der Dozentenchaft; alle Freunde und Freundinnen der Wissenschaft sind hierzu eingeladen. Daran schließen sich die Vortragszyklen aus allen Wissensgebieten, welche 118 an der Zahl (siehe Programm) von 44 Dozenten vor Herren und Damen in den Lehrsälen NW. und W., sowie in S. Luisenstadt, Dresdenstr. 118, in C. Weinmeisterstraße 16/17, ferner vormittags in W. II (Architektenhaus, Wilhelmstraße 22/23), in den königlichen Museen (vor- und nachmittags) und in zwei anderen Lehrsälen gehalten werden. Der erste Vortrag der meisten Zyklen ist frei; die Hörgelöhne für den ganzen zehnwöchentlichen Zyklus betragen 5 M., ermäßigt auf 3 M. für Mitglieder des wissenschaftlichen Zentralvereins und dessen korporative Vereine, sowie für besondere Kategorien wie Lehrer, Subalternbeamte, Handwerker, Arbeiter und Handelslehrlinge. Es sei noch erwähnt, daß der Zyklus 47 (Die Malerei der südlichen Niederlande) nicht Montag, sondern Dienstag 11-12 Uhr in W. II stattfindet, daß der Zyklus 76 (Deutsch-Ostafrika) Montag, 17. Oktober (nicht 12. Oktober) beginnt und daß der Kursus 97 (Englische Grammatik) schon Mittwoch, 12. Oktober, 6-7 Uhr, nicht erst Montag, 17. Oktober, eröffnet wird. Alles Nähere enthalten die ausführlichen Lehrprogramme, welche in bekannten Buchhandlungen und in den Bureaus: Unter den Linden 47, Potsdamerstr. 116a, Prinzenstr. 54, Landsbergerstr. 32 und Architektenhaus für 10 Pf. erhältlich sind; hier finden auch die Einschreibungen und die Aufnahmen in den wissenschaftlichen Zentralverein (Jahresbeitrag 5 M.) statt.

**Berliner Volks-Chor.** Unter diesem Namen hat sich aus Arbeiterkreisen ein größerer gemischter Chor gebildet, welcher billige künstlerische Konzerte für die Arbeiterchaft Berlins veranstalten will (Chor- und Solistenkonzerte). Als erster Solistenabend findet am Sonntag, den 16. Oktober, in der Sing-Akademie ein Hugo Wolf-Liederabend statt, bei welchem Hrl. Veith Schot und Herr Kammerfänger Ludwig Hef mitwirken. Als erstes Chorwerk gelangt am 28. November und in Wiederholung am 5. Dezember Robt. Schumanns „Das Paradies und die Peri“ in der neuen Welt, Hansenheide, unter Leitung von Dr. E. Fander und Mitwirkung allererster Solisten und des verstärkten Berliner Tonkünstler-Orchesters zur Aufführung. In der Regel finden alljährlich zwei Solistenkonzerte und die Aufführungen zweier größerer Chorwerke statt; zu jeder dieser Veranstaltungen findet ein Einführungsabend mit Vorträgen und Erläuterungen am Klavier statt. Die Uebungen des Chors sind Mittwochs resp. Freitags in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstr. 31-34 (am Hackeschen Markt); der Wochenbeitrag beträgt 10 Pf., auch für die zuzuhörenden (passiven) Mitglieder, welche freien Zutritt zu allen Konzerten, Generalproben, Chorproben und Einführungsabenden haben; dieselben nehmen auch an der Verlosung der dem Chor zur Verfügung gestellten Freikarten zu hiesigen Konzerten teil.

**Theater.** Im Schiller-Theater werden für die nächste Abonnementperiode die folgenden Stücke vorbereitet: „Macbeth“ von Shakespeare; „Arieg im Frieden“ von Moser; die Komödie „Die Tyrannen der Tränen“ von C. Gaddon Chambers, deutsch von Verta Vogson; „Die Bildin von Toledo“ von Grillparzer; „Deinung“ von Augeneruber und die Wallenstein-Trilogie, deren erste Hälfte zum 10. November, Schillers Geburtstag, zur Darstellung kommen soll. — Das Luisen-Theater führt heute den „Registrator auf Reisen“ auf.

Dem Berliner Aquarium sind in den letzten Tagen zahlreiche Sendungen zugegangen, zu welchen nicht nur Nord- und Ostsee, Mittel- und Adriatisches Meer, sondern auch Indien, Amerika und Südosteuropa beigetragen haben. Eine der bedeutendsten Beibringungen zeigt die Reptiliengalerie, nämlich ein gewaltiges, fast 6 Meter langes Exemplar einer dunklen Art der asiatischen Riesenschlangen. Auf schon graubraunem Grunde heben sich längs der Rückenmitte vieredrige, braunschwarze, heller eingefasste Flecken ab, und Flanken, Kopf und Schwanz sind dementsprechend gezeichnet. Der neue Gast macht neben den hellergetönten indischen Riesen, welche mit ihm das größte Glashaus auf der linken Seite des Söhlenganges bewohnen, einen förmlich unheimlichen Eindruck. Eine Ergänzung erfährt auch die Kollektion neuweltlicher Riesenschlangen durch das Eintreffen einer südamerikanischen Boa, und weiterhin wurde den beiden städtischen Diamantlappenschlangen ein über Hamburg angelegtes Stück zugeführt, welches indes einer anderen Spezies jener gefährlichsten Giftschlangen-Gattung angehört und seinen Genossen gegenüber durch einfachere Färbung und fahlere Häutung ausfällt. Das von Eöhen bevölkerte Glashaus derselben Seite erhält weitere Befahrung durch eine Gesellschaft großer grüner Eidechsen der Mittelmeerländer.

### Aus den Nachbarorten.

**Ober-Schöneweide.** Heute abend 6 Uhr findet in der Schulaula in der Freischenstraße eine öffentliche Sitzung der Gemeinde-Verwaltung statt.

**Schönberg.** In der Stadtverordneten-Sitzung am Montag erfolgte zunächst die Einführung der in der ersten bzw. zweiten Abteilung an Stelle Ködner und Grund gewählten Stadtverordneten Colosser und Haenschke in einer sonst weniger üblichen Weise. Zu seiner Begrüßungsrede sprach nämlich der Vorsitzende davon, daß die Frage der Selbstverwaltung heute nötiger als je die Kommunen beschärfen müsse. (Weider läßt das freimüthige Mitglied gerade im entscheidenden Augenblick oft im Stich.) — Eine regelrechte Krankenhaus-Debatte, bei der der Oberbürgermeister jedenfalls nicht sehr gut abschnitt, zeitigte die vom Magistrat „zur Reminis“ gegebene Mitteilung von der vorläufigen Abständnahme der Bildung einer Verwaltungs-Deputation für das Auguste-Viktoria-Krankenhaus. Am 5. September dieses Jahres hatte der Magistrat die Bildung einer Verwaltungs-Deputation beantragt, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern, fünf Stadtverordneten und den beiden dirigierenden Ärzten des Krankenhauses, letztere mit beratender Stimme. In der betreffenden Sitzung wurde der Vorschlag seitens der Stadtverordneten noch ergänzt um zwei Bürgerdeputierte (auch zwei Ärzte), und diesem erweiterten Antrage nun ist der Magistrat in lafonischer Kürze nicht beigetreten. Die meisten Redner gingen mit dem Stadtoberhaupt scharf ins Gerüst, und Herr Wilde mußte es sich gefallen lassen, daß ihm zum Vortritt gemacht wurde, er wolle deshalb keine Bürgerdeputierten in der Krankenhaus-Verwaltung, um in einem eventuellen Konflikt mit der Versammlung durch sein Uebergewicht in der Deputation freie Hand bei der Befragung der Direktoren des Krankenhauses zu behalten. Genosse Obst, der seit Beginn Mitglied der früheren Krankenhaus-Deputation war, kritisierte recht glänzend und scharf das augenblickliche Verhalten des Magistrats. Durch eine Ignorierung des damaligen Stadtverordneten-Beschlusses dürfte wiederum eine Verzögerung im Krankenhausbau eintreten. Die Bürgerchaft aber habe alle Ursache, den Bau gefördert zu sehen, das Beweisen die täglichen Zurückweisungen von Kranken durch andere Anstalten. Unsere vor fünf Wochen in dieser Angelegenheit gestellte Anfrage und deren Nichtbeantwortung dürfte wohl mit diesem magistratischen Widerstand im Zusammenhang stehen. — Nach anderthalbstündiger Besprechung wurde schließlich ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen: „Den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation über die Bildung einer Verwaltungs-Deputation für das hiesige Krankenhaus zu verhandeln.“ (In der ganzen Kera des Krankenhausbaues spielt die Verzögerung der Fertigstellung durch unverständliches Handeln des Magistrats eine gerade nicht glänzende Rolle.) — Der von uns bereits gedachten Bereitstellung von 500 M. zur event. Dedung eines Manfoss bei der Veranstaltung von

Volkshochschulungs-Abenden wurde einstimmig zugestimmt.

Durch einen Antrag Lulach kam auch die Angelegenheit unserer Volkshochschule, als es sich um die Wahl eines Bürgerdeputierten in das Kuratorium handelte, zur Sprache. Im Aufklärung unter den Stadtvätern zu verbreiten, wurde die Sache alsdann in nächstöffentlicher Sitzung behandelt. Unseres Erachtens hat die Bürgerchaft ein Interesse daran, zu erfahren, wie es geheißen konnte, daß in einer solchen öffentlichen Anstalt Zustände Platz greifen konnten, die mit einer geordneten Verwaltung nicht in Einklang zu bringen sind. Die Kommune hat aber auch die Pflicht, für ein solches Institut Mittel auszuwerfen, die es in den Stand setzen, das zu erfüllen, was man von ihm verlangt. Öffentlich wird das Verfaulende nachgeholt.

**Neu-Weissenhof.** Der Gemeindevorstand erläßt eine Bekanntmachung, wonach wegen Zahlung eines Zuschusses zu den Schulunterhaltungskosten gemäß § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes auch in diesem Jahre gegen die Stadt Berlin im Klagenwege vorgegangen werden soll. Zur Feststellung der Zahl derjenigen Kinder, deren Väter zwar hier wohnen, aber in Berliner Betrieben (Fabriken usw.) Beschäftigung haben, ist eine statistische Aufnahme erforderlich. Diese soll in den Schulen durch die Lehrer stattfinden. Man legt Wert darauf, daß sämtliche Fragen der Zählblätter genau beantwortet werden. Ausdrücklich wird betont, daß diese Aufnahme lediglich dem angegebenen Zwecke, niemals aber Steuerzwecken dienen soll.

**Wilmerdorf.** Den guten Leuten, die im Publikum einer Majestät die höchste Seligkeit empfinden, ist eine Enttäuschung bereitet worden. Es hieß ganz bestimmt, daß die Kaiserin zu der gestrigen Einweihung der neuen Mädchenkule kommen werde und die Schülerkinder wurden dahin instruiert. An Stelle der Kaiserin kam jedoch ein Kammerherr. Vom Wilmerdorfer Patriotismus ist die Schule der jugendlichen Tochter des Kaisers zu Ehren „Victoria Kaiser-Schule“ getauft worden. Das hübsche Gebäude ist mit einem Rollenaufwande von 1 1/2 Millionen Mark nach den Entwürfen und unter Leitung des Baurats Herrmann errichtet worden und bietet für 1200 Schülerinnen Platz. Die Schule, die vor sieben Jahren mit 64 Schülerinmen eröffnet wurde, ist heute mit 850 Zöglingen die größte höhere Mädchenkule in ganz Preußen.

Eine mehrfache Betriebsstörung entstand am Montagmittag auf der Wanneseebahn. Zwischen Schlahtensee und Zehlendorf entgleiste die Lokomotive eines Güterzuges, welche sich quer über den Bahnsörper legte und dadurch beide Gleise verstopfte. Die nach Potsdam, Kowalew-Reudorfer und Neubabelsberg fahrenden Passagiere des um 11 Uhr 20 Minuten von Berlin abgefahrenen Wanneseebahnzuges wurden in Zehlendorf über die Gleise hinweggeführt und veranlaßt, den um 12 Uhr 55 Minuten vom Potsdamer Hauptbahnhof in Berlin abgehenden D-Zug, der in Zehlendorf halten mußte, zu besetzen, was älteren Leuten und Personen mit Gepäck bei der Höhe der Trittbretter viele Schwierigkeiten machte. In Neubabelsberg hielt dann noch einmal der D-Zug zum Absetzen der Passagiere, während die Kowalew-Reudorfer bis Potsdam mitgenommen und von hier nach ihrem Bestimmungsorte zurückbefördert wurden. Mit den übrigen zwischen Zehlendorf und Potsdam belegenen Stationen der Wanneseebahn war der direkte Verkehr lange Zeit unterbrochen. Menschen wurden durch die Entgleisung nicht verletzt; auch der Materialschaden ist nur gering.

**Pankow und die Straßenbahn.** Die Direktion der Straßenbahn schreibt uns: In Ihrer gestrigen Zeitung vom 11. d. Mts. ist ein Artikel über ein an die Große Berliner Straßenbahn gerichtetes Protestschreiben der Gemeinde Pankow gegen die Erhöhung der Straßenbahnabonnements enthalten und auf ein Antwortschreiben der diesseitigen Verwaltung hingewiesen, in dem die Erhöhung der Straßenbahnabonnements der Aufsichtsbekörden vor der Abnennentspreihung verständig habe. Zur Nichtigstellung bemerken wir ergebnis, daß wir bisher von der Gemeinde Pankow weder ein Protestschreiben gegen die Erhöhung des Abnennentspreises erhalten, noch dertelben mitgeteilt haben, daß wir uns des vorherigen Einverständnis der Aufsichtsbekörden zur Erhöhung der Abnennentspreise versichert hätten.

**Aus der glücklichen Vorortgemeinde.** Ein beneidenswerter Vorort ist die Gemeinde Grunewald; sie hat im Staatsjahre 1903 einen Ueberfluß von 89 091 M. erzielt und damit den zehnten Teil des in den Voranschlag eingestellten Betrages gespart. Die Mehreinnahmen belaufen sich auf 44 036 M. und die Ersparnisse in den Ausgaben auf 38 545 M. Von allen Berliner Vororten erhebt Grunewald den geringsten Satz an Gemeinde-Einkommensteuern, er beträgt nur 15 Proz. der Staats-Einkommensteuer. Die an den Kreis abzuführenden, sich auf 30 Proz. stellenden Abgaben werden nicht besonders erhoben, sondern aus den Gemeindecinnahmen entrichtet. — Auch die Gemeinde Grunewald hat jetzt ihren Schullokal. Dort hat die Gemeinde mit großen Kosten ein schönes Schulhaus erbaut und, da Säle in der Kolonie für Verammlungen und so weiter nicht vorhanden sind, bei der Erbauung einen Saal zur allgemeinen Benutzung vorgesehen. Der Saal ist denn auch anfänglich zu verschiedenen Zwecken benutzt worden. Als kürzlich die Gemeinde ihre Erlaubnis erteilte, daß der Saal abends auch für den Tanzunterricht benutzt werden könne, verzweigte der Rektor die Organe des Saales.

Die Zahl von 50 000 Einwohnern ist jetzt von unserem Vorort Lichtenberg überschritten worden. Nach den letzten Zählungen wohnen in dem Dorfe jetzt 50 800 Einwohner.

## Gerichts-Zeitung.

**„Mädchenopfer in deutschen Krankenhäusern.“** Eine Aufsehen erregende Angelegenheit kommt jetzt zum zweitenmal vor die Strafkammer des Landgerichts Hamburg. Es wird und darüber aus Hamburg geschrieben: Nicht weniger als 120 Personen, zumeist Direktoren, Leiter und Ärzte sozialistischer und sozialistischer Krankenhäuser, sowie zahlreiche Krankenschwestern und Pflegerinnen sind als Zeugen zu diesem Prozeß geladen, der sich mit argen Mißständen in bezug auf die Pflege von kranken Männern durch jugendliche Krankenschwestern in zahlreichen deutschen Krankenhäusern beschäftigt und sich gegen: 1. den Redakteur Karl Cleemann aus Ködlin; 2. den früheren Rechtsanwält Dr. August Roosen aus München; 3. den Schriftsteller Karl Lembke aus Berlin und 4. den Fabrikanten Chemiker Dr. Sandow aus Hamburg richtet.

Der Prozeß ist eine Folge der sensationellen, im Jahre 1902 in Berlin erschienenen Broschüren: „Mädchenopfer, die Schwefelsteine an Männern; eine Anklagechrift und ein Rahmwort an Eltern und Erzieher“, und „Unter dem Dedmantel der Barmherzigkeit“, deren Erscheinen seinerzeit einen Sturm der Entrüstung hervorrief und in denen der Leiter der Hamburger Staats-Arkrankenanstalten Professor Dr. Lönkerh und Dr. Dencke, sowie die Schwestern des „Schwesternvereins für die Hamburger Staats-Arkrankenanstalten“ auf das schärfste angegriffen wurden, und zwar beide Teile in bezug auf ihre angeblich höchst lazen Anschauungen betreffs Sittlichkeit und Schwabastigkeit. Es wurde in den Broschüren vornehmlich getadelt, daß in vielen deutschen Krankenhäusern, speziell auch in den Hamburger Staats-Arkrankenanstalten junge Mädchen von kaum 18 Jahren zur Männerpflege verwendet und ihnen dabei Dienstleistungen zugemutet würden, deren nähere Bezeichnung der Anstalt verbietet. Als Ueberb dieser Broschüren kamen die Angeklagten Dr. Sandow, Dr. Roosen und Lembke in Betracht, während der vierte Angeklagte, Redakteur Cleemann, der Urheberchaft eines den Inhalt dieser Schriften weiterverbreitenden Artikels in dem „Hamburger Bezirksanzeiger“ beschuldigt ist, der die Ueberläst „Vertuschungssystem in der Hamburger Verwaltung“ trug und der sich mit den Maßnahmen beschäftigte, die aus Anlaß der in den Broschüren erhobenen Beschuldigungen von den zuständigen Behörden in Preußen und in Hamburg getroffen waren. Alle fünf Angeklagten hatten sich wegen der in den Broschüren bezog. dem Zeitungsartikel „usgestellten Behauptungen bereits im

Juni d. J. vor Gericht zu verantworten und es erfolgte damals nach kurzer Verhandlung ihre Verurteilung zu kleinen Geld- bzw. Haftstrafen. Das ergangene Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht aufgehoben, da eine Beweisaufnahme über die in den Broschüren aufgestellten Behauptungen nicht stattgefunden hatte. Nachdem dieser nunmehr in ausgedehntem Maße Raum gegeben worden ist, nahm die Verhandlung nach der im März d. J. nach dreitägiger Sitzung erfolgten Vertagung heute unter großen Andrang des Publikums ihren Anfang. Wir werden darüber berichten.

**Wegen jahrelanglicher Körperverletzung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen** mußte sich gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II der Arbeiter Splitter verantworten. Am 5. April d. J. kam das Automobil des Prinzen, das mit noch drei Personen, dem Major von Rathenow, dem Oberleutnant Jurisch und dem Sergeanten Schulz vom Eisenbahn-Regiment Nr. 1 besetzt war, durch die Habsburgerstraße und sollte im Bogen zur Höhenstaufenstraße einfahren. Dabei erfolgte ein Zusammenstoß mit einem Eiswagen, der vom Angeklagten Splitter geführt wurde. Dabei stieß der Säerbaum des Eiswagens in die Seitenwand des Automobils und traf den Prinzen, dessen Sitzplatz neben dem steuernden Oberleutnant Jurisch zur Linken war, in die Seite. Der Prinz erlitt eine schmerzhaft Quetschwunde, die acht Tage lang eine ärztliche Behandlung erforderte. Der Angeklagte behauptete, alles getan zu haben, um der Unfall zu verhüten. Er habe die gerade Richtung etwas verlassen müssen, um einen ihm entgegenkommenden, mit Gasröhren beladenen Wagen auszuweichen. Demgegenüber behauptete Oberleutnant Jurisch, daß dieser Wagen längst vorbei gewesen sei. Durch die weitere Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hatte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, der Gerichtshof belieh es bei einer Geldstrafe von 100 M. event. 20 Tagen Gefängnis.

**Ein Raubspiel zum Koniger Prozeß.** In der Privatklage, die der Schlosser Berg, der Schwager Mahloß, wegen Verleumdung gegen mehrere Redakteure angehängt hatte, wurde vorgestern das Urteil gefällt. Es lautete gegen Redakteur Wendisch von der „Dtsch. Presse“ in Bromberg, gegen Redakteur Wehling von den „Neuest. Nachr.“ in Danzig und gegen Redakteur Wendig in Elbing auf je 300 Mark Geldstrafe. Redakteur Zimmermann, der Herausgeber der „Preuß. Korresp.“, als Hauptschuldiger, wurde zu 500 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Das Verfahren gegen den mitangeklagten Redakteur der „Berliner Morgen-Zeitung“, vertreten durch Rechtsanwalt Rosse, wurde eingestellt.

## Vermischtes.

**Montreal.** Beim Bau eines Tunnels in St. Claire verlagte plötzlich die Luftpumpe. Sechs Arbeiter erstickten.

**Explosion.** Birningham. Die Gasfabrik in Salford ist in die Luft geflogen. Die Detonation war bis auf 20 Kilometer zu hören. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt. Ein Fünftel ist verschunden. Man nimmt an, daß er bei der Explosion seinen Tod gefunden hat. Die Bahnlinie hat stark gelitten. Ein Bahnbeamter wurde durch umherfliegende Trümmer getötet. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Der Schaden beträgt über 1 Million.

**Übermal eine Eisenbahn-Katastrophe in Amerika.** Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus New York, daß bei einem Eisenbahn-Zusammenstoß auf der Missouri-Pacificbahn bei Warrensburg (Missouri) 33 Personen getötet und 30 verletzt worden sind. Der Zusammenstoß geschah dem „Daily Telegraph“ zufolge in einem engen Einschnitt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Zugführer des Güterzuges, der den Passagierzug vorbeilassen mußte. Die Lokomotive des Passagierzuges wurde durch den schweren Güterzug in den vorderen Passagierwagen getrieben, den der Tender vollständig durchschnitt. Alle Insassen dieses Wagens wurden dabei getötet oder verunndelt; die übrigen Wagen, mit Ausnahme des letzten, wurden stark beschädigt, die Passagiere kamen mit geringen Verletzungen davon.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 2. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Rippische Kolonialkrieg. — Ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Entwicklung. Von C. Legien. — Die Kartelle und der Juristentag. Von J. Herman. — Die Geschichtstheorie und Philosophie des Sozialismus. Von Viktor-Bar. — Die gewerkschaftlichen Bestrebungen. Von Emanuel Baum. (Schluß.) — Literarische Rundschau: R. Leidenberg, Parlamentarismus und Generalstreik. Von R. Kautsky. Dr. Dugo Herz, Die Heimarbeit und der Kolonial der Heimarbeit in der mährischen Textilindustrie. Von ad. Dr. Dr. Karl Erdmann. Der Kolonialkrieg des gewerkschaftlichen Arbeiters nach ökonomischer Sicht. Von ad. Dr. A. Asturaro. Il materialismo storico e la sociologia generale. Von Erwin Szabo. Dr. W. R. Wehrmann, Das Verlagswesen der Kaufhaer Glaswarenindustrie und seine Reformierung (Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns). Von ad. Dr. — Notizen: Die drahtlose Telegraphie in Amerika. Von J. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post mit pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**„Säbdenischer Postillon.“** Die Nummer 21 bringt als Titelbild: Die erste Frage. — Ein Sieg der russischen Armee im fernem Osten — Ein ernstes Wort (Bild). — Schlußbild in Korbbdruck: Fernwächtig eingeladen. — Aus dem aktuellen, satirisch-humoristischen Inhalt heben wir besonders hervor: Serbische Königskrone (Gebicht). — Der ruhige Parteilag (Gebicht). — Briefe aus Söhlen. — Der Abberich hat dieinsel seine Tagesblätter illustriert. — Inmortalismus Ende (Gebicht). — Keine Reichsgerichtstermine und eine reiche Wahl treifflüster kleiner Beiträge zc. darunter Herberts Grabchrift. Die Nummer des im Verlage von R. Ernst erscheinenden „Säbdenischen Postillon“ kostet bekanntlich 10 Pf., das Quartals-Abonnement 65 Pf.

**Marktpreise von Berlin am 10. Oktober.** Nach Ermittlungen des Igl. Folgei-Broschürens. Jahr 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,60-17,56 M., mittel 17,52-17,48 M., geringe 17,44-17,40 M. Roggen\*\*), gute Sorte 09,00-09,00 M., mittel 13,88-13,82 M., geringe 13,81-13,80 M. Futtergerste\*\*), gute Sorte 15,50-14,40 M., mittel 14,30 bis 13,20 M., geringe 13,20-12,20 M. Hafer\*\*), gute Sorte 16,40-15,50 M., mittel 15,40-14,60 M., geringe 14,50-13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Speiseerbsen, weiße 50,00-25,00 M. Linen 60,00-38,00 M. Kartoffeln 10,00-7,00 M. Weizenroh 0,00-0,00 M. Ger 0,00-0,00 M. Für ein Allogramm Butter 2,50-2,60 M. Eier der Schoß 4,50-3,20 M. \*) Zwei Wagen und ad. Bahn. \*\*) ab Bahn.

**Wasserstand am 10. Oktober.** Elbe bei Müßig — 0,40 Meter, bei Dresden — 1,96 Meter, bei Magdeburg + 0,20 Meter. — Ustrut bei Strahmunt + 0,90 Meter. — Oder bei Rastow + 1,44 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,70 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,48 Meter, bei Frankfurt — 1,10 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,16 Meter. — Warthe bei Pölen — 0,16 Meter. Nege bei Uß — 1,10 Meter.

## Witterungsübersicht vom 11. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Eintrieds.	772	DND	1	wollig	Haparanda	765	G	2	bedekt
Hamburg	772	SW	1	Neel	Betersburg	776	SW	1	wollent
Berlin	770	ND	2	beiter	Eest				
Frankf. a. M.	768	R	4	bedekt	Aberdeen	762	SW	2	wollig
München	764	SW	1	Regen	Paris	769	ND	2	wollent
Wien	762	SW	2	Regen					

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Oktober 1904.** Nachts wärmer, am Tage etwas kühler, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Rosenthaler Str. 9  
Ecke Auguststrasse:

# Eröffnung

Rosenthaler Str. 9  
Ecke Auguststrasse:

parterre und I. Etage

des

parterre und I. Etage.

## Herren- u. Knaben-Konfektions-Hauses

# E. Süsskind & Co.

### heute nachmittag 5 Uhr

Spezial-Abteilung für eleganteste Massanfertigung.

Streng feste Preise!

Streng feste Preise!

## Mainz. — Berlin. — Mülhausen i. E.

Jeder Käufer erhält bei Einkauf eines Herren-Anzuges oder Paletots in der Eröffnungswche einen **Sous**, der beim **nächsten Einkauf** an unserer Kasse mit **3 Mark** in Zahlung genommen wird.

### Ueberrascht

sind unsere w. Kunden nicht nur von der vornehmen, gediegenen Herstellung unserer Fabrikate, sondern auch von den beispiellos billigen Preisen.

Wir offerieren, so lange der Vorrat reicht, unsere

**Spezialmarken:**

**Winter-Paletot „Treffer II“** aus dunkelgrün feinem Marenge od. solid gestr. mit gutem kariertem Plaidfutter, einreih. m. verdeckter Leiste, sämtl. Nähte zweimal gestoppt, Sammetkragen u. Windlitze Mk. 18,—  
**Winter-Paletot „Treffer I“**, derselbe aus besserer verarbeitet. Ersatz für Maß. Mk. 28,—

**Winter-Paletot „Komet“** aus fein mel. glattem solid Oberstoff, sehr eleg. verarb. u. ausgestattet, höchst von Maßschneid. hergestellt, Ersatz f. Maß. Mk. 36,—

**Winter-Joppen** aus Loden, Marenge oder Double, mit Plaid- oder Lammfell-imit gefüttert, von Mk. 5,75, 7,—, 10,—, 12,—, 15,—.

Eine Besichtigung unserer Fabrikate dürfte jeden von der Wahrheit unserer Offerte überzeugen.

Die Preise sind streng fest und auch auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

### Heitinger & Co., Deutsche Compagnie

Berlin SO., Oranien-Strasse 40/41.  
Preisliste gratis und franko.

### Möbelverkauf

Beste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik **Schönebergstr. 2**, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 R., hochlegante Einrichtungen bis zu 10 000 R. und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Einmal billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verbleibenden gemessenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. auch Kuchbaum, Salon, Almhagorn, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 3992\*

### Technikum Elektra

Berlin SO., Neanderstr. 4.  
**Abendkurs für Automobilfahrer**  
(Chauffeurs). Theoretische und praktische Ausbildung. Man verlange Prospekt.

Garantiere sprechende Ähnlichkeit, andernfalls zahle Geld zurück.

### Für 2 Mark 15 Pfg.

Liefere ich ein **10113** **Portrait** in fast **Lebensgröße** nach jeder, selbst vergriffenen Photographie. Senden Sie letztere an **Durro, Charlottenburg, Gutenberg-Strasse 1.**

### !! Von 36 Mk. an !!

Bester Herrenanzug, neueste Muster, feinste Aufbaten, 2 Anproben. Für guten Sitz belam goldene Medaille. **Ludwig Engel**, Prenzlauerstraße Nr. 23 II (Alexanderplatz). Nur gute reinerwollene Stoffe, großes Lager.

### Schloßpark Wilhelminenhof

a. d. Obersee. Inh.: **Chr. Fennel**. Jeden Mittwoch und Sonntag: **Großer Elite-Ball**. 5122\* Jeden Freitag: **Bernhard Rose-Theater**.

### Steppdecken

kauft man am preiswertesten aus direkt in der Fabrik. **72 Wollstr. 72**, wo auch alle **Steppdecken** aufgearbeitet werden. **E. Girshmandel, Berlin 14**. Musterierter Preis-Katalog gratis.

### Zähne

2 W. Teils. 10jähr. Garantie. Schmerz. Zahnp. 1 R. Plomb. 1 R. Dr. d. a. **Schrader**, Landbergerstr. 69. (Gold. Medaille.)

Jedes **5 Pfennig**. Wort: **5** Das erste fertiggedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr, in der Haupt-Expedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Zweitbilliger Bettenverkauf**, Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Zweitbilliger Paletotverkauf**, Jacketanzüge, Gendarmen, Damen-garderoben bemerkenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Zweitbillige Teppiche, Steppdecken**, Anlette, Aussteuerische, Wiederverkäufer vorrätigste Einfanfsquelle. Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Regulatoren**, Freischwinger, Taschenrechner, flammverwendend Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Wichtig!** Empfehlungswerte Einfanfsquelle Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Brautleute!** Trauringe, Damenschuhren, Herrenschuhren, Schmuckstücke, Herrenketten, Damenketten, Spottbillig, Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Bettenverkauf**, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Vorhänge, Steppdecken, Teppiche, Stühle, Tischdecken, Garderoben, Anlette, Gardinenreste, Regulatoren, Freischwinger, Pfandleihhaus Weidenweg neuziehen. +54\*  
**Betten, Wäsche, Tischdecken, Bilder**, Spiegel, Möbel, Regulatoren, Remontolubren spottbillig, Leibhaus Reanderstraße 6. 33/6\*  
**Betten, Wäsche, Tischdecken, Bilder**, Spiegel, Möbel, Regulatoren, Remontolubren spottbillig, Leibhaus Grüner Weg 113. 33/9\*  
**Teppiche, Steppdecken, Gardinen**, Vorhänge spottbillig, Leibhaus Reanderstraße 6. 33/6\*  
**Geliebte Kleider**: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig, Lude, Oranienstraße 131.  
**Cyberländer, Koffer, Revolver**, Taschenrechner, Bismarck, Garmonikas, Gelben spottbillig, Lude, Oranienstraße 131. 2034\*  
**Reihzeuge, Uhren, Ketten, Ringe**, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, spottbillig, Lude, Oranienstraße 131.  
**Schneidwaren Herren - Anzüge**, Winterpaletots, vorzüglich, aus feinsten Stoffen, 18,00—38,00. Deutsches Pfandleihhaus, Nagerstraße 63 I. \*  
**Anabenanzüge, Paletots, Wäsche**, Herrenkleider, verkauft man am billigsten Otto Hoffmann, Veteranenstraße 14. 25345\*  
**Rosenberg, Kostümbücherei** 98, Rosenstraße, Wäsche, Kleider, Kleiderauswahl, Spottpreise. 25219\***Tambourier - Maschinen** „Gode-meyer“, alleinst. Fabrikant C. Gode-meyer, Gode-meyerstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 175\*

**Ringschiffchen, Bobbin, Schneid-näher**, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Postkarte genügt. Köpplingerstraße 60/61. Große Prant-luxerstraße 43. Prenzlauerstraße 59/60.  
**Gardinenhaus** Große Frankfurter-straße 9, parterre. +37\*  
**Rosenberg, Kostümbücherei** 98, Knaben - Anzüge, Knaben - Paletots, Joppen, Kleiderauswahl, Spottpreise.  
**Rosenberg, Kostümbücherei** 98, Damenanzüge, Damencapes, Damen-röcke, Damenblusen, Kleiderauswahl, Spottpreise.  
**Rosenberg, Kostümbücherei** 98, Reste zu Damenanzügen, Reste zu Knabenanzügen, Reste aller Art, Aufschnitt gratis; enorme Auswahl, Spottpreise.  
**Reichgehirte** Vorhänge, Woll 7,50, Tuch 9,00, Tisch 10,50, die komplette Dekorallon, Teppichhaus Emil Lejndre, Oranienstraße 158. \*  
**Teppiche**, größte Auswahl, Hän-diger Vorrat mehrerer 1000 Stück! Am besten und billigsten direkt ab-fabrikant Berlin-Schöneberg, Mutter-lager Hauptstraße 5/6. Einzelne Muster-teppiche werden für circa die Hälfte des regulären Listenpreises zum Ver-kauf gebracht. Verkauf derselben findet jedoch nur in der Engros-Ab-teilung wöchentlich nachmittags von 2 bis 7 Uhr statt. 25419\*  
**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dofelcher Markt 4, Bahnhof Börje. 142/13\*  
**Tafel**, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 28\*  
**Möbelverkauf** in meiner Möbel-fabrik Bahstraße 80—81, nahe Spittel-markt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurück-gebliebene und verbleibende gewese-ne Möbel, die wie neu sind, Kleiderstü-be, Vertikals 27,00, Ausziehisch 16, Kuchel-bettstelle mit Federmatratzen und Kellischen 36, Tischleuchte 50, Panee-loja 70, Wachsleuchte 20, Kuchel-bett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 38/16\*  
**Teppiche mit Federbetten** Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
**Schneidwaren Herrenanzüge** und Paletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonn-tag. Pfandleihhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfandien.  
**Fahrräder**, Teilzahlungen, hundert-längste in Mark, Invaldenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlger-straße 40. 48\*  
**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Ge-braucht spottbillig. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ring-bahnhof. Alt-Vorhagen 4, Ecke Neue Bahnhofsstraße. +142\*

**Teilzahlung**, Teppiche, Betten, Stepp-decken, Gardinen, Vorhänge, Regu-latoren, Remontolubren, Bilder, Spiegel, Möbel spottbillig, Leibhaus Grüner Weg 113 und Reanderstraße 6.  
**Gasofenhaus!** Einlochgas-ofen! 0,80. Zweilochgasofen! 3,00. Dreilochgasofen! Gasbratpfannen! 6,00. Gasbügelpapier! Gasplättchen (spott-billig)! Gaslauer, Galmerscheiter-straße 32. 388\*  
**Bronzegasofen!** dreifach! 6,00. Dreilochgasofen! 17,00. Schmelzofen-Gasbeleuchtung spottbillig, Wohlauer, Galmerscheiterstraße 32. 388\*  
**Felucines** österreichisches Hammel-schafwolle 9 Pfund franco 4 Mark. E. de Beer, Guden 4. 37/16\*  
**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
**Reparatur**, guter Umzug, sofort billig veranlassen, Ertragen Schöne-manna, Stahlstraße 7. 2056b  
**Schankgeschäft**, Baugegend, große Wohnung, passend für Anfänger, billig veranlassen, Rigdorf, Kaiser Friedrichstraße 176. 2033b  
**Bronzegasofen**, dreifach! 6,00, Luxen 1,50, Bandarme 0,65, Gas-ofen 0,75, Gasplättchen 2,25, Schröder, Hochstraße 43. 20709\*  
**Geliebte Kleider!** Ganz neu: Ein Sattelstuhlfloß, ein Steppdeck-ausziehisch, vier Balkenstühle, ein Aquarium, ein Fahrrad, Brangel-straße 78, Restaurant. +23  
**Zingermaschine**, tadellos, 14,00, Mühlengergstraße 10, Restaurant.  
**Plätterei** verkauft Strohger-straße 4. +67  
**Haarölmittel** 0,50, unbeder-rogen, Winterfeldt, Anrlstraße 27.  
**Besseres** Obige Geschäft krankheits-halter veranlassen, Oranienstraße 45.  
**Mechanische** Schraubenfabrik ver-laus! Koch, Klaberstraße 63, Berlin.  
**Eisenfenster**, gebraucht, neue 2,00 an. Dauerbeandfen 11,00. Cabé-phen, Germania, Gassen 6,00. Kochmaschinen 14,00. Schröder, Hoch-straße 43. 20696\*  
**Nähmaschinen**, Jable bis 10/00 bei Kauf oder Rückweis. Alle Systeme. Teilzahlung, Postkarte bitte. Trau-mann, Waldemarstraße 79. 2079b  
**Fahrrad** umständelhalber spott-billig, Wienerstraße 87, Restaurant.  
**Schiffroller**, Jungbühne 5,00, Baum, Thormerstraße 34. +67  
**Komplette** Bohnung-Einrichtung für Brautleute, Wäsche, Bett, 32,00, Paneele 65,00, Facettenturm mit Stufe 34,00, grün Wöben-Küchen-buffet, Garderobenschrank, Einzelne Gegenstände kolossal billig. Möbel-sprecher, Brunnenstraße 30. 2076b  
**Möbel**, elegante 6 Zimmer, gut erhalten, verkauft spottbillig, auch einzeln, Händler werden, Kellerei-straße 29 II links. 39/1

**Nähmaschinen** aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. fünf-Jahre Garantie. Unterricht im Steichen, Stopfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Kiderstraße 113, Al-lvorhagen 4, Frankfurter Allee 10.  
**Nähmaschinen**, Jable bis 10 R., wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme, Woche 1,00. (Postkarte). Vorhagen, Forndorfer-straße 60. +54\*  
**Vorfährige** Herren-Jacketanzüge, neu, stilvoll, Radleranzug, Gendarm-anzug, Winterpaletot, zwei Hosen, fast neuer Bikampel schicklich, Duffel-Rohrenpreis, Schneiderei Prenzlauer-straße 23, II. 38/19  
**Geliebte Kleider!** 180 Ruten, Hauptstraße einer neuen Kolonie, große Auswahl, Dittmar, Quaderstr. 12 Mark, verkauft sofort Grabe, Bernauerstraße 21. +108\*  
**Reparatur** wegen anderer Unter-nehmungen zu verkaufen. Vereine, Rahlstellen, Billige Miete. Kaufmann, Bernauerstraße 18/19. +23/16  
**Grüntrange** verbunden mit lebhaftem Brennmaterialienhandel an der Hauptverkehrsstraße in westlichem Vorort ist wegen Restbeständen des Verlegers preiswert zu verkaufen. Offerten postlagernd Friedenau unter E. M. 17 erbeten. 20736

**Bereitszimmer** mit Piano, bis 50 Personen, Telephon C., Oranienstraße 21, Reichmarkt. 9K\*  
**Patentanwalt** Dammann, Oranienstraße 67, Postplatz. Rat in Patentfällen. 20665\*  
**Bereitszimmer** noch einige Tage frei, Alt-Reich 46. 20336\*  
**Handwerker**, Algebra (Buchstaben-Rechnen), später Rechnung pp., leicht Techniker. Abendkurs, acht Stunden monatlich, 3 Mark. Schneid, Födernd, Dresden A. W., Postamt 26, SO. \*  
**Wäsche** wird sauber gewaschen, Tafeln, Leibwäsche 0,10, Abholung Sonnabend und Montag, Frau Lehmann, Köpenick, Altmarkt 69.  
**Bereitszimmer** für Mittwoch und Freitag, eventuell auch mit Klavier, zu vergeben Wangenstraße 78. +23\*  
**Restaurant** und Kaffeehaus von Julius Bernau, Schwedische 23/24. Der Genserkaffee, Sportvereine etc. empfehle ich zur nächsten Saison meine neu renovierten großen und kleinen Säle zur gefälligen Benutzung. 608\*

**Rechenverdienst** für jedermann. Auskunft gratis. Herrn. Wolf, Zwickau, Reichstraße 44. 18665\*  
**Tüchtige** Marmorarbeiter verlangt H. Knorr, Reichenberg, Faltendörfer-straße 7. +54  
**Maler** auf Einmalarbeiten verlangt Landeshausen, Fingertstraße 99.  
**Tüchtige** Malermeister für dauernde Beschäftigung verlangt Albert Spielke, Alexanderstraße 25. 20625  
**Mechaniker**, junger, gelernt. Großgörschenstraße 9. 20615  
**Plattenleger** auf Glasplatten werden sofort eingestellt bei dauernder Beschäftigung. Postfach, Faltendörfer 78, Arnswald, Postfachstraße 36. 20685  
**Parfumschneidern**, tüchtige, verlangt Max Leonhard, Schlesische-straße 31. +23  
**Schneiderin** und Lehrschneidern verlangt Schimmer, Große Hamburger-straße 1. 20825  
**Liefermädchen** verlangt Blumen-straße 35, parterre. +54  
**Wägen- und Wagnon-Mechaniker** finden dauernde Stellung bei gutem Lohn in einer neu errichteten Arbeits-stube Reubenstraße 6, III. links.  
**Cigaretten**-Arbeiterin verlangt Ben Schira, Grefenbühnenstraße 14.  
**Frau** zum Ausfragen von Bau-matern verlangt Wädel, Altonaer-straße 24. 20576  
**Strickwaren-Liefermädchen**, gerade eingeleitete, verlangt bei sofortiger Vergütung Ruhmann, Kellerei 53. Vorstellung nur mit Eltern oder Vormund. 20676  
**Vaderinnen** für Damen und Jungen, Etchedeln gesucht. William Braun, Neue Friedrichstraße 9—10. 20800  
**Kinderwärterinnen** verlangt Richardson, Fingertstr., Gendarmenstraße 65/67. 146/15\*  
**Maschinen**-Arbeiterin verlangt Seeger, Kolbergerstraße 3. 20526\*

### Vermietungen.

**Zimmer**.  
**Balkonzimmer**, zwei Herren, vermietet Gendarmenstraße 6, eine Treppe rechts. +54  
**Schlafstellen**.  
**Möblierte** Schlafstelle am Meinhof (solber anständiger Herr) zu vermieten in der Nähe Köpenicker-straße. Offerten: Z. 100, Postamt 33.  
**Junger Mann** sucht Teilnehmer für bessere Schlafstelle. Köpenickerstraße 96, Vorderhaus II. 20745  
**Schlafstelle** sofort Schlaf, Brunnen-straße 151, Seitenflügel III. +133  
**Schlafstelle**, möbliert, separat, Kammer, Kellerei 5, Quer-gebäude 1, anständige Dame oder Herr. +67  
**Möblierte** Schlafstelle, Albrecht, Oberbergerstraße 35, III. +67  
**Möblierte** Schlafstelle, Genosse zum Mitbewohnen, bei Nacht, Wasser-torstraße 75, vorn IV. 20556

### Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche**.  
**Sumorist** Max Schmeider wohnt Steilenerstraße 57. +107\*  
**Stellenangebote**.  
**Grundrieger** verlangen Deutsch u. Lachmann, Pflügerstraße 18. 20855  
**Schlosser** auf Fenster und Türen verlangt Schmidt, Postfach 149. 20556

### 50 Arbeiter

verlangt sofort Anleitung am **Königsdamm, Siemens-Werk**.

### Achtung! Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter!

Beim Differenzieren sind die Firmen **M. & F. Berndt, Warschauer-straße 78**, und **Lühr & Wiese Nachfolger** Mühlendörferstraße 26, gebürt. 75/20\* Der Vorstand. Singer & Co., Berlin SW.



An die Arbeiterschaft Berlins!

Achtung! Gewerbegerichts-Wahl

am Sonntag, den 16. Oktober, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags.

Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des vom Magistrat festgesetzten Verteilungsplanes das zweite Drittel der Gewerbegerichts-Beisitzer aus. Die Ergänzungswahl findet infolgedessen für 16 Wahlbezirke statt. Zu wählen sind 70 Beisitzer.

Wahlberechtigung.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder Beschäftigung hat.

Darunter ist zu verstehen, daß jeder Arbeiter, wenn er auch nur einen Tag am Orte wohnt oder beschäftigt ist, wahlberechtigt ist. Personen, welche nicht in Berlin wohnen, aber ihre Beschäftigung hier haben, wählen im Bezirk ihrer Beschäftigung, dagegen die in Berlin wohnenden Personen in ihrem Wohnbezirk.

Hausgewerbetreibende sind wahlberechtigt und wählbar als Arbeiter, sofern sie nicht selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und nicht gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen:

- a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,
b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben,
c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind,
d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81 b Nr. 4 und der §§ 91 bis 91 b der Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Wahllegitimation.

Für die Arbeiter werden keine Wahllisten zum Zwecke der Wahlen angelegt, es genügt vielmehr ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde (Polizei-

revier des Wahlbezirks), durch welches dem Arbeiter bestätigt wird, daß er zur Zeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Diese Zeugnisse oder Wahllegitimationen werden vom Magistrat herausgegeben und sind vom 1. Oktober an in allen Verbandsbüros, im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, 2. Eingang, 9-1, 6-8 Uhr, und im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, Zimmer 57, während der Dienststunden, 9-3 Uhr, zu haben.

Die Formulare enthalten außer dem auszufüllenden Datum vier Fragen. Diese sind von in Arbeit stehenden Personen sämtlich, von Arbeitslosen nur Frage 1 und 2, auszufüllen und alsdann dem Arbeitgeber oder der Polizei zur Unterschrift oder zum Stempel vorzulegen. Die Behörden sind angewiesen, diesem Wunsche nachzukommen. Jedoch empfiehlt es sich, in letzterem Falle einen Ausweis mitzunehmen.

Am Tage der Wahl ist die Wahllegitimation vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Die Wahl.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten sein, als im Bezirk zu wählen sind. Die Vervielfältigung der Stimmzettel erfolgt seitens der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Agitation.

Es empfiehlt sich für alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, in ihren Werkstätten usw. festzustellen, wieviel Wahlberechtigte dort arbeiten, alsdann für diese die nötige Anzahl Wahllegitimationen zu beschaffen, die Ausfüllung zu überwachen und die Abstempelung zu veranlassen. Desgleichen ist es notwendig, am Tage vor der Wahl die Wahlberechtigten an ihre Pflicht zu erinnern.

Organisierte Arbeiter, welche am Tage der Wahl helfen wollen, können sich in untenstehendem Bureau melden.

Um jeden Irrtum auszuschließen, haben wir nachstehend die weitgehendste Aufstellung der 16 Wahlbezirke und der dazu gehörigen Stadtbezirke, in denen gewählt wird, gemacht. Wir eruchen deswegen, dieses Blatt bis zur Wahl aufzubewahren.

Alle diesbezüglichen Anfragen werden im Gewerkschaftsbureau, „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, 2. Eingang, von 9-1 und 6-8 Uhr beantwortet.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

8. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 21-23 und 25-30.

- 21. Stadtbezirk: Anhaltstraße, Kochstr. 75, Königgräberstraße 118 bis 125, Prinz-Albrechtstraße, Wilhelmstr. 28-42, 43-56 und 82-115.
22. Stadtbezirk: Friedrichstraße 44-55 und 200-208, Krausenstraße 1, Maurerstr. 1-7 und 78-95, Schützenstr. 1-6 und 70-79, Wilhelmstraße 42a, Zimmerstr. 1-24 und 78-100.
23. Stadtbezirk: Charlottenstr. 13-22 und 73-82, Markgrafensstraße 21-30 und 66-78, Schützenstr. 6a-24 und 52-69, Zimmerstr. 25 bis 41 und 55-77.
25. Stadtbezirk: Jerusalemstr. 59-66, Junferstr. 2-21, Kochstraße 22-39 und 43-58, Lindenstr. 20-37 und 69-88, Markgrafenstr. 17 bis 30 und 79-84, Dranienstr. 99, Ritterstr. 60.
26. Stadtbezirk: Charlottenstr. 2-5, 8-12 und 83-98, Friedrichstraße 30-40 und 209-223, Kochstr. 1-21 und 59-74, Puttkamerstraße 2-22.
27. Stadtbezirk: Besseltstraße, Charlottenstr. 1, 6, 7 und 99, Endeplatz, Friedrichstr. 18-29 und 224-234, Hollmannstr. 19, Junferstr. 1, Lindenstr. 13-19 und 89-98, Markgrafenstr. 1-16 und 85-107.
28. Stadtbezirk: Belle-Allianceplatz, Friedrichstr. 1-17 und 285 bis 251, Wilmersstr. 109-113, Königgräberstr. 71-74, Lindenstr. 1-12 und 99-116, Reuenburgerstr. 1 und 42, Wilhelmstr. 1 und 148.
29. Stadtbezirk: Puttkamerstr. 1 und 23, Wilhelmstr. 1a-27 und 116 bis 147.
30. Stadtbezirk: Hedemannstraße, Königgräberstr. 75-117.

Wahllokal: Turnhalle der 27./44. Gemeindefchule, Wilhelmstraße 117.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Franz Thurota, Graveur, Rixdorf, Welterstr. 11.
2. Wilhelm Robn, Buchbinder-Hilfsarbeiter, Rixdorf, Erstr. 20.
3. Ernst Wintel, Schneider, Grenzwallstraße 218.
4. Reponat-Jaleski, Rechtsanw., Ludauerstr. 16.

6. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 40-42, 50-53 und 56.

- 40. Stadtbezirk: Hietoweststr. 1-8, Karlsbad ausschließlich 1, Körnerstr. 1 und 26, Köpenickerstr. 1-23 und 92-113, Potsdamerstr. 121, 121a-121k und 123b, Schöneberger Ufer 5-25.
41. Stadtbezirk: Demmeuistr. 1, Hietoweststr. 9-18, Körnerstr. 2-25, Etzingerstr. 1-24 und 64-94.
42. Stadtbezirk: Blumenthalstr. 20, Demmeuistr. 2-9 und 33-38, Körnerstr. 1-28 und 153-173a.
50. Stadtbezirk: Bernburgerstr. 19, Eichhorststr. 6 und 7, Hafensplatz 19, Königgräberstr. 13-17, Königin-Augustastr. 1-5, Köthenerstraße, Linstr. 1-44, Potsdamer Weg 8-6.
51. Stadtbezirk: Köpenicker Platz 1-4, Bernburgerstraße ausschließlich 18, Detschauerstraße, Hofenplatz ausschließlich 10, Königgräberstraße 18-35, Schönebergerstr. 1-13.
52. Stadtbezirk: Köpenicker Platz 5-7, Bahnhofsstraße, Großbeerenstraße 1, Halleischer Ufer 1-15, Halleischer Ufer 32 bis Ende, Kleinbeerenstr. 12 bis 15, Königgräberstr. 36-52, Köderstr. 1-25 und 124-147, Schönebergerstr. 30-34.
53. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 2-9 und 86-96, Halleischer Ufer 16 bis 28, Halleischer Ufer 1-31, Kleinbeerenstr. 1-11 und 15-29, Königgräberstr. 53-70.
56a. Stadtbezirk: Hornstr. 14, Lindenwälderstraße, Köderstr. 26 bis 52 und 93-123, Schönebergerstr. 19-24, Verlängerter Schönebergerstraße, Schöneberger Ufer 1-4, Zeltowstr. 38, Tempelhofer Ufer 25-37, Trebbinerstraße, Gartenburastraße 15 und 15a, Horststr. 24-35.
56b. Stadtbezirk: Saupferstraße, Großgörschenstr. 21-29, Kaplerstraße, Horststr. 36-42 und 49-56.

Wahllokal: Turnhalle der 99. Gemeindefchule, Steinmeßstr. 79.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Florian Tröger, Brauer, Steinmeßstr. 41.
2. Hermann Schöffler, Buchbinder, Oranienstr. 6.
3. August Schmidt, Holzarbeiter, Schönleinsstr. 11.
4. Hermann Hopp, Hausdiener, Plan-Ufer 39.

9. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 61-66 und 75.

- 61a. Stadtbezirk: Hildebrandstr. 2-24 und 26-44, Friesenstr. 13 und 14, Altdönerstr. 2-7, Kopfschtr. 1-9, Schwedenerstraße.

64b. Stadtbezirk: Brandstr. 8-25, Chamissoplatz, Am Chamissoplatz, Altdönerstr. 1 und 8, Kopfschtr. 10, Kottbuserstr. 29-31, Schenkenborstr. 4 und 5, Wilsbald Altdönerstr. 8-35.

- 65. Stadtbezirk: Bergmannstr. 1-21 und 68-112, Kottbuserstr. 26 bis 28 und 32-36, Schenkenborstr. 1-3 und 6-8, Solmsstr. 29-29, Am Tempelhofer Berg (Ostseite), Jossenerstr. 27.
66a. Stadtbezirk: Brandstr. 3-4, Bergmannstr. 22-32, Friesenstr. 1 und 27, Heilmstr. 1 und 25, Markensplatz, Rittenwalderstr. 29-40, Jossenerstr. 16-19, 22-26 und 28-36.
66b. Stadtbezirk: Brandstr. 1-2, 5-7 und 36-44, Hildebrandstr. 25, Friesenstr. 2-12 und 17-26, Heilmstr. 2-24, Jüterbogstr. 6-10, Wilsbald Altdönerstr. 1-7 und 36-43.
75a. Stadtbezirk: Bärwalderstr. 12-16 und 46-62, Blücherstr. 25-41 und 43-60, Jüterbogstr. 18-19, Schleiermacherstr. 1-18, Tempelhoferstraße 13 und 14, Urbanstr. 1-21 und 151-184.
75b. Stadtbezirk: Bärwalderstr. 17-45, Bergmannstr. 39-76, ausschließlich Nr. 52, Friesenstr. 15 und 16, Gneisenaustr. 35-53 und 56-80, Goltzenerstraße, Jüterbogstr. 1-5, Kaiser-Friedrichplatz, Lehmannstraße, Prinz August von Wittembergsstraße, Schleiermacherstraße von Gneisenaustraße bis Bergmannstraße (Nr. 19-26), Eißelstraße, Jähnsauerstraße.

Wahllokal: Turnhalle der 133./149. Gemeindefchule, Bergmannstr. 28/29.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Albert Rassin, Buchbinder, Mariendorferstr. 3.
2. Franz Roth, Gärtler, Tempelhoferstr. 10.
3. Georg Braun, Kellner, Urbanstr. 25.
4. Albert Bergmann, Buchbinder, Sorauerstr. 14.

12. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 79 und 87-94.

- 79. Stadtbezirk: Weigerstr. 1-2 und 38-47, Elisabeth-Ufer 1-13, Kottbuser Ufer 53-65.
87. Stadtbezirk: Admiralstraße ausschließlich 1, Weigerstraße 13-37, Kottbuserstraße 5, 7 und 8, Kottbuser Ufer 46-55.
88. Stadtbezirk: Kottbuserstr. 1-46, 6, 6a und 10a bis 22, Reichenbergerstr. 15-25 und 106-171.
89. Stadtbezirk: Mantuffelstr. 44, Mariannenstr. 12 und 42, Dranienstraße 206 und 207, Reichenbergerstr. 172 und 173, Etzingerstr. 14-35, 108-120 und 122-136.
90. Stadtbezirk: Kottbuserstr. 9 und 10, Kottbuser Ufer 45, Mariannenstr. 13-41, Reichenbergerstr. 26-38 und 153-165.
91. Stadtbezirk: Mantuffelstr. 45-56 und 73-83, Reichenbergerstraße 39-52 und 139-152.
92. Stadtbezirk: Kottbuser Ufer 31-44a, Mantuffelstr. 57-72.
93. Stadtbezirk: Kottbuser-Ufer 29 und 30, Laufferstr. 7-46, Reichenbergerstr. 53-54 und 137-139.
94. Stadtbezirk: Laufferstr. 1-6 und 47/48-52, Mantuffelstr. 84, Etzingerstr. 36-40 und 46 und 46a, Wienerstr. 1-15 und 63-69.

Wahllokal: Turnhalle der 50./68. Gemeindefchule, Reichenbergerstraße 44/45.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Paul Hoffmann, Maurer, Oppelnerstr. 22.
2. Wlaim Rößten, Former, Etzingerstr. 63/64.
3. Felix Rindt, Zimmerer, Sorauerstr. 11.
4. Johannes Deming, Vorleser, Köthenerstr. 73.
5. Ernst Zell, Drechslermeister, Polenerstr. 3.

15. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 109-113.

- 109. Stadtbezirk: Görlitzerstr. 62-75, Lübbenerstraße, Etzingerstraße 47-62, Brangelstr. 59.
110. Stadtbezirk: Glogauerstr. 1 und 34, Wödlitzerstr. 1-28, Wödlitzer-Ufer 17-20, Wiegnerstr. 43, Kottbuserstr. 1 und 21, Etzingerstr. 40b, Spreewald-Platz, Wendenstraße, Wienerstr. 15-21, 24-33, 33b-39 und 41-62. In diesem Bezirk gehört das Görlitzer Ehrenbald-Empfangsgebäude und der Görlitzer Bahnhof.
111. Stadtbezirk: Grünauerstraße, Kottbuser-Ufer 18-28, Reichenbergerstr. 55-63a und 127-136, Wienerstr. 22 und 23.
112a. Stadtbezirk: Forsterstr. 1-10a und 47-58, Wiegnerstr. 12, Reichenbergerstr. 111-126, Wienerstr. 30a.
112b. Stadtbezirk: Forsterstr. 11-46, Kottbuser-Ufer 12-17a, Wiegnerstr. 13-14, Reichenbergerstr. 64-78.
113a. Stadtbezirk: Kottbuser-Ufer 5-11, Wiegnerstr. 1-11 und 15-42, Reichenbergerstr. 77-85 und 105-110, Wienerstr. 40.

113b. Stadtbezirk: Glogauerstr. 2-33, Wödlitzer Ufer 21-26, Kottbuser Ufer 1-4a, Kottbuserstr. 2-20, Reichenbergerstr. 86-104.

Wahllokal: Turnhalle der 145./151. Gemeindefchule, Reichenbergerstr. 131/132.

Zu wählen sind 5 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Wilhelm Gelling, Klavierarbeiter, Raumstr. 71.
2. Karl Bergang, Former, Kottbuser Damm 72.
3. Karl Schulte, Buchbinder, Raumstr. 66.
4. Paul Reimann, Zimmerer, Brangelstr. 81.
5. Oskar Langnickel, Seiler, Forsterstr. 38.

18. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 122, 127-130, 135 und 143-144.

- 122. Stadtbezirk: Brandenburgstraße 17a-36 und 47-63, Jakobstraße, Raffkestraße 1-9 und 12-19, Ritterstraße 30-36, und 65-95.
127. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 38, 39 und 91, Alte Jakobstraße 27, 28 und 113-116, Kommandantenstr. 43, Dranienstr. 70-98 und 100-136.
128. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 40-43 und 87-90, Alte Jakobstraße 29-45 und 104-112, Kommandantenstr. 23-42 und 44-66, Altesackstraße.
129. Stadtbezirk: Beuthstr. 1-8 und 17-22, Neue Grünstr. 1-14 und 29-41, Alte Jakobstr. 103 und 103a, Kommandantenstr. 5-22 und 67 bis 79, Seidelstr. 4-16 und 19-30a.
130. Stadtbezirk: Durchgang von der Neuen Grünstraße zur Alten Jakobstraße, Alte Jakobstr. 46-62 und 83-102, Luisen-Kirchhof, Sebastianstraße 25-62, Seidelstr. 17-18, Etzingerstr. 17-47.
135. Stadtbezirk: Kantenstr. 11-40, Dresdenerstr. 55-92, Alte Jakobstr. 63-82, Neue Jakobstr. 15-16, Neue Köpstr. 1-4 und 21-24, Schillerstr. 1.

Wahllokal: Turnhalle der 47. Gemeindefchule, Etzingerstr. 54.

Zu wählen sind 4 Beisitzer.

Kandidaten:

- 1. Martin Heimhelt, Schneider, Reichenbergerstr. 145.
2. Otto Schult, Bergolder, Rixdorf, Steinmeßstr. 4.
3. Julius Hoffmann, Kellner, Dresdenerstr. 25.
4. Hermann Müller, Radler, Wienerstr. 38.

21. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 149 und 162-166.

- 149. Stadtbezirk: Andrastr. 68, Holzmarktstr. 19-24 und 43-51, Kraustr. 23-29 und 30a-34a, Langestr. 1-27 und 82-110, An der Michael-Brücke (Ostseite), Stadtbahnhofen 28-44.
162. Stadtbezirk: Andrastr. 29-44 und 47-59, Blumenstr. 34a bis 41 und 43-51, Grüner Weg 89-90, Kraustr. 53-54.
163. Stadtbezirk: Andrastr. 60, Kleine Andrastr. 23-31 und 91-101, Kraustr. 13 bis 15a, 17-22 und 35-46.
164. Stadtbezirk: Andrastr. 14-28 und 61-67, Grüner Weg 32 bis 44 und 75-85, Langestr. 29-35 und 74-81.
165. Stadtbezirk: Andrastr. 1-13 und 69-79, Breslauerstr. 1 bis 14 und 18-33, Holzmarktstr. 25-42, Kraustr. 30, Langestr. 28, An der Schillingstraße (westliche Seite), Stadtbahnhofen 1-27, Stralauer Platz 24 und 28.
166. Stadtbezirk: Breslauerstr. 15-16, Fruchtstr. 1-8 und 83-86, Koppenstr. 1-3a und 99-101, Rühlentstraße ausschließlich 1, Rummelsburger Platz, An der Schillingstraße (östliche Seite), Am Schleißchen Bahnhof, Stralauer Platz 1-23 und 29-35.
Wahllokal: Turnhalle der 18./125. Gemeindefchule, Koppenstr. 84.
Zu wählen sind 5 Beisitzer.
Kandidaten:
1. Heinrich Reuhaus, Wirt, Friesenstr. 51.
2. Karl Kraus, Drechslermeister, Polenerstr. 1.
3. Adolf Ritter, Schneider, Reichowstr. 12.
4. Louis Quasthoff, Bildhauer, Gr. Frankfurterstr. 30.
5. Eduard Jablonski, Kellner, Reichowstr. 2.



24. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 167, 175-178.

167a. Stadtbezirk: Bernauerstr. 12-25, Ehrenbergstr., Mühlstr. 1, Kugelstr., Am Oberbaum 1-2, Kottbuscher, Rudolphstr., Gelände der Ost- und Schlesischen Bahn vom Rudolphplatz bis Rudolphplatz, Stralauer Allee 1-4 und 34-38, Barthauser Platz, Am Barthauser Platz, Barthauserstr. 4-51.

175a. Stadtbezirk: Königsbergerstr. 2-14 und 25-33, Memelerstr. 39-55.

176. Stadtbezirk: Gubenerstr. 18 und 19, Memelerstr. 16-23 und 56-65, Polenerstr., Hübnersdorferstr. 52-53.

177. Stadtbezirk: Brombergerstr., Gubenerstr. 20-50 und von Romintenerstr. bis Barthauserstr., Kopernikusstr., Memelerstr. 1-15 und 66-85, Pöhlenerstr., Straße B und K, Kopalenerstr., Hübnersdorferstr. 54-71, Simon Dohlfstr., Straßen 4a, 13, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24 und 25 (Bl. XIV), Lorellstr., Barthauserstr. 16-33 und 52-72, Verhältnisse der Ostbahn.

178. Stadtbezirk: Bogdanienerstr., Cadinerstr., Graubenerstr. 2 bis 16, Littenauerstr. 3-20, Romintenerstr., Barthauserstr. 2-15 und 73-87.

Wahllokal: Turnhalle der 87. 98. Gemeindefschule, Memelerstr. 24/25. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. Max Wastutze, Stiller, Obelingerstr. 11.

27. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 184-188 und 194-195.

184. Stadtbezirk: Barnimstr. 1 und 50, Döbberstr. 25-26, Landsbergerstr. 7-19 und 101-110a, Hübnersdorferstr. 1-9 und 12-22.

185. Stadtbezirk: Friedenstr. 21-35, Döbberstr. 17-24 u. 27-39, Landsbergerstr. 1-6 und 117-120a, Hübnersdorferstr. 23.

186. Stadtbezirk: Barnimstr. 2-9 und 43-49, Büfingstr. außerhalb 17, Friedenstr. 20 und 20a, Döbberstr. 16, 40, 40a und 41.

187. Stadtbezirk: Barnimstr. 10, 41a und 42, Friedenstr. 14-19, Döbberstr. 9-15 und 42-46, Beilstr. 1-19 und 22-32.

188. Stadtbezirk: Barnimstr. 11-25 und 29-41, Friedenstr. 1 und 17, Friedenstr. 9-13, Georgenkirchstr. 1-9 und 59-70, Döbberstr. 1-8 und 47-51.

194. Stadtbezirk: Am Friedrichshain 35, Greifswalderstr. 1-32 und 206-234, Heinersdorferstr. 3-31, Inmannsdorferstr. 1-38, die Eckgrundstücke der Lippenbergerstr. mit der Greifswalderstr., Raabebr. 2-16, Wilmstr. 1-19 und 56 bis Ende.

195. Stadtbezirk: Barnimstr. 26-28, An der Bartholomäuskirche, Friedenstr. 1-8, Gollnowstr. 1 und 46, Neue Königstr. 1-19c und 76-95, Wehlerstr. 1-4 und 14.

Wahllokal: Turnhalle der 139./161. Gemeindefschule, Georgenkirchstr. 2. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. August Liebe, Schuhmacher, Krautstr. 33.

30. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 210-215 und 255-256.

210. Stadtbezirk: Dudenstr. 41-51, Gipsstr. 18, Hadescher Markt, Rondhoupplatz 12, Große Bräudenstr., Kleine Bräudenstr. 1-5, Neue Promenade 1-8, Rosenhallerstr. 25-53, Neue Schönhauserstr. 2-20, Sophienstr. 11, Spandauer Brücke 4-9, Stadtbahnbogen Nr. 102-147 und 149-154, Weinmeisterstr. 1 und 2a, Am Jovinigraben.

211. Stadtbezirk: Kottbuscherstr. 19-21, Gr. Hamburgerstr. 12-33, Krausnickstr., Rondhoupplatz 1-11, Oranienburgerstr. 1-33 und 70-92, Stadtbahnbogen Nr. 153-168, Ueberfahrtsstraße, Hagedornstr. 14-23.

212. Stadtbezirk: Auguststr. 28, 29 und 32a, Gipsstr. 1-17a, 10-23a und 27-32, Gr. Hamburgerstr. 1-11 und 34-41, Sophienstr. 1-10 und 12-36.

213. Stadtbezirk: Uferstr. 1 und 1a, Auguststr. 30-40 außerhalb 32a und 46-53, Al. Auguststr. 8-14a, Uferstr. 82-97, Gipsstr. 23b bis 26 und 33, Joachimstr., Linienstr. 76-89 und 195-202.

214. Stadtbezirk: Uferstr. 172-174, Auguststr. 26-27 und 54-64a, Al. Auguststr. 1-7a, Uferstr. 68-81, Al. Hamburgerstr., Koppenplatz, Linienstr. 93-106 und 160-194.

215. Stadtbezirk: Kottbuscherstr. 4-12 und 22-34, Auguststr. 3-25 und 65-88, Oranienburgerstr. 34-39 und 64-69.

255. Stadtbezirk: Uferstr. 2-26 und 144-171, Uferstr. 11, Invalidenstr. 158.

256. Stadtbezirk: Bergstr. 1-27 und 66-81, Uferstr. 12-15.

Wahllokal: Turnhalle der 8./63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Kandidaten: 1. Richard Breckling, Arbeiter, Anklamstr. 10.

2. Emil Baße, Kürschner, Rummelsburg, Hauptstr. 4.

3. Albin Schuster, Weber, Stragmannstr. 2. 4. Julius Schramm, Hausdiener, Dunderstr. 21. 5. Lskar Donath, Schlosser, Döbberstr. 18.

33. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 237-241 und 243-244.

237. Stadtbezirk: Veltorferstr. 9-26, Colmarerstr. 1 und 4-5, Heinersdorferstr. 1-2 und 32, Inmannsdorferstr. 39, Wülshausenerstr., Prenzlauer Allee 17-32 und 226-238, Raabebr. 1 und 17.

238. Stadtbezirk: Veltorferstr. 8, Colmarerstr. 2-3 und 6-9, Diederhofsenerstr. 1-11a, Prenzlauer Allee 224-226, Kulestr. 1 und 50, Strahburgerstr. 24-35, Treslowstr. 21-38.

239. Stadtbezirk: Veltorferstr. 1-7 und 27-30, Diederhofsenerstr. 12, Treslowstr. 19-20, Weissenburgerstr. 8-24 und 63-84.

240. Stadtbezirk: Marienburgerstr. 1, Prenzlauer Allee 33-40 und 215-223, Kulestr. 2-11 und 49-58, Wörtherstr. 14-24 und 26-52.

241. Stadtbezirk: Hochmeisterstr. 1 und 32, Treslowstr. 16-18 und 30-40, Weissenburgerstr. 25-31 und 62, Wörtherstr. 2-13 und 33-40.

243. Stadtbezirk: Chorinerstr. 21 und 22-64, Danzigerstr. 1, Ehrenwalderstr. 24, Kranzstr. 1-8 und 55, Kallanien-Allee 1 und 93 bis 104, Döbberstr. 1-7 und 61-62, Schönhauser Allee 19-45 und 145 bis 172a, Treslowstr. 2-6, Wörtherstr. 1 und 50.

244. Stadtbezirk: Kallanien-Allee 2-35 und 71-92, Döbberstr. 8 und 10-60.

Wahllokal: Turnhalle der 110./174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 166a. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. Waldemar Schewe, Steinbruder, Schönhauser Allee 70a.

2. Artur Otte, Schlosser, Zwinnemünderstr. 3. 3. Richard Wiedemann, Kellerarbeiter, Marienburgerstr. 18. 4. Gustav Thunaf, Gärtner, Schwedterstr. 50.

36. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 254 und 321.

254a. Stadtbezirk: Putzenerstr. 21-38, Kamlersstr. 2-11 und 29-37, Hagedornstr. 2-13 und 16-26.

254b. Stadtbezirk: Demminerstr. 1-15 und 17-36, Graunstr. 1 und 43, Lorkingstr. 7-12 und 32-37, Putzenerstr. 1-9 und 51-57, Puppinerstr. 24 und 25, Zwinnemünderstr. 35-40 und 88-95, Wollnerstr. 38.

254c. Stadtbezirk: Bahnhof Gesundbrunnen, Gleisstr. 1-9 und 55 bis 64, Graunstr. 16-33, Kamlersstr. 12-29, Hagedornstr. 14 und 15, Straße 6, Sägef. (Bl. XI), Zwinnemünderstr. 57-73.

254d. Stadtbezirk: Lorkingstr. 2-6 und 38-42, Putzenerstr. 10-20 und 39-50.

254e. Stadtbezirk: Graunstr. 2-15 und 34-42, Lorkingstr. 13-31, Zwinnemünderstr. 41-56 und 74-87.

321. Stadtbezirk: Badstr. 1-15a, Schmiedstr. von Badstr. bis Straße 3, Bekermannstr. von der Grünhallerstr. bis zum Bahnhof Gesundbrunnen (19-81 mit Einschluß des Nollens Jügelwegs), Bornholmerstr. von Straße 3 bis Grünhallerstr., Grünhallerstr., Platz 3, Straße 2 östlich bis Straße 3, Straße 6, Nordseite, Straßen 4, 5 und 10 (Bl. XI).

Wahllokal: Turnhalle der 190./198. Gemeindefschule, Graunstr. 11. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Kandidaten: 1. Paul Katschajal, Zigarrenmacher, Doppel-Allee 7.

2. Konstantin Jahn, Glaser, Nieder-Schönhaufen, Körnerstr. 47. 3. Paul Hildebrand, Schuhmacher, Christburgerstr. 30. 4. Johannes Romas, Schlächter, Liebigstr. 8. 5. Karl Weigel, Klempner, Carmen Str. 3.

39. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 268-272 und 274.

268. Stadtbezirk: Bergstr. 65, Gartenstraße 21-32 und 85-93, Invalidenstr. 6-23 und 129-147.

269. Stadtbezirk: Uferstr. 16-30, Gartenstr. 1-20 u. 94-115.

270. Stadtbezirk: Vorhägerstr. 1-27, Schlegelstr. 16 und 17, Liederstr. 14-27.

271. Stadtbezirk: Vorhägerstr. 28-34, Chausseest. 1-8 und 116-123, Eichenborfstr. 1-6 und 16-22, Uferstr. 31-40, Hannoverschestr. 1-8, Rosalstr., Schlegelstr. 1-15 und 18-33, Liederstr. 1-13 und 28-41.

272. Stadtbezirk: Chausseest. 9-27 und 94-115, Eichenborfstr. 7 bis 15, Gartenstr. 84, Invalidenstr. 24-37 und 111-128, Steintur Tunnel.

274. Stadtbezirk: Chausseest. 23-56 und 82-93, Kesselfstr., Pfingststr., Schwarzwaldstr., Wöhlertstr.

Wahllokal: Turnhalle der 14. Gemeindefschule, Kesselfstr. 3/4. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. Hermann Köder, Buchh., Wälderstr. 156.

2. Karl Koblenzer, Tischler, Lorkingstr. 24. 3. Robert Sternkopf, Handkutschmacher, Duffenstr. 10. 4. August Wobler, Bauarbeiter, Hochmeisterstr. 22.

42. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 284, 287-289 und 302.

284a. Stadtbezirk: Bellevue-Allee, Brücken-Allee 1-35, Claudiusstr., Heinsburgerstr., Holsteiner Ufer, Klopffstr. 16-35, Löffingstr. 10-45, Schleswiger Ufer 1-10, Schloß und Park Bellevue, Stadtbahn-Bahnhof "Bellevue", Stadtbahnbogen Nr. 411-439.

284b. Stadtbezirk: Altonaerstr., Badstr., Brücken-Allee 36, Gurgavenerstr., Händelstr., Hansaplatz, Josef Dandstr., Klopffstr. 1

bis 15 und 36-59, Löffingstr. 1-9 und 46-57, Schleswiger Ufer 11-17, Siegmundhof, der nördlich der Chaussee zwischen dem Großen Stern und der neuen Reichsbrücke belegene Teil des Tiergartens, Stadtbahnbogen Nr. 440-487, Wöhlertstr.

285. Stadtbezirk: Friedrich Karl-Allee von der Molke-Brücke bis zur Allee-Brücke, Invalidenstr. 57-79, Lüneburgerstr. 1-11, Al-Roadit 1-10 und 130-145, Paulstr. 20a, Wilhelm-Allee, Stadtbahnhof, Lehrter Bahnhof, Stadtbahnbogen Nr. 290-390.

286. Stadtbezirk: Henningsstr., Gerhartstr., Lüneburgerstr. 12-30, Al-Roadit 121-129, Relandstr. 1 und 28, Paulstr. 1-20 und 21-37, Spenerstr. 19 und 20, Stadtbahnbogen Nr. 391 bis 410, Weststr.

287a. Stadtbezirk: Relandstr. 2-13 und 19-27, Al-Roadit 11-17 und 114-120, Rathenowerstr. 79-83, Spenerstr. 1-13 und 21 bis 35.

287b. Stadtbezirk: Galvinst., Helgolander Ufer, Kirchstr. 11-16, Relandstr. 13-18, Al-Roadit 112/113, Thomaststr. 11-16.

287c. Stadtbezirk: Kirchstr. 1-10 und 17-25, Al-Roadit 18-25 und 107-111, Thomaststr. 1-10 und 17-27, Wilmaderstr. 1-6.

289. Stadtbezirk: Danla-Allee, Jagowstr. von Levetowstr. bis Wullenmeberstr., Levetowstr. 1-24 und 26 bis Ende, Gg. v. Rehw. Platz, Straße 30 von Levetowstr. bis Ufer-Waldenbergerstr., Wullenmeberstr., Wälder-Ufer, Ufer-Waldenbergerstr.

302. Stadtbezirk: Badstr. 1-11 und 32-46, Dreßelstr., Reichmalerstr., Rathenowerstr. 69-78, Turmstr. 1-20, 85a-88 und von Wilmaderstr. bis Rathenowerstr., Wilmaderstr. 7-17 und 57-66.

Wahllokal: Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Turmstr. 86. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. Otto Rüsse, Bauarbeiter, Kottbuscherstr. 50.

2. Karl Joseph, Schlosser, Gollnowstr. 1. 3. Paul Wolfram, Dreher, Rühlstr. 11. 4. Gustav Gassen, Schlosser, Gubenerstr. 17.

45. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 299-301 und 303-304.

299. Stadtbezirk: Habelbergerstr. 10-29, Verlebergerstr. 51, Duthowstr. 33-78, 110-114 und 116-128, Rathenowerstr. 23-49, Stephanstr. 16-20 und 46-55, Stendalerstr. 1-10 und 12-23.

300. Stadtbezirk: Verlebergerstr. 20-31 und 43-50, Rathenowerstr. 50-63, Stendalerstr. 24, Kruppstr. 10-13, Wilmaderstr. 29-45.

301. Stadtbezirk: Badstr. 12-31, Birkenstr. 1-16 und 62-78, Verlebergerstr. 42, Rathenowerstr. 64-68, Wilmaderstr. 18-28 und 46-56.

303a. Stadtbezirk: Verlebergerstr. 1-19, Duthowstr. 1-32 und 129-140, Rathenowerstr. 27, Stephanstr. 1-15 und 56-57.

303b. Stadtbezirk: Feldzeugmeisterstr., Invalidenstr. 55a-56, Kruppstr. 1-9 und 14-17, Liederstr. 47-61, Al-Roadit 10a und 10b, Verlebergerstr. 52-60, Rathenowerstr. 1-25, Seiditzstr.

304. Stadtbezirk: Bahnhof Putzstr., Heidestr., Juwalidenstr. 50-55, Lehrterstr. 1-46, Am Nordhafen (südwestlicher Teil), Verlebergerstr. 61-63, Putzstr., Bad-Str., Lorkingstr. 7-14 und 32-35.

Wahllokal: Turnhalle der 160./188. Gemeindefschule, Stephanstr. 3. Zu wählen sind 4 Beisitzer. Kandidaten: 1. Ernst Trippel, Schneider, Lüneburgerstr. 22.

2. August Geue, Steinarbeiter, Waldenstr. 41. 3. Hermann Höpner, Dachdecker, Wilmaderstr. 57. 4. Gustav Wolf, Elektrikmonteur, Schwedterstr. 236.

48. Wahlbezirk, enthaltend die Stadtbezirke 319-320 und 322-324.

319. Stadtbezirk: Colbergerstr., Hochstr. 1-4 und 37-46, Pantstr. 7-12 und 46-47, Wiesenstr. 1-18, 21-27 und 44-66, sowie Bahnhofsstraßen.

320a. Stadtbezirk: Badstr. 52-67, Brunnengasse, Hochstr. 21-26, Ortschaftstr., Pantstr. 12a-29a und 33-45a, Schönfeldstr., Wiesenstr. 19-30.

320b. Stadtbezirk: Badstr. 41a-51, Putzmannstr., Gropiusstr., Pantstr. 30-32a, Turnerscherstr.

322. Stadtbezirk: Badstr. 16-25, Bekermannstr. 1-18 und 82 bis 100, Christiantstr. 111-128, Prinzen-Allee 15-19, Stettinerstr.

323. Stadtbezirk: Wiesenbakerstr. 2-24, Christiantstr. 1-14, Freiwalderstr., Soldinerstr. 1-20 und 87-112, Wälderstr., Wiegnerstr.

324. Stadtbezirk: Badstr. 26-41, Wiesenbakerstr. 1 und 25, Christiantstr. 15-22 und 103-110, Goltzenburgerstr., Prinzen-Allee 1 bis 16 und 20-31, Soldinerstr. 21-34 und 77-86, Stöckholmerstr. östlich der Kanäle.

Wahllokal: Turnhalle der 140./194. Gemeindefschule, Prinzen-Allee 8. Zu wählen sind 5 Beisitzer. Kandidaten: 1. Franz Duade, Radsch., Doppel-Allee 133.

2. Karl Schneider, Weigender, Koloniestr. 139. 3. Max Bernhardt, Arbeiter, Schlegelstr. 59. 4. Robert Berger, Tischler, Prudstr. 69. 5. August Kowalewski, Hausdiener, Zwinnemünderstr. 82.

Die Wahl-Kontroll-Liste befinden sich:

Table with 2 columns: Wahlbezirk and Kandidat. Lists candidates for various districts like Wilhelmstr. 10, Bülowstr. 67, etc.

Verfammlungen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabriken war das Thema einer vom Konföderationsverband einberufenen öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag in den Verolina-Sälen in der Schönhauser Allee stattfand.

allen findet sich die Bestimmung von den entwerfenden Revisionen. Überstunden werden meist nur nach dem üblichen Stundenlohn bezahlt und die Arbeitsordnung von Pabel bestimmt sogar, daß sie erst nach Schluß der Saison verrechnet werden.

Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß die Konditorgehilfen in Herford in Westfalen in den Streik getreten sind. Sie verlangen 18 M. Wochenlohn. Sie sind gut organisiert.

Konowes Reuendorf. Am Mittwoch fand die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erbat der Vorsitzende Hoffmann den Bericht für das vergangene Geschäftsjahr vom Januar bis zum 1. Oktober.

Herrenhause und Gen. Brunwald sprach über das Thema: Deutschland und die Weltwirtschaft. An Mitgliedern zählte der Verein am 1. Januar 208 und gegenwärtig 261. Nach Verlesen geordnet stellen sich die Mitglieder zusammen wie folgt: Maurer 38, Arbeiter 36, Tertiärarbeiter 32, Buchdrucker 32, Metallarbeiter 20, Zimmerer 18, Tischler 17, Schuhmacher 6, Köpfer 5, Gastwirte 5, Kupferarbeiter 5, Dachdecker 5, Zigarrenfabrikanten 4, Maler 3, Handelsleute 3, Lagerhalter 2, Klempner 2, Schmiede 2, je 1 Appreier, Gürtler, Zigarrenarbeiter, Schlächter, Barbier, Seiler, Geschäftsführer und Steinmetz.

Bildhauer! Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Saal I. Vortrag des Herrn Georg Bernhard über: Wanderverträge und Arbeiterinteressen. Gäste willkommen.